Nr. 270.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 18. November 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Uebermacht der Großbanken.

Man schreibt uns:

Die Riesenfusion Löwe-Schuckert kommt nicht zu stande. Das war das große Schlußereigniß der letzten Woche. Hatte schon die Ankündigung der Fusion viel böses Blut gegen die finanziellen Entrepreneure, die Großbanken, gemacht, so dürfte das Zusammenstürzen des Kartenhauses erst recht einen Sturm der kleinen und mittleren Konkurrenz entfesseln. Wie gegen die Waarenmagazine bildet sich nunmehr auch ein Schlachtruf gegen die Großbanken. Verlautete doch schon in der letzten Woche an der Börse, daß die Börsen- und Aktiengesetzgebung eine Verschärfung erfahren sollte. All der Unmuth der kleinen Bankiers und der Mittelfirmen verdichtete sich zu ganz bestimmten Gesetzesvorschlägen, die sich gegen die Auswüchse der Berliner Großbanken richteten. Die Besteuerung der Börsen- und Bankgeschäfte soll dahin geändert werden, daß den Banken die Steuerersparnisse aus Kompensationen unmöglich gemacht werden. Es soll die Trennung des Depositen- vom Emissionswesen bei den Banken durchgeführt werden. Für die Banken soll ein besonderer Staatskommissar eingesetzt werden, endlich soll die Verantwortlichkeit der Aufsichtsräthe erhöht und den Mitgliedern des Aufsichtsrathes untersagt werden, Geschäfte zu machen, die später auf die eigenen Aktiengesellschaften übergehen. Wie überall im wirthschaftlichen Leben die Kleinen gegen die Großen mobil machen, so kann auch der Feldzug gegen die Großbanken nicht ausbleiben. Gerade die letzte Zeit war infolge der enormen Gründungsthätigkeit der Großbanken ganz besonders geeignet, die Unzufriedenheit derer, die nicht mehr mitthun können, zu nähren. Schon als das Börsengesetz in kraft trat, wurde vorausgesagt, daß es zu einer Begünstigung der Großbanken gegenüber ihren kleineren Konkurrenten führen würde. Diese Thatsache ist in vollem Umfange eingetroffen. Nicht nur, daß durch das Verbot des Terminhandels in industriellen Papieren einer Unmenge kleiner Bankiers der Lebensfaden abgeschnitten wurde, die Großbanken haben auch den Vortheil, an Steuer ganz erheblich dadurch zu sparen, daß jede Großbank für ihren Kundenkreis gleichsam als Börse im Kleinen funktionirt und nur die Ordres, die sie nicht in sich selbst kompensiren kann, an der Börse ausführt und besteuert. Das sind aber immer relativ kleine Beträge. Durch diese Steuerersparniß und infolge der großen Umsätze vermag aber die Großbank weit billiger für die Geschäftskunden zu arbeiten, als der kleine Bankier. Das Publikum wendet sich auch auf diesem Gebiete daher den großen Geschäften zu. Die Thatsache jedoch ist, daß bei allen Neugründungen auf industriellem und kommerziellem Gebiete in erster Linie die Großbank als finanzielle Vermittlerin angerufen wird, daß das gesammte Emissionsgeschäft, das horrenden Nutzen abwirft, sich ganz und gar in den Händen weniger großen Banken befindet. Die Ueberlegenheit der Großbanken macht sich aber gegenwärtig in der Zeit des Aufschwunges ganz besonders bemerkbar und reizt den Unmuth der kleinen, aber ohnmächtigen Konkurrenz.

Die ganze fernere Entwickelung von Industrie und Handel hat aber ohne Zweifel die Organisation des Kreditwesens auf höchster Stufenleiter zur Voraussetzung. Privatgeschäfte, deren Thätigkeit dem willkürlichen Ermessen ihrer Besitzer überlassen ist, sind entweder zu klein, um den gesteigerten finanziellen Ansprüchen der Großindustrie und des Großhandels genügen zu können, oder aber sie werden bei entsprechendem Besitz nicht immer sich vom Triebe nach höchst möglicher Verzinsung ihres Kapitals leiten lassen, wie es bei Aktienbanken durchweg der Fall ist. Aus diesem Grunde ist die in Form einer Aktiengesellschaft organisirte Großbank das Kreditinstitut für Industrie und Handel in der nächsten Zukunft. Seine Entwickelung zu fördern ist daher durchaus ein fortschrittliches Ziel der modernen Wirthschaftspolitik. Damit sollen aber nicht alle gesetzgeberischen Eingriffe gegen die Großbanken von der Hand gewiesen werden. Gerade vom Standpunkte des Interesses der Arbeiterklasse wird sich die Nothwendigkeit ergeben, die Thätigkeit der Großbanken schärfer zu kontrolliren als bisher, namentlich aber als ersten Schritt gesetzgeberischen Vorgehens eine Garantie zu schaffen, durch die es den Großbanken unmöglich gemacht wird, die industriellen Unternehmungen ohne Rücksicht auf wirthschaftliche und soziale Gesichtspunkte einfach zu Objekten finanziellen Bankgewinnes zu machen. Es ist in letzter Zeit viel gegründet und fast noch mehr fusionirt worden. Wiederholt konnte man die Wahrnehmung machen, daß diese Geschäftsakte nicht aus Gründen wirthschaftlicher Zweckmäßigkeit erfolgten, sondern meist eine Spekulation auf Agiotage darstellten. So zeigt auch die Kombination Löwe-Schuckert der letzten Woche den rein finanziellen Stempel der Transaktion ganz deutlich. Die Großbanken suchen heutzutage förmlich nach Gelegenheit, gewinnbringende Fusionirungen zu vermitteln. Aber in ihrem Eifer untersuchen sie kaum, ob eine wirthschaftliche Nothwendigkeit für den Zusammenschluß zweier Gesellschaften vorhanden ist. Vielmehr wollen sie fusioniren, um einen Riesen-Vermittlergewinn einstreichen und mit einer hohen Dividende vor ihre Generalversammlung hintreten zu können. Mit der Löwe-Gesellschaft, deren Aktien hoch bewerthet sind, will man um jeden Preis eine solche Fusion wagen, weil hier der Vermittlergewinn am höchsten steigen dürfte. Ohne Rücksicht auf wirthschaftliche Gesichtspunkte sucht man für diese Gesellschaft einen Fusionskompagnon aufzutreiben. Derartige Fusionen sind aber wirthschaftlich nachtheilig, selbst wenn sie gelingen sollten. Die vereinigten Etablissements konzentriren ein Kapital in sich, das im Verhältniß zu der Produktionskraft der Werke zu hoch ist; sie prosperiren schwer und gerade die Arbeiter sind es, die zuletzt die Suppe auszulöffeln haben, die die Leiter der Großbanken eingebrockt hatten, nachdem erst sie und ihre Aktionäre die Fettaugen abgeschöpft haben. Es darf diese Unterjochung der industriellen Werke unter die rein finanziellen Zwecke der Großbanken nicht geduldet werden; die Interessen auf den Geldbeutel der Aktionäre dürfen den Interessen der Arbeiter auf anständigen Lohn nicht vorangestellt werden. In diesem Kampf der Interessen muß die Gesetzgebung zu gunsten der Arbeiter und damit zu gunsten der nationalen Produktion eingreifen. Aber der erste Schritt zu einer positiven Bankpolitik ist allerdings die Einsetzung von Staats-Kommissaren zur Kontrolle der Thätigkeit unserer Großbanken. Nicht um die Großbanken in ihrer Entwickelung zu hemmen, vielmehr um in dem Konflikt zwischen privatwirthschaftlichem und volkswirthschaftlichem Interesse das letztere zu wahren, plädiren wir für ein Einschreiten der Gesetzgebung gegen die Uebermacht der Großbanken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November.

Die Ausweisungspolitik, die von der preußischen Regierung heuer als hohe Staatsweisheit praktizirt wird, blamirt uns von neuem bei dem zivilisirteren Ausland aufs ärgste. Die „Times" beispielsweise leitartikeln in ihrer Nummer vom 15. d. M. über die Gehässigkeit und Aussichtslosigkeit dieser preußischen Politik. Der leitende Gedanke hierbei, so meint das englische Blatt, sei, durch die geringfügigen Verfolgungen eine Unzufriedenheit hervorzurufen, die dann als Entschuldigung für strengere Maßregeln dienen solle. „Uns, schließt der Artikel, erscheint diese Politik weder weise noch würdig einer starken Regierung."

Diese Zeilen bestätigen, was wir schon so oft gesagt haben, daß das Ansehen Deutschlands bei den Kulturvölkern Europa's durch die Ausübung kleinlicher Polizeipraktiken und Schubriegeleien des Volkes wahrlich nicht gehoben wird. —

Eine neue Liebesgabe für die nothleidenden Schnapsbrenner ist bisher nur von der Fachpresse beachtet worden. Der Bundesrath hat nämlich kürzlich beschlossen, die sogenannte Brennsteuer-Rückvergütung, die 6 M. für jedes Hektoliter ausgeführten oder zur Essigbereitung verwendeten Alkohols beträgt, unverändert weiter zu zahlen, fernerhin jedoch für den in üblicher Weise denaturirten Branntwein vom 1. November ab 3,50 statt 2,50 M. Rückvergütung pro Hektoliter reinen Alkohols zu gewähren.

Die rechtliche Befugniß zu einer derartigen Regelung hat bekanntlich der Bundesrath auf grund des § 43c des bestehenden Branntweinsteuer-Gesetzes. Danach unterliegen die Vergütungssätze alljährlich einer Revision, und bei einem Ueberschuß der Einnahme aus der Brennsteuer kann nicht nur der zur Essigbereitung, sondern auch der zu anderen steuerfreien Zwecken verwendete Spiritus bis zu 6 Mark subventionirt werden.

Die Mittel dazu sind verfügbar, einmal weil thatsächlich aus der Brennsteuer sich Ueberschüsse angesammelt hatten, vor allem jedoch, weil auf grund der Novelle vom 8. April d. J. die Einzelstaaten die 15 pCt. Erhebungs- und Verwaltungskosten nicht mehr beanspruchen. Dadurch sind jährlich etwa 500 000 M. mehr zu Bonifikationen flüssig geworden.

Was ist nun die Folge davon? Was die Einzelstaaten preisgegeben haben, müssen natürlich die Steuerzahler der einzelnen Länder wieder einbringen. Und nicht einmal für die Reichskasse ist, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, diese Neu-Ordnung gleichgiltig. Denn wenn die Reichskasse zunächst auch nur mehr ausgiebt, was sie auf der anderen Seite mehr wie früher einnimmt, so ist das ganze Vorgehen doch auf eine Förderung der Spiritus-Glühlicht-Verbreitung berechnet, und mit jedem Hektoliter Spiritus, der an stelle von Petroleum verbrannt wird, entgehen dem Reiche 6 M. Petroleumzoll.

Wenn daher die „Zeitschrift für Spiritusindustrie" hocherfreut schreibt, nunmehr hätten die Branntweinbrenner „die Möglichkeit, Brennspiritus zu Preisen zu liefern, welche einen Wettbewerb des Spiritus-Glühlichtes mit dem Petroleum ermöglichen" — so vergißt sie leider hinzuzufügen, daß diese Möglichkeit lediglich auf Kosten des Konsumenten und Steuerzahlers geschaffen wird: durch künstliche Zollvertheuerung des Petroleums und durch allerlei raffinirte Liebesgabentricks und der Branntweinsteuer-Gesetzgebung. Sollte das Spiritus-Glühlicht sich wirklich allgemeiner einführen, so würden sich die junkerlichen ostelbischen Gutsbrenner auch nicht das geringste Verdienst dabei zuschreiben können. Im Gegentheil, die technische Entwickelung der Branntweinproduktion haben sie durch ihre agrarische Gesetzgebung in jeder Beziehung unterbunden. Was sie sind, sind sie hier, wie immer, nur auf Kosten anderer. —

Das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das durch die schwierige Situation Oesterreichs infolge des Nationalitätenstreites schon bedeutend gelitten hat, dürfte durch die Orientreise des deutschen Kaisers leicht noch weitere Verschlechterungen erfahren:

In Rußland verfolgt man die bedeutsame Veränderung, die sich langsam, aber sicher in dem Bundesverhältniß zwischen Deutschland und dem vielsprachigen Nachbarstaat vollzieht, mit größter Aufmerksamkeit. Die „Nowoje Wremja" führte letzter Tage aus:

Deutschland habe Oesterreich bei seite gedrängt. Besonders gehe es jetzt daran, die Balkanhalbinsel für sich auszubeuten. Oesterreich werde nicht von Osten und Süden, sondern von dem Nachbar bedroht, der durch ein Bündniß die Unverletzlichkeit und Sicherheit der Habsburgischen Dynastie garantirt hat. Nur aufrichtige Freundschaft zu Rußland und wahres Vertrauen an die slavischen Rassen Oesterreich-Ungarns sei die einzige Politik, die von der österreichischen Regierung verfolgt werden müßte.

Eine wachsende Konkurrenz des deutschen Handels gegenüber dem österreichisch-ungarischen auf der Balkanhalbinsel wird allerdings ein weiteres Moment für das Abrücken des immer mehr der slavischen Oberherrschaft verfallenden Oesterreichs von Deutschland und für die Annäherung an Rußland bilden. —

Ueber Englands Stellung in der internationalen Politik sprach der englische Kolonialminister Chamberlain — neben Lord Salisbury der einflußreichste Politiker Englands — in einer Versammlung zu Manchester. Er sagte nach den vorliegenden telegraphischen Berichten:

Die militärischen und Marinerüstungen haben nicht das Ziel, irgend eine Macht zu bedrohen, und sie dürfen nicht als Drohung ausgelegt werden. Sie sind nur Vorsichtsmaßregeln. Es wäre widersinnig, sie einzustellen, bevor jeder Grund zur Gefahr verschwunden ist. Wir beanspruchen im Namen Egyptens, das wir um den Preis der größten Opfer von Ruin und Anarchie befreit und wieder in eine günstige Lage gebracht haben, die völlige Herrschaft über alle Territorien, die Egypten früher gehörten, oder die in die Hände der Derwische gefallen sind. Die Frage der genauen Lage der Grenzen zwischen den egyptischen und französischen Besitzungen kann den Gegenstand von historischen und geographischen Untersuchungen und von freundschaftlichen Besprechungen bilden; wir können bereit sein, Frankreich alle nur möglichen Garantien bezüglich des Zuganges zum Nil für seinen Handel zu geben, aber über das Prinzip, das ich soeben dargelegt, kann es keine Diskussion geben.

Auf den Rückzug Marchand's aus Faschoda übergehend, erklärte Chamberlain, es müsse natürlicherweise die Räumung aller der Posten folgen, welche derselbe errichtet habe auf dem früher zu Egypten gehörigen Territorium. Aber auch vor dem Faschoda-Zwischenfall seien die Beziehungen zu Frankreich nicht durchweg befriedigende gewesen. Es sei für eine vollkommene Verständigung nothwendig, daß die französischen Politiker endlich die Taktik aufgeben, welche sie so manches Jahr verfolgt haben, mit dem Ziele, der englischen Politik in allen Theilen der Welt Schwierigkeiten zu machen, selbst da, wo die Franzosen ein materielles Interesse nicht besitzen. Die Okkupation Faschoda's sei der Höhepunkt einer Reihe von Handlungen gewesen, welche England als unfreundliche anzusehen genöthigt gewesen sei.

Chamberlain führte sodann aus, wie die französischen Forderungen in New-Foundland in fortgesetzten Steigen begriffen seien, daß England ferner sich gezwungen gesehen habe, in Westafrika eine neue Armee speziell für den Schutz des Hinterlandes gegen die Einfälle der Franzosen zu schaffen, welche die unter britischem Protektorat befindlichen Häuptlinge angegriffen hätten. In Madagaskar sei der englische Handel ohne Rücksicht auf die Verträge zu grunde gerichtet worden. Ueberall in der Welt sei der französische Einfluß angespornt worden ohne Rücksicht auf englische Empfindlichkeit, auf englisches Interesse.

In bezug auf China führt Chamberlain aus, Großbritannien halte es nicht für nöthig, den Bestrebungen anderer Mächte Hindernisse zu bereiten, vorausgesetzt, daß sie nicht gegen jenes große Prinzip verstoßen, daß die Märkte China's dem ehrlichen Wettbewerb offen gehalten werden. In der Frage der dem Auslande in China gewährten Konzessionen habe England bisher keinen Grund zur Klage; er gebe indessen zu, es bestehe einige Gefahr, daß Großbritannien von einigen offenen Märkten in Zukunft ausgeschlossen werde. Ein Abkommen mit Rußland wäre, wenn möglich, wünschenswerth; aber er habe mit solchen Abkommen die Erfahrung gemacht, daß keines andauernd Geltung behalten könne, wenn es nicht im Interesse beider Parteien liege, daran festzuhalten, oder wenn nicht eine Partei stark genug sei, das Festhalten an dem Abkommen zu erzwingen. Thatsächlich wünsche Großbritannien eine bessere Garantie, die Politik der offenen Thür zu sichern, als ein auf dem Papier stehendes Uebereinkommen. Eine solche Garantie könne aber nur in einem allgemeinen Uebereinkommen der Nationen gefunden werden, in China eine liberale Handelspolitik zu befolgen. Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten ständen dieser Politik günstig gegenüber. Japan habe in den letzten wenigen Jahren Vorbereitungen getroffen, welche ihm bald eine Macht geben würden, die in keiner Kombination im Orient vernachlässigt werden dürfe.

Ueber die Beziehungen zu Amerika äußerte Chamberlain sich dahin, daß in der Vergangenheit zwar Differenzen zwischen England und den Vereinigten Staaten bestanden hätten, jetzt aber wisse das amerikanische Volk, daß bei den jüngsten Kämpfen Amerikas die englischen Herzen ihm entgegengeschlagen hätten; diese freundschaftlichen Gefühle würden von den Amerikanern erwidert. Redner sprach für die Zukunft die Hoffnung aus, daß dieses Einvernehmen noch vollkommener werde und daß beide Länder im stande seien, den Frieden und die Zivilisation der Welt zu sichern. Aber es sei keine Rede von einem formellen Bündnißvertrag, dessen Großbritannien nicht bedürfe. Großbritannien sei fähig, für sich allein zu stehen, aber wenn es eine Allianz eingehe, könne es ebensoviel geben, als es erhalte.

Zugleich betonte Chamberlain neuerdings die freundlichen Beziehungen zu den Mächten, deren Interessen mit denen Großbritanniens übereinstimmten; er freue sich namentlich darüber, daß die Beziehungen zu Deutschland solche Fortschritte gemacht hätten. Er könne keinen Platz in der Welt sehen, wo die deutschen Interessen in ernstlichem Widerspruche mit denen Großbritanniens ständen, er halte es deshalb für möglich, auch ohne eine ständige Allianz zu einer allgemeinen Verständigung mit Deutschland zu gelangen.

Die Rede Chamberlain's deckt sich wesentlich mit der des Ministerpräsidenten Salisbury. Beiden gemeinsam, ist die Hinneigung zu den Vereinigten Staaten. Auch sonst tritt keine Meinungsverschiedenheit zu tage. Nur gegen Frankreich spricht Chamberlain gereizter, als der Premier es gethan hat. Chamberlain ist eben ein Draufgänger. —

Die italienische Kammer ist gestern von dem König mit einer Thronrede eröffnet worden. Die Rede beginnt mit folgender Einleitung:

Das nun zu Ende gehende Jahr erfreute sich an seinem Anfang der Feste zur Erinnerung an die Erhebung Italiens und an die Einsetzung der nationalen Institutionen. Es wurde dann verdüstert durch Unruhen, die das Land in Verwirrung brachten und mich tief betrübten. Die Ruhe wurde hergestellt durch den gesunden Sinn der Bevölkerung und die bewundernswerthe Haltung des Heeres, das unter sehr schwierigen Umständen mit unbegrenzter Hingebung seine Pflicht that, die sowohl für die Kommandirenden als für die Gehorchenden überaus peinlich war. Wir müssen jetzt, soviel an uns ist, jeden Grund zu neuen schmerzlichen Empfindungen fernhalten und diejenige Beruhigung der Geister erlangen, die die beste Bürgschaft der öffentlichen Ordnung ist.

Und nach dieser Einleitung kommt ein Gallimathias von Redensarten: Ruhe, Achtung vor den Gesetzen ist nöthig, um die wirthschaftliche Lage zu bessern. Das Herz des Monarchen sehnt sich darnach, den „Verirrten" (d. h. den Opfern der Lotter- und Standrechtswirthschaft) „Gnade" zu gewähren. Das Volk (mit Ausnahme natürlich der Todtgeschossenen, Gestandrechteten, Eingekerkerten und auf die trockene Guillotine geschickten) theilt mit dem König Freud und Leid — muß aber unter dem Kriegsrecht und der Säbelherrschaft weiter hungern.

Und damit Basta. Keine ernsthafte Maßregel wird angekündigt zur Abhilfe des Nothstandes.

Dann kommt das Gebiet der auswärtigen Politik, die ganz nach Wunsch geht, von der aber noch kein Italiener satt geworden ist. Hierauf macht die Thronrede einen Sprung wieder zurück in das Innere. Sie verspricht eine „Politik der Freiheit" (des Zuchthauses), Maßregeln zur Hebung der Lage der niederen Geistlichkeit, Ersparnisse, Steuererleichterungen (nur wird nicht gesagt, wie?), Gesetze zur Verbesserung der Lage der landwirthschaftlichen und industriellen Arbeit (wahrscheinlich erhöhte Schutzzölle nach bekanntem Muster) und schließlich wird eine — Flottenvermehrung in Aussicht gestellt, das heißt eine neue Steuerlast. Die Armee bleibt so wie sie ist — eine erdrückende Bürde. Ist sie doch die einzige Stütze der fallenden Monarchie, die ihre „Politik der Freiheit" (des Zuchthauses) fortsetzen wird, bis der große Krach da ist. Armes Italien! —

Die spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen. Eine Note der „Agence Havas" besagt: Die spanisch-amerikanische Friedenskommission hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Die spanischen Kommissare legten ein Memorandum vor, in dessen zwei ersten Dritteln mit Entschiedenheit die Ansprüche, betr. die Souveränetät auf den Philippinen, vollständig aufrecht erhalten werden. In dem letzten Drittel wird der Unterschied in der Auslegung, welche von der einen und der anderen Seite den Bestimmungen des Artikels 3 des Protokolls gegeben wird, zusammengefaßt und genau dargelegt. Zum Schluß wird erklärt, die spanischen Kommissare lehnten es im Prinzip nicht ab, ihrerseits die Auslegung, welche sie diesem Artikel geben, der Entscheidung eines auf beiderseitiges Uebereinkommen hin ernannten Schiedsrichters zu unterbreiten, der mit hinreichender Vollmacht ausgestattet sei. Nur dieser letzte Theil des Memorandums wurde von den Spaniern verlesen. Die amerikanischen Kommissare gaben zur Kenntniß, sie behielten sich die Prüfung des ihnen unterbreiteten Schriftstücks vor. Auf ihren Vorschlag wurde die nächste Sitzung der Konferenz auf Sonnabend festgesetzt. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf von Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 dem zuständigen Ausschusse überwiesen. —

Für das Reichstags-Präsidium scheint das Zentrum den Abg. Freiherrn v. Hertling in Aussicht genommen zu haben. Herr v. Hertling hat die von ihm angekündigten Vorlesungen an der Universität zurückgezogen. Er gehört zum rechten Flügel der Partei, stimmt stramm für Militär- und Marinevorlagen, ist also „repräsentationsfähig". —

Die Handwerkskammer-Bezirke sind nun durch eine vorläufige Abgrenzung festgesetzt worden. Um einen Ueberblick über die Zahl und örtliche Vertheilung der nach § 103a der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897 wahlberechtigten Handwerker und damit ein Urtheil über die Zusammensetzung der Handelskammern zu erlangen, hat der Minister für Handel und Gewerbe anfangs dieses Jahres Ermittelungen anstellen lassen. Hierbei hat sich ergeben, daß bei einer ungefähren Gesammtzahl von 788 027 Handwerkern 218 121 Handwerkerinnungen und 43 976 Gewerbevereine angehören. Da 13 777 Handwerker gleichzeitig Mitglieder von Gewerbevereinen und Innungen sind, so beträgt die Gesammtzahl der korporirten Handwerker 248 320. Auf die einzelnen Regierungsbezirke vertheilen sich diese Handwerker wie folgt:

Regierungsbezirk	Ungefähre Zahl der Handwerker überhaupt	Zahl der Handwerker, welche in Innungen inkorporirt sind	Zahl der Handwerker, welche in Gewerbevereinen inkorporirt sind	Zahl der Handwerker, welche in Vereinen und Innungen sind
Königsberg	22 825	10 837	568	373
Gumbinnen	15 412	5 082	545	282
Danzig	9 146	4 238	564	568
Marienwerder	15 634	7 344	196	133
Potsdam	37 204	16 707	514	189
Frankfurt a. O.	30 737	12 871	412	145
Stettin	16 546	8 288	306	139
Köslin	14 356	5 483	514	190
Stralsund	5 341	2 611	106	40
Posen	23 657	11 676	404	309
Bromberg	13 568	5 330	265	172
Breslau	40 147	19 149	1 323	967
Liegnitz	31 123	10 916	1 654	905
Oppeln	28 961	14 769	869	731
Magdeburg	27 108	6 482	864	260
Merseburg	27 601	11 769	2 575	1 051
Erfurt	17 464	3 095	892	193
Schleswig	30 857	8 572	148	53
Hannover	15 674	3 972	2 392	953
Hildesheim	13 941	3 581	1 152	602
Lüneburg	11 884	3 246	551	206
Stade	9 360	787	519	132
Osnabrück	6 728	711	881	541
Aurich	5 251	722	540	121
Münster	16 013	2 860	931	311
Minden	12 962	1 821	745	179
Arnsberg	35 540	5 270	1 305	328
Kassel	23 629	1 687	419	3
Wiesbaden	29 014	1 269	4 515	219
Koblenz	20 785	783	787	18
Düsseldorf	43 840	5 121	2 610	488
Köln	23 011	2 648	1 724	196
Trier	13 740	593	578	33
Aachen	18 599	851	396	31
Sigmaringen	3 689	—	161	—
Stadt Berlin	34 680	17 060	11 041	2 781
Zusammen	751 027	218 121	43 976	13 777

Die 218 121 Innungsmitglieder sind in 7753 Innungen vereinigt. Von diesen Innungen entfallen auf den Regierungsbezirk: Königsberg 524, Gumbinnen 222, Danzig 143, Marienwerder 296, Potsdam 668, Frankfurt a. O. 582, Berlin 61, Stettin 351, Köslin 222, Stralsund 133, Posen 535, Bromberg 251, Breslau 585, Liegnitz 473, Oppeln 484, Magdeburg 213, Merseburg 548, Erfurt 122, Schleswig 357, Hannover 81, Hildesheim 153, Lüneburg 170, Stade 32, Osnabrück 21, Aurich 30, Münster 45, Minden 53, Arnsberg 100, Kassel 70, Wiesbaden 28, Koblenz 25, Düsseldorf 96, Köln 45, Trier 16, Aachen 20, Sigmaringen —.

Von den 7753 Innungen hatten Mitglieder: 9 Innungen 1 Mitglied, 44 Innungen 2, 91 Innungen 3, 129 Innungen 4, 211 Innungen 5, 232 Innungen 6, 280 Innungen 7, 293 Innungen 8, 290 Innungen 9, 299 Innungen 10, 281 Innungen 11, 317 Innungen 12, 280 Innungen 13, 298 Innungen 14, 294 Innungen 15, 229 Innungen 16, 203 Innungen 17, 226 Innungen 18, 166 Innungen 19, 249 Innungen 20, 1846 Innungen 21—30, 685 Innungen 31—40, 421 Innungen 41—50, 253 Innungen 51—60, 170 Innungen 61—70, 112 Innungen 71—80, 70 Innungen 81 bis 90, 59 Innungen 91—100, 157 Innungen 101—200, 41 Innungen 201—400, 12 Innungen 401—900, 6 Innungen über 900 Mitglieder.

Das Rechnungswesen des Reiches soll definitiv geregelt werden. Vor 20 Jahren ist ein gesetzgeberischer Versuch der Regierung auf diesem Gebiete daran gescheitert, daß der Reichstag die Art der Regelung, welche die Regierung wünschte, ablehnte. Jetzt soll ein neuer Versuch gemacht werden, es soll aber eine Tagung des Reichstags gewählt werden, in welcher möglichst wenig andere schwierige gesetzgeberische Aufgaben vorliegen. —

Postnovelle. Aus München wird gemeldet: Die nach den hiesigen Postkonferenzen auszuarbeitende Reichs-Postnovelle bringt eine Erhöhung des Briefgewichtes auf 20 Gramm und das Verbot der Privatposten. —

Zur Altersversicherungsnovelle. Ueber Erleichterungen, welche die Novelle zur Invaliditäts- und Altersversicherung betreffs der Uebergangsbestimmungen für die Altersrente bringen wird, wird geschrieben: Versicherte, welche beim Inkrafttreten der Invaliditätsversicherung, nämlich am 1. Januar 1891, bereits 40 Jahre alt waren, haben für den Anspruch auf Altersrente gegenwärtig eine versicherungspflichtige Beschäftigung während 141 Wochen aus den Jahren 1888 bis 1890 nachzuweisen. Dieser Nachweis ist vielfach als beschwerlich empfunden worden. Zunächst von unständigen Arbeitern, insbesondere Saisonarbeitern (Bauhandwerkern, land- und forstwirthschaftlichen Arbeitern), welche eine Beschäftigung von 47 Wochen im Jahre nicht immer nachzuweisen vermögen, welchen auch die Unterbrechung ihrer Arbeit nicht auf die Wartezeit angerechnet werden kann, da diese Vergünstigung auf die bei einem bestimmten Arbeitgeber ständig beschäftigten Arbeiter beschränkt ist. Aber auch regelmäßig beschäftigte Arbeiter sind, wenn ihre früheren Arbeitgeber verstorben sind oder sich der einzelnen Arbeitszeiten nicht mehr bestimmt erinnern, oder aus anderen Gründen häufig nicht im stande, die erforderliche Beschäftigungszeit aus den Jahren 1888 bis 1890 nachzuweisen, und gelangen deshalb nicht in den Genuß der Altersrente. Dabei wird die Führung des vorgesetzlichen Arbeitsnachweises naturgemäß von Jahr zu Jahr schwieriger. Die dem Bundesrath vorliegende Novelle sieht hier wesentliche Erleichterungen vor. Ganz läßt sich auf den Nachweis vorgesetzlicher Berufsarbeit für den Anspruch auf Altersrente nicht verzichten, weil die letztere sonst von jedem würde erworben werden können, der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nur ganz vorübergehend eine versicherungspflichtige Beschäftigung übernommen und dann einige freiwillige Beiträge entrichtet hat. Der Zweck des Gesetzes, die Altersrente wirklichen Berufsarbeitern zuzuwenden, würde dadurch vereitelt werden. Es soll aber künftig genügen, wenn statt des Nachweises einer versicherungspflichtigen Beschäftigung für eine genau bestimmte Zahl von Wochen nur der Nachweis einer Berufsarbeit erbracht, also dargethan wird, daß der Rentenanwärter in den letzten 3 Jahren vor dem Inkrafttreten des Gesetzes seinen Lebensunterhalt regelmäßig durch eine, wenn auch nicht ununterbrochen geleistete Lohnarbeit erworben hat. Dabei werden auch Zeiten vorübergehender Unterbrechung eines Arbeitsverhältnisses in weiterem Umfange wie bisher auf die Wartezeit angerechnet. Insbesondere soll auch eine zu den Zwecken des Verdienstes unternommene Beschäftigung mit Spinnen, Stricken oder anderen leichten häuslichen Arbeiten, wie sie vielfach von alternden oder schwächlichen Leuten geleistet werden, als Arbeitszeit angerechnet werden. Für gewisse Fälle aber soll von dem Nachweis der vorgesetzlichen Berufsarbeit überhaupt abgesehen werden können, nämlich dann, wenn der Anwärter innerhalb der ersten fünf Jahre, nachdem die Versicherungspflicht für seinen Berufszweig in Kraft getreten ist, regelmäßig Pflichtbeiträge entrichtet hat. Hieraus kann nämlich mit einiger Sicherheit entnommen werden, daß er auch schon vorher berufsmäßig Lohnarbeit verrichtet hat, so daß es hierfür alsdann eines besonderen Nachweises nicht mehr bedarf.

Damit wird endlich längst gehegten Wünschen entsprochen. —

Freiwillige Fortsetzung der Invalidenversicherung im Auslande. Eine im Inlande begonnene Versicherung kann gegenwärtig im Auslande im allgemeinen nicht fortgesetzt werden, sofern es sich nicht um einen nur vorübergehenden Aufenthalt im Auslande handelt. Es bleibt deshalb beispielsweise zwar ein Dienstbote, der mit seiner Herrschaft auf kurze Zeit in das Ausland reist, der heimischen Zwangsversicherung unterworfen; ein Versicherter dagegen, welcher sich dauernd oder für längere Zeit in das Ausland begiebt, kann nach den jetzt geltenden Bestimmungen dort im allgemeinen keine Beiträge entrichten und sich deshalb auch nicht vor dem Nachtheile schützen, daß seine Rentenanwartschaft demnächst erlischt. Dies ist häufig als Unbilligkeit empfunden worden. Auch bei solchen Personen, die in ausländischen Grenzbezirken wohnen und wiederkehrend im Inlande eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, ist das Bedürfniß hervorgetreten, die Versicherung in der Heimath fortsetzen zu dürfen. Der Entwurf eines Invalidenversicherungs-Gesetzes bestimmt deshalb, daß die freiwillige Fortsetzung der Versicherung fortan allgemein und ohne zeitliche Beschränkung auch im Auslande zulässig sein soll. Im Auslande werden Marken derjenigen Versicherungsanstalt zu verwenden sein, in deren Bezirk die Versicherten zuletzt beschäftigt waren oder, da die Befugniß auch denjenigen Personen einzuräumen ist, die im Inlande freiwillig in die Versicherung eingetreten sind, zuletzt sich aufgehalten haben. Die Durchführung der Versicherung im Auslande ist in solchen Fällen wohl möglich, wenn sie auch immerhin erschwert sein wird. Für die betheiligten Versicherten wird es von großem Werthe sein, wenn sie im Auslande in allen Fällen ihre Rentenanwartschaft sich erhalten und ihren Rentenanspruch durch fortgesetzte Beitragsentrichtung noch erhöhen können.

Zur Fleischnoth. Die Notirungskommissionen, die zum theil schon bestehen bezw. geschaffen werden sollen, haben in Zukunft auch die amtlichen Ermittelungen und Notirungen der Schlachtvieh-Preise vorzunehmen.

Es wird, wie die „Allgem. Fleischer-Ztg." mittheilt, von der Regierung vorgeschlagen: die Notirungskommissionen werden durch die Regierungspräsidenten gebildet. Sie sind zusammen zu setzen aus einem Vertreter des Gemeindevorstandes (Schlachtviehmarkt-Verwaltung) und Vertretern der Landwirthschaft, des Viehhandels und des Fleischereigewerbes und einem Vertreter der Ortspolizeibehörde. Die Zahl der Mitglieder jeder Kommission richtet sich nach der Bedeutung und dem Umfang des Verkehrs an dem betreffenden Markte. Die Zahl der Vertreter der Landwirthschaft kann gleich sein der der Vertreter des Handels und des Fischereigewerbes zusammengerechnet. Bei der Notirung sind die höchsten und niedrigsten Preise für Gattung des gehandelten Viehs anzugeben.

Es giebt keine Fleischnoth. Also hat die Generalversammlung der landwirthschaftlichen und zweckverwandten Vereine zu Posen durch einstimmige Annahme einer Erklärung entschieden.

Der russische Viehmarkt ist, wie die Zeitungen der russischen Residenzstädte St. Petersburg und Moskau melden, dermaßen mit Schlachtvieh überfüllt, wie nie zuvor. Es ist kein Raum mehr vorhanden, das Vieh unterzubringen. Das Angebot übersteigt die Nachfrage um fast 40 pCt. Es ist dieses die Folge eines vereinfachten und billigeren Tarifes, den die Bewohner jener Landstriche, wo Mißernten stattfanden, möglichst benutzen, um ihr Vieh an den Mann zu bringen, denn sonst würde ihre Lage bei der voraussichtlichen Steigerung der Futtermittel bald noch kritischer werden.

Drastischer kann unsere „Ordnung" wohl kaum gezeichnet werden. Dort Ueberfluß, hier der größte Mangel, weil dieser einer kleinen Klique Vortheile bringt. —

Die Ausweisungen aus Schleswig zu vertheidigen, hat nur die nationalliberale Presse den traurigen Muth, während die konservative Presse sie einfach als etwas Selbstverständliches urtheilslos hinnimmt.

Die „Magdeburgische Zeitung" meint, wenn die Regierung der dänischen Agitation in Nordschleswig nicht gewaltsam mit Polizeimaßregelungen entgegentrete, werde sie sich lächerlich machen und um jede Autorität bringen. Ein solches Argument läßt sich nicht widerlegen, es läßt sich nur brandmarken. Das nationalliberale Blatt ist dabei so inkonsequent und unlogisch, daß es sagt, die dänische Agitation sei erlahmt, und das Deutschthum habe am Tag der Urwahlen zum preußischen Landtag, am 27. Oktober, einen „glänzenden Erfolg" gehabt. Welchen Sinn hat aber die Gewaltthätigkeit, wenn solche „Erfolge" zu verzeichnen sind? Freilich mit dem „glänzenden Erfolg" ist es gar schlecht bestellt. Denn die dänischen Wahlmänner haben die deutschen immer noch an Zahl übertroffen, wenn auch nur um 2—298 gegen 296 — und das Ergebniß wäre für die „Dänen" wohl noch weit günstiger gewesen, wenn — die öffentliche Stimmabgabe nicht wäre. Wie wir wissen, hat sie sich sehr gefährlich erwiesen. Alle diejenigen Urwähler, die man auf grund des Vertrages von 1864 ausweisen konnte, und die nicht für den Regierungskandidaten stimmten, sind ausgewiesen worden. Wenn, nach dieser Germanisirungs-That, ein neuer Wahltag anberaumt würde, hätte die „Magdeb. Ztg." einen noch „glänzenderen Erfolg" zu verzeichnen. Warum nicht offen ein Gesetz befürworten, das der Regierung das ausdrückliche Recht zuerkennt, jeden Landtagswähler, der nicht so stimmt, wie die Regierung will, einfach auszuweisen, und wo man das nicht kann, eine andere entsprechende Strafe über den Frevler zu verhängen? Das wäre echt nationalliberal — und ein Heldenstück. —

Aus Flensburg wird berichtet: Ueber neue Ausweisungen dänischer Unterthanen wird aus verschiedenen Gegenden Nordschleswigs gemeldet. Von der Insel Alsen sind mehrere Knechte und im Kreise Tondern ist ein Schneidergeselle ausgewiesen. Ferner erhielten Ausweisungsordre: Vier Maurergesellen in Sillerup, zwei Meieristen aus der Meierei in Hjerting und zehn Knechte und Mägde aus der Gegend von Rödding. Andere Dienstboten haben Ladungen erhalten, vor den Polizeibehörden zu erscheinen. Dem Amtsvorsteher Valentiner in Christiansfeld ist ein reitender Gendarm zur Verfügung gestellt, welcher in dem Amtsbezirk umherreist und die Gesindedienstbücher revidirt.

In Dänemark selbst haben die zahlreichen Ausweisungen peinliches Aufsehen erregt. Im Folkething interpellirte der Abgeordnete Kammerherr Jakob Slavenius die Regierung über die Schritte, die sie in der Sache zu thun gedenke, ohne eine Antwort zu verlangen; er wollte nur einen positiven Schritt der Regierung erzwingen, wenn ein solcher nicht bereits gemacht worden sei. Gestern ersuchte der Finanzausschuß den Ministerpräsidenten Hörring und den Minister des Aeußern und der Marine Rayn um eine Besprechung und verlangte eine Antwort. Wie diese ausfallen wird, darüber herrscht wenig Zweifel. Man ist, so wird der „Köln. Volksztg." geschrieben, im Ministerium von den Ereignissen der letzten Tage sehr peinlich berührt und beschäftigt sich mit der Frage, was zu thun sei, ist aber nicht blind für die Thatsache, daß sich eigentlich gar nichts thun läßt, da formell gegen die Schritte der deutschen Regierung ja nichts eingewendet werden kann. Von den diplomatischen Verhandlungen und Vorstellungen, die man in Berlin machen wird, erwartet man in der Bevölkerung kaum bedeutende Erfolge. Für Repressalien, wie sie in der Presse von Einsendern vorgeschlagen und verlangt werden — darunter ein Vorschlag, Fremden den Erwerb von Grundeigenthum in Dänemark gesetzlich unmöglich zu machen —, ist die Regierung nicht zu haben, wie denn auch die Presse sich zum allergrößten Theile bestimmt gegen derartige Vorschläge ausspricht. Die meisten Blätter begnügen sich damit, ihr Bedauern über das Geschehene und ihre warme Theilnahme für die ausgewiesenen Landsleute in vollkommen würdiger und angemessener Weise auszusprechen, ohne die Angelegenheit in chauvinistischer Weise aufzubauschen; aber sie alle zitiren ausgiebig solche deutschen Blätter, die das Vorgehen der Regierung in Schleswig nicht eben billigen. Dagegen läßt es sich nicht leugnen, daß das dänische Volk sich sehr stark erregt fühlt und daß hier eine Stimmung platzgreift, die an Zeiten erinnert, die nun lange hinter uns liegen. In Einsendungen an einzelne Blätter, in Aufrufen und Einsammlungen zum besten der Ausgewiesenen, in Prosa und Versen macht sich neben starkem Unwillen die Gewißheit und der Wunsch geltend, daß eben diese strengen Maßregeln der Regierung Schleswigs dazu beitragen werden, dänischen Sinn und dänische Sympathien jenseit der Grenze zu erhalten und zu stärken. Man sieht hier mit Spannung dem Ausfall der Interpellation Gustav Johannsens im deutschen Reichstag entgegen.

Ueber neue Massenausweisungen — diesmal von Holländern — wird aus Gronau i. W. berichtet. Nach dem „Westfälischen Merkur" sind bereits 30 bis 40 holländische Arbeiter ausgewiesen. Warum die Ausweisungen eigentlich erfolgen, ist noch nicht aufgeklärt. Die Gronauer Nachrichten, die zu dem Herrn Bürgermeister Hahn in engerer Beziehung stehen — „Kikeriki" nennt sie der Volksmund als die Stimme des Bürgermeisters — geben zuerst die Beschimpfung der preußischen Soldaten als Grund an, was aber dem „Westfälischen Merkur" zufolge unmöglich stimmen kann. Jetzt soll die Ausweisung eine Maßregel gegen die Anarchisten sein. Dazu kommt noch die Art und Weise, wie die Ausweisung ausgeführt wird. Dem „Westfäl. Merkur" wird darüber berichtet:

„Hat sich so ein nichtsahnender Arbeiter vor der hohen Polizei als „lästiger Ausländer" entpuppt, dann wird er eines guten Morgens vor den Herrn Bürgermeister zitirt; es wird ihm angekündigt, daß er ausgewiesen ist. Auf die Frage: Warum? giebt's nur die eine philosophische Antwort: „Sie sind lästig", und dann geht's unter der sicheren Begleitung eines Polizisten hinaus: nach Hause, um sich umzukleiden? Das ist gar nicht nöthig, — um der Frau Bescheid zu sagen? Das ist überflüssig, denn die ist unterdessen von ihrer häuslichen Arbeit, vom kochenden Topfe weggeholt, um das Schicksal ihres Mannes zu theilen. Vom Herrn Bürgermeister erhalten sie die wohlgemeinte Warnung mit auf den Weg, Preußen nicht wieder zu betreten, um dort Besuch machen oder gar Arbeit zu nehmen, und dann werden sie wie zwei gemeine Verbrecher zur Glanerbrücke (Grenzstation) gebracht; dort setzt der Beamte sie über die Grenze und — Lieb' Vaterland kannst ruhig sein."

Fast ist man geneigt, die Schilderung als übertrieben zu betrachten, obgleich wir in Preußen-Deutschland gewiß schon an starke Stücke gewohnt sind. „Die Welt steht im Zeichen des Verkehrs", hat einmal der deutsche Kaiser gesagt. An dieses Wort scheint sich die Polizei nicht zu kehren. Und wie, wenn das Ausland einmal den Spieß umdrehte und die hunderttausende Deutschen ausweisen würde? —

Ueber den Waffengebrauch der württembergischen Landjäger (Gendarmen) sind in einer neuen Verordnung folgende Vorschriften erlassen worden: „Die Landjäger sind befugt, bei Ausübung ihres Dienstes, so weit erforderlich, in nachstehenden Fällen von ihren Waffen Gebrauch zu machen: 1. wenn ein thätlicher Angriff auf ihre Person erfolgt oder wenn sie mit einem solchen Angriff dergestalt bedroht werden, daß dessen sofortige Verwirklichung zu befürchten ist, 2. wenn ihnen ein auf die Vereitelung einer rechtmäßig ausgeübten Dienstverrichtung abzielender thatsächlicher Widerstand entgegengesetzt wird, 3. wenn ein ihnen zum Transport oder zur Bewachung übergebener Gefangener entweicht oder eine bei Begehung eines Verbrechens auf frischer That betroffene oder eine in Gemäßheit der Dienstvorschrift bei der Streife festgehaltene Person die Flucht ergreift und wenn in diesen Fällen der Aufforderung des Landjägers, zu halten, nicht Folge geleistet wird. Der Gebrauch der Schußwaffe ist dem Landjäger in den vorstehend bezeichneten Fällen nur dann gestattet, wenn entweder ein besonderer Befehl

hierzu ertheilt worden ist oder die anderen ihm zur Verfügung stehenden Waffen unzureichend erscheinen."

Ganz auf den preußischen Schneid sind die Schwaben also noch nicht gekommen. —

Die Verfassungsrevision in Württemberg kommt jetzt endlich auch in der Ersten Kammer zur Behandlung, nachdem die Zweite Kammer schon dieses Frühjahr ihre Beschlüsse gefaßt hat. Die zur Vorberathung eingesetzte Kommission des Herrenhauses hat jetzt ihren Bericht herausgegeben und man darf wohl annehmen, daß die von ihr gefaßten Beschlüsse auch im Plenum Annahme finden werden. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Kommission beantragt, in die Einzelberathung der Gesetzentwürfe einzutreten und sich mit den einschneidensten Aenderungen, wie sie zum Theil im Regierungsentwurf beantragt oder von der Zweiten Kammer ergänzt worden sind, einverstanden erklärt. So beantragt die Kommission Zustimmung zu der Entfernung der Privilegirten aus der Zweiten Kammer und deren Ersatz durch zwei weitere Abgeordnete der Stadt Stuttgart und 21 mittelst Proportionalwahl zu wählende Abgeordnete der vier Kreise des Landes. In der Begründung dieses Antrages konnte es der Berichterstatter nicht unterlassen, seiner Angst vor dem Wachsen der Sozialdemokratie Ausdruck zu geben. Er meinte, auf alle Fälle müsse man sich in Zukunft mit einer stärkeren Vertretung dieser Partei vertraut machen. Nach seinen Berechnungen auf grund des Resultats der letzen Reichstagswahl rechnet er der Sozialdemokratie mindestens acht Sitze im Landtag zu, zwei in Stuttgart Stadt, je einer Stuttgart-Amt, Cannstatt, Eßlingen, Heilbronn-Stadt, Heilbronn-Amt, Göppingen, Nürtlingen. Bei den Proportionalwahlen giebt er uns drei Mandate, alle im Neckarkreis, zu. Zustimmung findet auch der Regierungs-Entwurf in der Frage der Abschaffung der Stichwahlen, so daß in Zukunft bei den Bezirkswahlen die relative Mehrheit entscheidend ist. In die Erste Kammer sollen nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer, welchen die Kommission der Ersten Kammer beitritt, 6 Abgeordnete des ritterschaftlichen Adels und 6 Vertreter der beiden Kirchen versetzt werden. Die Abweichungen von den Beschlüssen der Zweiten Kammer sind immer noch einschneidender Natur. Die Kommission stellt den Regierungsentwurf wieder her, nach welchem die Standesherren sich in der Ersten Kammer durch irgend einen Agnaten vertreten lassen können, während die Zweite Kammer die Stellvertretung auf den Sohn und den präsumtiven Thronfolger beschränkt wissen will. Auch in der Frage des Wahlalters besteht noch eine Differenz. Die Zweite Kammer hat beschlossen, daß analog dem Reichstags-Wahlrecht zum Eintritt in die Ständekammer soll berechtigt sein, wer das 25. Lebensjahr erreicht hat, während der Entwurf wie seither das zurückgelegte 30. Lebensjahr zur Bedingung machte. Die Kommission der Ersten Kammer beantragt, den Regierungs-Entwurf wieder herzustellen. Den Hauptdifferenzpunkt bildet die Frage des Budgetrechts. Seither konnte die Zweite Kammer selbständig den Etat festsetzen, die Erste Kammer konnte nur den ganzen Etat ablehnen. Daran will die Zweite Kammer festhalten. Die Regierung will der Ersten Kammer das Budgetrecht einräumen. Die Kommission macht jetzt einen Vermittelungsvorschlag, der dahin geht, daß die Beschlüsse der Zweiten Kammer der Ersten Kammer zur Berathung und Beschlußfassung mitgetheilt werden. Hat sich dabei die Erste Kammer für Abänderung eines von der Zweiten Kammer gefaßten Beschlusses erklärt, so hat die Zweite Kammer den Gegenstand einer nochmaligen Berathung und Beschlußfassung zu unterziehen. Wenn hierbei die Zweite Kammer einen von demjenigen der Ersten Kammer abweichenden Beschluß faßt, so gilt ihr Beschluß als Beschluß der Stände-Versammlung. Bei Berathung und Beschlußfassung über die Titel der Einnahmekapitel des Etats (Ertrag des Kammerguts und sonstige Deckungsmittel) steht beiden Kammern gleiches Recht zu. Wenn über die Höhe der Veranschlagung bei den genannten Einnahmen eine Uebereinstimmung beider Kammern nicht zu stande kommt, so verbleibt es bei derjenigen Höhe, bis zu welcher beide Kammern übereinstimmen. Hinsichtlich der Steuersätze und Zuschläge bleibt es für den Fall der Nichtübereinstimmung beider Kammern bei denjenigen Steuersätzen und Zuschlägen, welche bei der betreffenden Steuer für das letzte Jahr der vorhergegangenen Finanzperiode verabschiedet worden sind.

Nachdem gemäß den vorstehenden Bestimmungen die Ausgaben und die zu ihrer Deckung erforderlichen Einnahmen des Hauptetats festgesetzt sind, wird (wie seither) über den letzteren im ganzen zuerst in der Zweiten, dann in der Ersten Kammer abgestimmt. Kommt hierbei ein übereinstimmender Beschluß beider Kammern nicht zu stande, so werden die bejahenden und die verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt und nach der Mehrheit sämmtlicher Stimmen wird alsdann der Ständebeschluß abgefaßt. Würde in diesem Falle Stimmengleichheit eintreten, so hat der Präsident der Zweiten Kammer die Entscheidung.

Am 22. d. Mts. tritt die Erste Kammer zur Berathung der Verfassungsrevision zusammen. Ihre Beschlüsse gehen dann wieder an die Zweite Kammer und wenn es möglich sein sollte, eine Einigung zu erzielen, würde die Auflösung des Landtages folgen und die Neuwahl des Landtags würde Anfang nächsten Jahres stattfinden, so daß der im Frühjahr zu verabschiedende Etat dem neuen Landtag vorgelegt werden könnte.

In der Frage der Steuerreform liegen die Beschlüsse der Ersten Kammer gegenwärtig in der Steuerkommission der Zweiten Kammer, die am Donnerstag zusammentritt, so daß das Plenum bald wird darüber befinden können. Bezüglich des sog. Ortsvorsteher-Gesetzes (Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher) liegen die Beschlüsse der Zweiten Kammer bei der Ersten, welche letztere noch nichts in der Frage gethan hat.

Man sieht, die letzten Wochen dieses Jahres sind für die schwäbischen Parlamente arbeitsreiche Wochen, das Volk aber, das so lange warten mußte, hat Ursache, endlich einmal definitive Beschlüsse zu erwarten. —

Die Auslieferung von Karlsruhe an die Sozialdemokratie — vor Gericht. Es wird uns geschrieben:

Ein interessanter politischer Prozeß hat am 15. Nov. in Karlsruhe vor dem Schöffengericht seinen Austrag gefunden. Es handelte sich dabei um die „Auslieferung der Residenz an die Sozialdemokratie". Bekanntlich hat sich das badische Zentrum unter Führung des intransigenten Pfarrers Wacker geweigert, bei den Stichwahlen der von der Berliner Zentrumsleitung ausgegebenen Parole: „Gegen die Sozialdemokratie" Folge zu leisten. Daß hierdurch unser Sieg in Karlsruhe möglich wurde, wird von niemandem bestritten. Nun brachte das „Badische Militärvereins-Wochenblatt" in einem Artikel die Wuth der Nationalliberalen über den sozialdemokratischen Wahlsieg zum Ausdruck. Als Probe von Stil und Inhalt besagten Artikels mögen folgende Zeilen dienen:

„Hat es vielleicht unser innigstgeliebter, hochverehrter, kerndeutscher Großherzog verdient, daß ihm eine gewissenlose, alles Ehrgefühls bare Gesellschaft mit der Auslieferung der badischen Residenzstadt an die Sozialdemokratie einen solchen Schmerz bereitet; seine allbekannte väterliche Huld und sein so oft allen Unterthanen ohne Unterschied in so reichem Maße bewiesenes Wohlwollen mit so schnödem Undank lohnt? In den Augen Sr. kgl. Hoheit und jedes braven pflichtbewußten Bürgers ist und bleibt ein solches vaterlandsloses Verhalten ein ewiger Schandfleck, der auf diesen treulosen, undankbaren Landeskindern haftet."

Daß mit diesen Anrempelungen die Leitung des badischen Zentrums und zwar speziell Wacker getroffen werden sollte, darüber bestand kein Zweifel. Wacker wollte dies blos bestätigt haben und provozirte deshalb den verantwortlichen Redakteur des „MiL.-V.-Bl." Oberst v. Plotz zu einer Erklärung. Anstatt nun „muthig wie ein Soldat hervorzutreten", versteckte sich der zeitungsschreibende Oberst hinter nichtssagenden Ausflüchten. Nun nagelte Wacker den Herrn Oberst in einer nicht mißverständlichen Erklärung auf den mangelnden Muth an. Anstatt nun doch zu reagieren, lief der Herr Oberst-Redakteur zum Kadi und klagte wegen Beleidigung. Wacker erhob Widerklage und zwar mit Erfolg. Kläger und Widerkläger wurden zu je 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Aber Wacker ging als moralischer Sieger aus dem Kampf hervor; der mitklägerische Vorstand des Militärvereins-Verbands und die Redaktion des „Militärvereins-Wochenblatts" blieben mit ihrem anmaßenden Auftreten, mit ihrem Wahn, ein Monopol zur Bethätigung des Patriotismus zu haben, auf der Strecke. Sehr interessant in dieser Hinsicht ist ein Passus aus der Urtheilsbegründung. Dort wurde u. a. ausgeführt, daß niemand, möge er sein, wer er wolle, das Recht habe, einen deutschen Staatsbürger wegen Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte, wie immer derselbe hiervon Gebrauch mache, zu beleidigen und ihm „vaterlandsloses Verhalten" vorzuwerfen.

Die Wuth über den Ausfall dieses Prozesses äußert sich bei den nationalliberalen Blättern in höchst kleinlicher Weise auch dadurch, daß sie verschweigen, daß auf Beschluß und Anlaß des Gerichts das Urtheil auch im „Volksfreund", unserem Parteiorgan, veröffentlicht wird. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Tilsiter Strafkammer verhandelte am Montag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die Genossin Frau Tolksdorf wegen Majestätsbeleidigung. Das Urtheil lautete auf zwei und einen halben Monat Gefängniß. Es handelt sich auch in diesem Fall um Denunziation aus Rachsucht. Frau Tolksdorf bestreitet mit aller Entschiedenheit, die Aeußerung, welche zu ihrer Verurtheilung geführt hat, gethan zu haben. Am sonderbarsten bei diesem Prozeß ist, daß die Belastungszeugin die beleidigende Aeußerung nicht selbst gehört hat, sondern erst durch eine andere Frau, die kürzlich gestorben ist, erfahren haben will. Es ist eigentlich unfaßbar, daß eine solche Behauptung genügen kann, um eine bisher unbescholtene Frau auf Monate ins Gefängniß zu bringen. In der Voruntersuchung soll der nun Verurtheilten gesagt sein, daß ihr nicht geglaubt werden könne, weil ihr Mann Sozialdemokrat sei. Wir können nicht annehmen, daß die Richter bei Fällung ihres Urtheils ebenfalls die politische Ansicht des Mannes der Angeklagten in den Kreis ihrer Betrachtungen zogen. Genosse Tolksdorf ist durch die Verurtheilung seiner Frau in eine recht unangenehme Lage gekommen, da er mehrere kleine Kinder hat, um die er sich tagüber natürlich nicht kümmern kann, da er seiner Arbeit nachgehen muß. Durch das Urtheil ist nicht nur die Frau auf 2½ Monate ins Gefängniß geschickt, sondern gleichzeitig auch die ganze Familie hart bestraft.

Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich am Sonnabend der Fischhändler Albert Schöneberg aus Hameln vor der Strafkammer des Landgerichts zu Hannover zu verantworten. Der Genannte hatte sich in der Cardinal'schen Wirthschaft in Hameln sowie auf dem dortigen Polizeibureau in einer so unflätigen, gegen allen gesellschaftlichen Anstand verstoßenden Form ausgesprochen, wie es eben nur Personen, die sich vollständig vom Schnapsteufel haben unterkriegen lassen, fertig bekommen. Das Urtheil lautete auf 7 Monate Gefängniß.

Gegen den angeblichen Anarchisten Schirmmacher Oldenburg, der in Altona verhaftet wurde, weil er geäußert haben sollte, er wolle den Kaiser auf der Rückreise von Jerusalem ermorden, wird nun ein Majestätsbeleidigungsprozeß anhängig gemacht werden. —

Deutsche Shantung-Syndikate. Das unter Führung der Herren von Hansemann, Fr. Krupp und anderen Industriellen gebildete Syndikat ist zu einer Einigung mit den übrigen Syndikaten, die zur industriellen Entwickelung der Provinz Shantung zusammengetreten waren, gelangt. Von letzteren ist das aus deutsch-chinesischen Kaufleuten bestehende Syndikat mit Sitz in Hamburg und Köln zu nennen, in dessen Auftrage der Eisenbahn-Ingenieur Gräbertz zu Beginn dieses Jahres eine Rekognoszirungsreise durch die Provinz Shantung unternahm, um u. a. die beste Trace für die Eisenbahn Tsing-Tau—Tsinan-Fu festzustellen. Außer demselben hatte sich unter dem Namen „Magnaten-Syndikat" eine Vereinigung von adeligen Herren, darunter Fürst zu Fürstenberg, Graf Henckel zu Donnersmarck, Baron Tiele-Windler gebildet. Ein drittes Syndikat deutscher Industrieller wird durch Herrn Emil Selberg in Wien repräsentirt. Die Unterhandlungen zur Herbeiführung dieser großen Vereinigung sollen zwischen Herrn v. Hansemann und Herrn Dr. Scharlach als Vertreter der drei Syndikate geführt worden sein.

Es verlautet ferner, daß das Kapital, das für den Bau der zunächst in Angriff zu nehmenden Bahn zwischen Tsing-Tau und Tsinan-Fu erforderlich ist, 60 bis 70 Millionen Mark betragen dürfte, und daß eine weitere erhebliche Summe für die Aufschließung der Kohlenminen und sonstiger unterirdischer Schätze der Provinz Shantung in Aussicht genommen ist.

Daß die deutschen Kapitalisten, die nicht wissen, wo überall hin sie ihr Kapital fruchtbringend anlegen sollen, Vortheil an der Erschließung des Hinterlandes von Kiautschou haben würden, war nie zweifelhaft, Vortheile für das deutsche Volk sind dagegen noch in keiner Weise hervorgetreten. —

Oesterreich.

Wien, 16. November. Abgeordnetenhaus. Vor Uebergang zur Tagesordnung theilt Abg. Daszynski (Soz.) mit, daß in vielen deutschen Bezirken Böhmens Sammelbüchsen für den Abg. Wolf mit dessen Bildniß aufgestellt seien; in manchen Fabriken würden den Arbeitern vom Wochenlohne Beiträge für diese Sammlungen abgezogen. Er führe diese Dinge an zur Ergänzung seiner in der letzten Sitzung gegen Wolf gerichteten Abwehr und um die Reklame zu kennzeichnen, welche Wolf für sich betreibe.

Das Haus geht dann über zur Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Anklage gegen Badeni. Dazu sprechen die Abgg. Berner, Zeller und Dr. Menger, worauf der Präsident die Verhandlung unterbrechen und zur Fortsetzung der Berathung der Nothstandsanträge schreiten will. (Stürmische Protestrufe und Rufe links: „Abstimmen.") Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Präsidenten mit 154 gegen 152 Stimmen angenommen. Die Abgg. Dr. Funke, Dr. Mayreder und Kaiser protestiren gegen die Abstimmung. Nach Erledigung einiger Nothstandsanträge wird die Sitzung geschlossen.

Die Abgg. Dr. Engel und Genossen interpelliren wegen der Ausweisungen österreichischer landwirthschaftlicher und gewerblicher Arbeiter aus Deutschland. Die Abgg. v. Jaworski und Genossen interpelliren in derselben Angelegenheit. Die Interpellation Engel ist von den Jungczechen und dem konservativen Großgrundbesitz, die Interpellation Jaworski von dem polnischen Klub unterzeichnet. —

Wien, 17. November. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Thun beantwortete die Interpellation Spindler betreffend den Vorgang, daß in Thurn bei Teplitz eine gedruckte Proskriptionsliste verbreitet worden sei zum Zwecke der Boykottirung derjenigen Czechen, die um Errichtung einer czechischen Schule in Thurn nachgesucht hatten. Der Ministerpräsident wies auf das bedauerliche Uebergreifen des Nationalitätenstreits auf das wirthschaftliche Gebiet hin und sagte, die Regierung, welche diese Bewegung schärfstens verurtheile, widme ihr volle Aufmerksamkeit. Es seien die strengsten Weisungen an die Behörden erlassen und die bezeichnete Druckschrift mit Beschlag belegt worden. Die Behörden werden alles aufbieten, um die jedes humanitäre Empfinden verletzenden, aufs tiefste zu beklagenden Erscheinungen nationaler Unduldsamkeit thunlichst hintanzuhalten. Sodann setzte das Haus die Debatte über die Anklageanträge gegen Badeni fort. —

Triest, 15. November. Wegen der im September in Nabresina erfolgten Ausschreitungen gegen italienische Arbeiter wurden 151 Angeklagte zu Strafen von 20 Tagen Arrest bis zu 20 Monaten Kerker verurtheilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. —

Frankreich.

Paris, 16. November. („Frankf. Ztg.") Als Lockroy noch nicht Minister war, hatte er Gohier zu einem einzelnen Artikel des jetzt verfolgten Buches über die Armee gratulirt. Gestern theilte er der „Agence Havas" mit, daß er, der Marineminister, das Buch nicht wegen der Aeußerungen über die Marine verfolge. Hiermit wollte er offenbar andeuten, daß er persönlich die Verfolgung nicht billige. Dieser Schritt führte zu Auseinandersetzungen mit Dupuy und der „Soir" kündigt bereits den bevorstehenden Rücktritt Lockroy's an. —

Paris, 17. November. Blättermeldungen zufolge werde der Advokat Mornard dem Kassationshofe neuerdings ein Gesuch um Zurückberufung Dreyfus' überreichen. Das Gesuch werde damit motivirt, daß es unerläßlich sei, daß Dreyfus mit seinen Vertheidigern verkehre und von den Ereignissen der letzten vier Jahre unterrichtet werde, welche er so wenig kenne, daß er noch immer auf seine Rehabilitirung durch Boisdeffre hoffe.

Wie „Siècle" meldet, habe Freycinet festgestellt, daß in der Untersuchung gegen Picquart arge Unregelmäßigkeiten begangen wurden, welche lediglich bezweckten, Picquart möglichst lange in Geheimhaft zu halten.

Es heißt, der Nationalist Lasies werde Freycinet interpelliren, welche Maßnahmen er anläßlich des Beschlusses des Kassationshofes zum Schutze militärischer Geheimnisse zu ergreifen gedenke. Der „Libre Parole" zufolge werde Cavaignac an dieser Debatte theilnehmen und schwere Anklagen gegen Brisson erheben.

„Soir" meldet, daß die Regierung nunmehr entschlossen sei, die Verantwortlichkeit für die Maßregeln zu übernehmen, welche erforderlich sind, um zu verhüten, daß die Schriftstücke des geheimen Dossiers an die Oeffentlichkeit gelangen, weil durch die Veröffentlichung internationale Verwickelungen entstehen könnten.

Der Redakteur des „Temps", de Pressensé, wurde infolge seines Eintretens für Dreyfus und Picquart aus der Liste der Ehrenlegion gestrichen. Derselbe erklärte, die Streichung, die ihm eine Genugthuung gewähre, zeige nur, daß er von den Feinden des Lichts als Opfer gebraucht werde. —

Paris, 17. November. Labori hat heute die Ermächtigung erhalten, mit Picquart zu konferiren; die Unterredung wird wahrscheinlich heute Nachmittag stattfinden. Entgegen anderweitigen Gerüchten steht es fest, daß der Kassationshof den Kriegsminister noch nicht um Mittheilung des geheimen Dossiers ersucht hat. —

Paris, 17. November. In den Wandelgängen des Kassationshofes ist die allgemeine Ansicht die, daß wahrscheinlich ein Erlaß des Gerichtshofes erscheinen werde, um die Rückkehr des Kapitäns Dreyfus nach Frankreich herbeizuführen, da es thatsächlich unmöglich für den Gerichtshof wäre, sich telegraphisch in Verbindung mit Dreyfus zu erhalten. Die Telegramme würden zu zahlreich und zu kostspielig werden. Andererseits würden die auf telegraphischem Wege übermittelten Antworten des Dreyfus vom gerichtlichen Gesichtspunkte aus keine hinreichenden Garantien für die Authentizität derselben bieten. —

Italien.

Verurtheilung Nicola Barbato's. Aus Palermo wird geschrieben: Nicola Barbato, der Organisator der sizilianischen Bauern- und Arbeitervereine, und 34 Bauern von Piana dei Greci standen vor einiger Zeit vor der hiesigen Strafkammer unter der Anklage der Aufreizung zum Klassenhaß und der Gesetzesübertretung, weil sie einen aufgelösten Arbeiterverein rekonstruirt hatten. Die Strafkammer sprach die Angeklagten frei, aber der Staatsanwalt machte von dem Rechtsmittel der Berufung Gebrauch und dieser Tage verurtheilte der Appellhof den Angeklagten Barbato zu einem Jahr Gefängniß und 150 Lire Geldstrafe. Von den Bauern wurden zehn freigesprochen, während die anderen zu Gefängnißstrafen von 6 bis 8 Monaten verurtheilt wurden. —

Eine besondere Leistung hat unlängst die Staatsanwaltschaft von Turin vollbracht: an einem einzigen Tage wurden nicht weniger als acht Zeitungen gerichtlich in Beschlag genommen: „La Stampa" wegen eines harmlosen Artikels; „Il Pasquino" wegen einer Karikatur zweier französischer Generäle, die in der Dreyfus-Sache eine unrühmliche Rolle gespielt haben; „L'Birichin", ein im Dialekt geschriebenes Blättchen, wegen einiger Verse von dem Lustspieldichter Pietracqua; die „Democrazia Cristiana" wegen eines polemischen Artikels; die „Voce dell' operaio" wegen eines Ausfall gegen die Freimaurer; der „Grido del Popolo" wegen Aufreizung zum Klassenhaß; die „Italia Reale" wegen eines Artikels über die letzte päpstliche Encyclica, und endlich das humoristische Blatt „La Luna" wegen einer unzüchtigen Abbildung. —

Rom, 16. November. In der Anarchisten-Konferenz wird der Minister des Aeußeren, Canevaro, den Vorsitz führen. Es liegen bereits Separatanträge mehrerer Mächte vor.

Zum Vertreter der russischen Regierung auf der Konferenz ist der russische Botschafter in Rom, Nelidow, ernannt worden. Demselben wurde der Oberprokureur des Kassationsdepartements des Senats Slutchewsky und der Direktor des Polizeidepartements Swoliansky beigegeben. —

Rom, 17. November. Bei der heutigen Wahl des Kammerpräsidenten wurde Zanardelli mit 190 von 239 abgegebenen Stimmen zum ersten Präsidenten gewählt. 128 Abgeordnete gaben weiße Zettel ab. —

Rußland.

Petersburg, 17. November. Der Minister des Innern verbot auf grund des Preßgesetzes den Einzelverkauf der „Nowoje Wremja".

Türkei.

Aus Kanea meldet das offizielle französische Depeschenbureau: In der Provinz Sitia traten die christlichen und muselmanischen Notabeln unter Vorsitz der Vertreter der französischen Behörden zu einer Berathung zusammen. Diese Versammlung legt Zeugniß ab von der aufrichtigen Annäherung, die zwischen den Christen und Muselmanen stattgefunden hat. Die letzteren haben begonnen, ihre Dörfer wieder in stand zu setzen.

Das italienische Bataillon ist aus Kanea abgezogen.

Konstantinopel, 17. November. Der Minister des Auswärtigen verständigte die Botschafter der vier Mächte davon, die Pforte habe mittels Zirkulardepesche an ihre Vertretungen im Auslande Protest dagegen eingelegt, daß Prinz Georg von Griechenland zum mit der Verwaltung der Insel betrauten Oberkommissar der vier Mächte bestellt sei. —

Afrika.

Ein französisch-italienischer Zwischenfall. Aus Massauah wird vom 16. d. M. gemeldet: An einem zum Sultanat Raheita gehörigen Punkte an der Küste hatte der französische Kreuzer „Scorpion" einen französischen Kommissar mit 6 Matrosen und zwei Askaris gelandet. Der die Garnison von Raheita befehligende italienische Offizier begab sich mit einer halben Kompagnie an Ort und Stelle und verlangte Aufklärungen von dem französischen Kommissar. Dieser antwortete mit der Behauptung, daß dieser Punkt bereits auf französischem Gebiete liege, er erklärte sich bereit, mit den Matrosen an Bord des „Scorpion" zurückzugehen, ließ aber die beiden Askaris an Land und theilte ihnen einen seiner Zivil-Unterbeamten zu. Der italienische Offizier ließ nun einen Zug an Ort und Stelle zurück, in der Erwartung, daß der Vorfall zwischen den beiderseitigen Regierungen, denen sofort Bericht erstattet wurde, zur Erledigung kommen werde.

Auf das Sultanat Raheita, welches den Ausgang aus dem Rothen Meere beherrscht, hat bekanntlich Rußland sein Augenmerk gerichtet. Italien will jedoch sein Protektorat über das Sultanat nicht bestreiten lassen.

Infolge des oben geschilderten Zwischenfalles hat, wie aus Paris gemeldet wird, eine Aussprache zwischen dem dortigen italienischen Botschafter Tornielli und dem Minister des Aeußern Delcassé stattgefunden. In der Unterredung konnte festgestellt werden, daß beide Mächte entschlossen sind, jede Verwickelung zu vermeiden und in jenen Gegenden den status quo aufrecht zu erhalten, bis die Frage bezüglich der genauen Abgrenzung der beiderseitigen Territorien geprüft und zwischen beiden Regierungen zur Entscheidung gebracht ist. —

Amerika.

Washington, 16. November. Im Kriegsdepartement zeigte sich in den letzten Tagen lebhafte Thätigkeit zur Vorbereitung von Truppen für den überseeischen Dienst; wenigstens haben zehn Regimenter regulärer Truppen, die zum größten Theil nach dem kubanischen Feldzug in die nordwestlichen Staaten zurückkehrten, den Befehl erhalten, sich zum Dienste unter den Tropen bereit zu halten.

Es verlautet, daß ein amerikanisches Geschwader mit versiegelten Ordres nach Europa abgesegelt sei.

Kommission für Arbeiterstatistik. Die Vernehmung von Auskunftspersonen aus dem Gast- und Schankwirthschafts-Betriebe begann heute im Reichsamt des Innern. Heut waren Prinzipale und Kellner aus der Hotelbranche und einige Köche geladen. Bei den Vernehmungen wurden die Thatsachen über Dauer der Arbeitszeit, welche durch die statistischen Erhebungen im Jahre 1893 ermittelt wurden, bestätigt. Die schlimmsten Verhältnisse bezüglich der Arbeitszeit wurden aus den Mittelstädten der östlichen Provinzen festgestellt. In den kleinen und mittleren Hotels in jener Gegend ist der Oberkellner des Hotels nebenbei Buffetier und Servirkellner in dem mit dem Hotel verbundenen Restaurant. Dieser gehetzte Mensch hat die ganze Verantwortung für die Getränke und muß deshalb der erste und letzte im Geschäft sein. Da der Hoteldienst vor Abfahrt der ersten Züge beginnt und erst nach Ankunft der letzten Züge schließt, so liegt oft zwischen Beginn und Schluß des Hoteldienstes ein Zeitraum von 19 bis 20 Stunden. Dazu kommt noch, daß oft Stammgäste auch dann das Lokal noch nicht verlassen, wenn der letzte Zug angekommen ist und folglich muß der Buffetier-Oberkellner auch im Dienste bleiben.

Die Frage: Wie lange Ruhezeit den Kellnern bewilligt werden kann und muß, wurde von den Unternehmern einstimmig mit „sieben Stunden" beantwortet. Nach Ansicht der Unternehmer muß also der Kellner täglich 17 Stunden arbeiten, wenn das Geschäft bestehen soll.

Die Kellner fordern selbstverständlich eine längere Ruhezeit. Auf die Anfrage: ob die Betheiligten aus eigener Wahrnehmung eine Schädigung der Gesundheit beobachtet haben, wurde fast nur eine verneinende Antwort gegeben. Es mag dieses daran liegen, daß der Schwindsüchtige selten selbst an seine Krankheit glaubt. Mancher Kellner mag schon den Todeskeim in sich tragen und noch immer glauben, er ist ganz gesund. Der Prinzipal und der Mitarbeiter mag den Kranken für einen faulen und unfähigen Menschen halten, bis er schließlich auf die Landstraße und dann ins Hospital kommt. Die offiziellen Krankheits- und Sterbelisten berichten dann über die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffer, ohne daß die Wirthe und die Kellner kranke Kellner gesehen haben.

Einstimmig waren Wirth und Kellner in der Verurtheilung des Stellenwuchers. In dieser Richtung wurden speziell aus Süddeutschland ganz krasse Fälle mitgetheilt. U. a. wurde ein Fall aus München vorgetragen, wo ein Stellenvermittler einen Oberkellner aus seiner Stelle vertrieben hat, und dann 400 M. dem Kellner abgenommen hat, den er an der freigewordenen Stelle unterbrachte.

Auch die Köche hatten mancherlei Klagen vorzutragen. Schon die Arbeitsräume, in denen diese Leute angestrengt arbeiten müssen, entsprechen sehr wenig den hygienischen Anforderungen. Wenn nun noch der Koch täglich 14—16 Stunden arbeiten muß, ohne einen Ruhetag zu haben, dann wird es begreiflich, wenn sich allerlei Berufskrankheiten einstellen. In der Kochbranche wird auch mit der Lehrlingszüchterei mancher Unfug getrieben. Es wurde mitgetheilt, daß bis vor kurzer Zeit in einem großen Berliner Hotel 24 Lehrlinge gehalten wurden. Jeder Lehrling mußte 500 M. Lehrgeld zahlen. So wußte der spekulative Wirth es einzurichten, daß seine Küche ein sehr rentables Unternehmen war. Wie viele dieser „Lehrlinge" für ihr hohes Lehrgeld auch etwas gelernt haben, kann nicht festgestellt werden. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Droschkenkutscher! Die Kutscher bei dem Fuhrherrn Kurth, Cuvrystraße 20, sind seit dem 16. d. M. in den Streik getreten. Die Betreffenden haben an diesem Tage, weil ihnen der Fuhrherr den Lohn auf 1,50 M. nicht erhöhen wollte, sämmtlich die Arbeit eingestellt. Der Unterzeichnete richtet an die übrigen Kollegen die Bitte, die Streikenden moralisch zu unterstützen, indem niemand Stellung beim Fuhrherrn Kurth annehme. Ferner werden die Kutscher ersucht, recht rege an den Sammlungen zum Agitationsfonds theilzunehmen. J. A.: H. Schulz, Neue Hochstraße 50.

Vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nr. 268 des „Vorwärts" ist ein Aufruf an die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter enthalten, in welchem gesagt wird, der zu Weihnachten nach Kassel einberufene Kongreß oben benannter Arbeiterkategorien sei von privater Seite erfolgt. Wir konstatiren hiermit ausdrücklich, daß die Einberufung jenes Kongresses im Auftrage der für diesen Beruf bestehenden Zentralorganisation erfolgt ist, d. h. Genosse Hoffmann-Berlin von dieser Seite mit der Einberufung beauftragt war. Wir bitten deshalb die Parteipresse und Vorsitzenden der Gewerkschaftskartelle, davon Notiz nehmen zu wollen, daß die Einberufung des Berufskongresses der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zum 25. Dezember dieses Jahres zu Recht erfolgt ist. In zweifelhaften Fällen giebt die Generalkommission der zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg in dieser Frage definitive Auskunft.

Deutsches Reich.

Die Lohnkommission der Müller und Mühlenarbeiter in Halle hat den Unternehmern eine Lohnforderung zugesandt, die das Verlangen stellt, den Stundenlohn auf 30 Pf. zu erhöhen, wobei der Tagesverdienst der Mühlenarbeiter nicht unter 3 M. und der der Müller nicht unter 3,50 M. betragen soll.

Zur Lohnbewegung der Bergleute. Die Versammlung der Bergarbeiter in Dortmund, die am Sonntag stattfinden sollte, um in diesem starken Bergwerksrevier gleichfalls die Stimmung der Bergleute zum Ausdruck kommen zu lassen, ist abermals vereitelt. Der Wirth des Lokals, welches für die Versammlung ausersehen war, hatte seine Zusage zurückgezogen und den zahlreich erschienenen Versammlungsbesuchern den Eintritt in das Lokal verweigert.

In Krefeld befinden sich die Winderinnen bei der Firma Düsselberg Söhne seit Montag im Ausstand. Die Ausständigen verlangen eine Lohnerhöhung von 15 pCt. Da ihnen vor kurzem in gleicher Höhe ein Abzug gemacht wurde, so beanspruchen sie nur den alten Lohn.

Die Lohnbewegung der Mannheimer Schuhmacher hat einen recht unliebsamen Abschluß gefunden. Die Meister haben in einer Versammlung den von ihren Vertretern mit den Arbeitern vereinbarten Tarif abgelehnt und unter Fortlassung der geringen Aufbesserungen, die der vereinbarte Tarif bot, einen neuen aufgestellt, der eher eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeutet. Die Arbeiter haben diesen Tarif abgelehnt und werden wahrscheinlich zu geeigneter Zeit auf ihre Forderungen zurückkommen.

In Bamberg haben die Brauerei-Arbeiter im Frankenbräu die Arbeit eingestellt, bezw. 12 Arbeiter sind, weil sie einen höheren Lohn verlangten, entlassen worden. Damit nicht genug, hat sich die Direktion mit Einverständniß des Braumeisters noch bemüßigt gefühlt, an die Brauereiverwaltungen sämmtlicher umliegenden Städte wie Erlangen, Fürth, Nürnberg, Kulmbach, Schweinfurt 2c. zu schreiben und zu ersuchen, keinen von den Ausständigen einstellen zu wollen, da diese frivol die Arbeit niedergelegt hätten. — Auch der Obermälzer ist entlassen worden, weil er die Lohnforderung seiner Kollegen als berechtigt fand.

Die Tarifbewegung der Buchdrucker giebt dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel", dem Organ für die Interessen der Verlagsbuchhändler, Anlaß zu ernsten Befürchtungen, daß ihr Profit herabgemindert werden könnte. Das Blatt schreibt:

„Es ist eine sehr beachtenswerthe und höchst merkwürdige Thatsache, daß von den im Deutschen Buchdruckerverein organisirten Prinzipalen die Gehilfen in den nicht diesem Verein angehörenden Druckereien zur Arbeitseinstellung aufgefordert worden sind, wenn ihnen nicht die Entlohnung ihrer Arbeit nach dem seitens des Vereins mit dem Gehilfenverbande vereinbarten Tarife bewilligt werden sollte.

Der Verlagsbuchhandel ist in besonderem Maße an dieser Aufforderung zur Arbeitseinstellung interessirt, die im Anschluß an die Bildung von Innungen und Zwangsinnungen den wesentlichen Zweck zu verfolgen scheint, den Buchdruckereien in der Provinz, in Städten und Gegenden mit billigeren Lebensverhältnissen die Konkurrenz mit den Buchdruckereien in der großen Stadt zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Für den Verlagsbuchhandel wird, wenn es dem Verein gelingt, seine Ziele zu erreichen, eine allgemeine Erhöhung der Produktionskosten die Folge sein."

Es wird dann im Anschluß hieran der Aufruf des „Ostdeutschen Anzeigers für Buchdruckereien" abgedruckt, der sich mit derselben Heftigkeit gegen die Tarifeinführung wendet, wie der Aufruf der rheinisch-westfälischen Buchdruckereibesitzer, und schließlich wird auch der Protestkundgebung der vereinigten Vorstände des Vereins der Buchdruckereibesitzer der Provinzen Ost- und Westpreußen und des Provinzialvereins Posener Buchdrucker Raum gegeben. Mit den Kundgebungen der erwähnten Prinzipalvereinigungen haben wir uns schon beschäftigt, es erübrigt sich, darauf zurückzukommen. Die Bemerkung des Börsenblattes zum Tarif der deutschen Buchdrucker ist geeignet, die Thatsachen geradezu auf den Kopf zu stellen. Der Tarif der deutschen Buchdrucker berücksichtigt voll die lokalen Verhältnisse und ist den billigeren Lebensverhältnissen in der Provinz weitgehende Rechnung getragen, so daß keine solide Konkurrenz Schaden erleiden kann. Allerdings, die Herstellungsart unserer modernen Schundliteratur, die Massenauflage der Hintertreppen-Romane wird eine Preissteigerung erfahren, denn diese Artikel sind es, die heute vielfach mit Hilfe von Lehrlingen in Werkstätten angefertigt werden, in welchen äußerst schlechte Löhne und miserable Arbeitsverhältnisse herrschten. Wenn diesen Dingen ein Ende bereitet wird, so mag der Profit aus solchen Unternehmungen in Gefahr kommen, die Schundkonkurrenz und die Schundliteratur in eine etwas bedrängte Position gerathen, dagegen dürfte das Publikum in diesem Falle keinen Nachtheil erleiden. Daß aber das „Börsenblatt" für die erwähnten Interessenkreise im Buchdruckgewerbe und Verlagsgeschäft Partei nimmt, kennzeichnet seinen geschäftlichen Standpunkt recht trefflich.

Ausland.

Die Buchbinderei-Arbeiter in Pilsen sind vor kurzem in eine Bewegung zur Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse eingetreten. Sie forderten den Neunstundentag statt der bisherigen schrankenlosen Arbeitszeit, Einhaltung der Sonntagsruhe, doppelte Bezahlung der Ueberstunden, die auf ein Minimum beschränkt werden sollen, 15 pCt. Lohnerhöhung, Freigabe des 1. Mai. Die Forderungen wurden durch den Gehilfenausschuß den in der Genossenschaft vertretenen Meistern vorgelegt und innerhalb vierzehn Tagen Antwort verlangt. Nach Ablauf dieser Frist gab der Genossenschaftsvorsteher den Gehilfen die Beschlüsse der Meister bekannt. Sie bewilligten die zehnstündige Arbeitszeit, Arbeitsruhe am 1. Mai, doppelte Bezahlung bei eventueller Feiertagsarbeit, Beschränkung der Ueberstunden, halbtägige Arbeitsruhe am letzten Tage des Jahres. Die Lohnerhöhung wurde abgelehnt. Die Arbeiter haben sich mit diesem Zugeständnisse befriedigt erklärt.

Aus der Schweiz. In der Züricher Seidenfärberei von Meier erreichten die Arbeiter nach einem 3½stündigen Streik, der durch die Maßregelung eines Arbeiters verursacht war, Lohnerhöhungen von 1—1,50 Fr. pro Woche für Handlanger und von 1—2,50 Fr. für Färber, ferner Anerkennung der Gewerkschaft und Wahl eines Arbeiterausschusses durch die Arbeiter.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Von den bei der Explosion in der Norddeutschen Zuckerraffinerie in Frellstedt verletzten 23 Arbeitern sind jetzt zwei gestorben, ein dritter liegt hoffnungslos darnieder.

In der Grube Felix bei Mons in Belgien wurden 5 Bergleute verschüttet. Nur 2 konnten bis jetzt gerettet werden. Der Gang, wo die Verunglückten arbeiteten, ist durch niedergegangene Fels- und Kohlenmassen auf etwa 30 Meter Länge gesperrt. Nach Ansicht der Ingenieure bedarf es noch mehrtägiger Räumungsarbeiten, um zu den drei Verschütteten zu gelangen. Jede Hoffnung, daß diese noch leben, ist ausgeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

„Ein verhauener Brüsewitz". Unter dieser Spitzmarke erschien am 30. März dieses Jahres im „Vorwärts" ein Artikel, in welchem ein Abenteuer geschildert wurde, welches dem Lieutenant von Oppeln-Bronikowski begegnet war. Es wurde erzählt, daß der Genannte am 28. März von seiner Garnisonsstadt Dessau nach Bernburg gefahren sei, um sich zu vergnügen. In der Nacht zum 29. März habe er, nach reichlichem Weingenuß auch der Venus opfern wollen und gegen 3 Uhr morgens ein Haus aufgesucht, in welchem er, nach der ihm zu Theil gewordenen Auskunft seinen Zweck würde erreichen können. Der Lieutenant habe an einer unrechten Thür Einlaß begehrt, als ihm auf sein Lärmen und Klopfen geöffnet wurde, sei ihm eine ehrbare Frau entgegengetreten, die ihm auf seine Frage, ob dort Damen wohnten, in deutlicher Weise zu erkennen gegeben habe, daß er an eine falsche Adresse gerathen sei. Der Offizier wollte sich nicht abweisen lassen, sondern machte nun der ehrbaren Frau unsittliche Anträge. Die Frau habe ihn gebührend abgewiesen und vor ihm ausgespuckt. Darauf habe der Offizier ihr einen Schlag gegen den Kopf versetzt. Die Mißhandelte habe ihren Mann gerufen, der barfuß und nur halbbekleidet aus dem Nebenzimmer herausgestürzt sei und den Offizier gefragt habe, was er von seiner Frau wolle. Die Antwort darauf sei ein Faustschlag gewesen, den der Offizier gegen den Kopf des Mannes, des Arbeiter Junge, richtete. Nun hätten beide Männer mit einander gerungen, der Arbeiter sei Sieger geblieben, habe den Offizier böse zugerichtet und ihm den Degen fortgenommen.

Diese Darstellung des Sachverhalts soll der Wahrheit nicht entsprechen und ist deshalb gegen den Redakteur des „Vorwärts", August Jacoby, Anklage wegen Beleidigung erhoben worden, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. verhandelt wurde. Der Arbeiter Junge ist bereits wegen Körperverletzung des Offiziers vom Landgericht Bernburg zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Der Zeuge v. Oppeln-Bronikowski bestritt, daß er der Frau Junge unsittliche Anträge gemacht habe. Er habe nur wenige Worte mit ihr gewechselt, da sei auch schon ihr Mann aus der Nebenstube gekommen und habe mit einem Knüppel auf ihn eingeschlagen. Bei dem darauf folgenden Ringen habe er sich einen Fuß gebrochen und sei dadurch kampfunfähig geworden. Während er unter dem Gegner auf dem Boden lag, habe ihm jemand — es müsse die Frau gewesen sein — den Degen losgeschnallt. Ein anderer Hausbewohner habe ihm den Degen nach einiger Zeit wieder zurückgegeben.

Staatsanwalt Plaschke hielt für erwiesen, daß der Artikel in mehreren Punkten von der Wahrheit abweiche, schon die Ueberschrift „Ein verhauener Brüsewitz" sei ebenso unzutreffend wie beleidigend. Er beantrage gegen den Angeklagten drei Monate Gefängniß. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Heine führte aus, daß nur wegen der Ueberschrift eine gelinde Bestrafung des Angeklagten erfolgen könne. Der Gerichtshof stand auf dem Boden des Staatsanwalts, ließ es aber bei einer Geldstrafe von 150 M.

Die „Brandstiftungen auf dem Gesundbrunnen" werden heute, Freitag, das Schwurgericht am Landgericht Berlin I beschäftigen. Auf der Anklagebank haben zu erscheinen: Der Sargfabrikant Reinhold Radtke, dessen Ehefrau Hermine Radtke geb. Wenzel und deren Neffe Moritz Wenzel. Es handelt sich um die mysteriösen Brandstiftungen, welche im März und April d. J. in dem Hause Badstraße 62/63, wo das unter dem Namen der Ehefrau geführte Radtke'sche Geschäft sich befand, vorgekommen sind. Alle drei Angeklagte befinden sich seit April in Untersuchungshaft. Der letzte der Brände fand am 16. April statt, nachdem Radtke schon verhaftet worden war. Es stellte sich dabei heraus, daß die Hintertreppe bis in das dritte Stockwerk hinein mit Petroleum begossen waren und daher abermals Brandstiftung vorlag. Der Kellner Wenzel wurde sofort in Haft genommen, da Fußspuren, auf die die Füße des Wenzel genau paßten, bis vor sein Bett führten. Er hat dann ein Geständniß dahin abgelegt, daß er zu dieser Brandlegung von seiner Tante angestiftet worden sei. Die Polizei sollte dadurch, daß trotz der Verhaftung des Radtke die Brandstiftungen fortdauerten, zu dem Glauben veranlaßt werden, daß Radtke gar nicht der wirkliche Thäter sei. Dieses Geständniß, bei dem Wenzel auch verblieben ist, hatte auch die Verhaftung der Frau Radtke zur Folge. Letztere mußte, weil bei ihr hysterische Krämpfe auftraten, einige zeitlang zur Beobachtung in eine Anstalt überführt werden, sie ist dann aber wieder in das Untersuchungsgefängniß zurückgebracht worden. Die Vertheidigung der Angeklagten werden die Rechtsanwälte Dr. Werthauer, Leop. Meyer und Heymann führen. Da etwa vierzig Zeugen geladen sind, wird die Verhandlung zwei Tage dauern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neisse, 17. November. (W. T. B.) Die „Neisser Zeitung" meldet: In Oppeln ist ein Hängegerüst an dem Neubau der höheren Töchterschule herabgestürzt. Elf Personen wurden verletzt, von denen bereits zwei ihren Verletzungen erlegen sind.

Hamburg, 17. November. (W. T. B.) Infolge dichten Nebels ereigneten sich gestern und während der letzten Nacht sowie heute Vormittag auf der unteren Elbe mehrere Schiffsunfälle. Der englische Dampfer „Bode", von Norfolk nach Hamburg bestimmt, gerieth auf Grund, sodaß das vollbeladene Schiff während der Ebbe durchbrach. Die Mannschaft wurde gerettet und nach Cuxhaven gebracht. Man hofft einen Theil der Ladung retten zu können. Ein weiterer Unfall passirte dem englischen Dampfer „Columbia", der bei Blankenese mit einem Hamburger Dampfer zusammenstieß und bedeutenden Schaden erlitt.

Hamburg, 17. November. (W. H.) Der Dampfer „Bede", der von Norfolk mit Stückgut nach Altona bestimmt war, ist bei Cuxhaven gestrandet und mitten durchgebrochen. Der Schleppdampfer „Athlet" versuchte einen Theil der Ladung zu löschen. Die Mannschaft ist gerettet.

Hamburg, 17. November. (W. H.) Der aus Kapstadt kommende Dampfer „German" ist heute Vormittag mit dem aus Hull kommenden Dampfer „Korso" auf der Unterelbe kollidirt. Der letztere sank sofort, die Mannschaft wurde gerettet.

Hamburg, 17. November. (W. T. B.) Von weiteren Unglücksfällen infolge des Nebels wird noch berichtet: Der englische Dampfer „Oopack" kam auf Grund, wurde jedoch später ohne Schaden wieder flott gemacht und konnte seine Reise fortsetzen. Der englische Dampfer „German" von der Union Steamship Co. stieß bei der Oste mit dem englischen Dampfer „Corso" zusammen. Letzterer sank, „German" erlitt keine Beschädigung. Die Passagiere und die Mannschaft der „Corso" wurden gerettet. Ganz in der Nähe dieser Unfallstelle rannten der englische Schooner „Sultana Reina" und der von Hamburg kommende englische Dampfer „Holderneß" zusammen. Die „Sultana Reina" sank. Ihre Mannschaft wurde von der „Holderneß", welche wenig Schaden gelitten hatte, gerettet.

Wien, 17. November. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus lehnte den Antrag auf Versetzung Badeni's in den Anklagezustand mit 193 gegen 174 Stimmen ab.

Wien, 17. November. (W. T. B.) Im Abgeordnetenhause, wo die Anklage-Anträge zur Debatte standen, erklärte Kathrein (kath. Volksp.), daß seine Partei die Ministeranklage als zwecklos fallen lassen werde, man wolle die Vergangenheit ruhen lassen. Sozialdemokrat Hoeger erklärt, die Majorität möge stimmen, wie sie wolle, die Abstimmung trage vor dem Volke den Stempel des Schachers. Es folgt nun eine Reihe von thatsächlichen Berichtigungen, darunter eine solche des Abg. Wolf gegen Daszynski (Soz.). Wolf führt aus, daß die in Deutschböhmen eingeleiteten Sammlungen nicht für seine persönlichen Zwecke, sondern für das Blatt „Ostdeutsche Rundschau" dienten. Abg. Wolf erklärt auf Ehrenwort, die Sammlungen seien ganz ohne sein Wissen und seinen Willen geschehen. Gegenüber dem Abg. Wolf betont Abg. Daszynski, es sei thatsächlich für die Person Wolf's gesammelt worden. Redner zeigt unter Heiterkeit eine Sammelbüchse vor und verliest einen Aufruf, in welchem es heißt, es solle Wolf für den ihm durch Ausübung seines Mandats erwachsenden Entgang Ersatz geboten werden. Das Haus lehnte sodann den Anklage-Antrag der Deutsch-Nationalen und der Schönerianer gegen den Grafen Badeni mit 193 gegen 174 Stimmen ab. Nächste Sitzung Dienstag.

Budapest, 17. November. (W. H.) Infolge des Korpsbefehls des Reichs-Kriegsministers v. Krieghammer, betreffend das Henzi-Denkmal ist die Situation sehr kritisch geworden. Die heutige Abgeordnetenhaus-Sitzung nahm einen stürmischen Verlauf. Von 14 vorgemerkten oppositionellen Rednern haben sich bis Nachmittag 3 Uhr bereits fünf in äußerst heftigen Ausführungen gegen den Kriegsminister gewandt. Banffy und Fejervary gaben beschwichtigende Erklärungen ab. Trotzdem dauerte der Sturm fort. Der Präsident drohte wiederholt, den Platz zu verlassen. Die Opposition will beantragen, alle Urtheile, nach denen 1849 Batthyany und andere Märtyrer hingerichtet wurden, zu annulliren.

Paris, 17. November. (W. H.) Der Advokat Labori, der heute die Erlaubniß erhalten hat, mit Picquart zu konferiren, hat demselben heute Nachmittag im Gefängniß einen Besuch abgestattet.

London, 17. November. (W. T. B.) Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Peking vom heutigen Tage meldet, wird die Zurückziehung der Truppen Kangsu's aus der Nachbarschaft von Peking fortgesetzt.

Rom, 17. November. (W. T. B.) Die Kammer wählte zu Vizepräsidenten Palberti mit 236, Chinaglia mit 234 und de Riseis mit 180 Stimmen. Zwischen Colombo, welcher 107, und Mussi, welcher 87 Stimmen erhielt, findet Stichwahl statt.

Portsmouth, 17. Nov. (W. T. B.) Das größte der bisher gebauten englischen Ramm-Kriegsschiffe, der „Formidable", wurde heute hier von Stapel gelassen. Die Tribüne war mit englischen und amerikanischen Flaggen geschmückt, die ineinander geschlungen waren. Der „Formidable" hat ein Deplacement von 15 000 Tonnen und soll eine Geschwindigkeit von 18 Knoten haben. —

Malta, 17. November. (W. T. B.) Nachdem im südlichen Mittelmeer eine Abkühlung in der Temperatur eingetreten ist, wird der Kaiser die Heimreise auf dem direkten Wege über Pola antreten.

Shanghai, 17. November. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus.") Wie ein Telegramm des „Echo de Chine" meldet, ist Kwei-Tschaufu am oberen Jang-tse-kiang von den Aufständischen angegriffen und geplündert und das dortige katholische Missionsgebäude niedergebrannt worden. Einzelheiten fehlen.

Yokohama, 17. November. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Nach einem Telegramm aus Söul hat die koreanische Regierung Anordnungen erlassen, dem Handel seitens der Ausländer im Innern der Halbinsel ein Ende zu machen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Zum Stuttgarter Parteitage nahm eine Parteiversammlung in Darmstadt durch Annahme einer von Cramer vorgeschlagenen Resolution wie folgt Stellung:

„Die Parteiversammlung erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, bedauert nur, daß bezüglich der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen eine, die Genossen in Preußen anfeuernde Entscheidung nicht stattgefunden hat. Bezüglich der Frage der Taktik theilt die Versammlung die Ansicht jener Genossen und Genossinnen nicht, welche der Meinung sind, daß sich in der Partei ein verderblicher Possibilismus breit mache. Die Bethätigung in praktischen, das Alltagsleben der unterdrückten Klassen berührenden Fragen ist für die Partei eine Lebensfrage, und gerade für die Herbeiführung unserer Endziele eine Nothwendigkeit. Je stärker und einflußreicher die Partei wird, desto mehr hat sich ihr die Nothwendigkeit aufgedrängt, und soweit die Agitation der letzten Jahre kontrollirbar war, ist eine nennenswerthe Veranlassung zu der Befürchtung nicht gegeben, als sei eine Verwässerung in der Partei hinsichtlich des Hervorkehrens unserer Endziele eingetreten. Diese Möglichkeit muß deshalb schon für ausgeschlossen betrachtet werden, weil unsere Gegner uns stets zu der Auseinandersetzung unserer Endziele provoziren, hinsichtlich welcher bei geschulten Genossen keine Zweideutigkeit denkbar ist. Wer sich über unsere Ziele klar ist, findet auch im praktischen Kampfe stets den richtigen Weg, der, bestimmt durch den Gang der Entwickelung, zu unserm Endziel führen muß. Die Versammlung empfiehlt daher Festhalten an der bisher geübten und bewährten Taktik, und fordert die Genossen auf, in diesem Kampfe nicht zu erlahmen und den altbewährten Opfermuth bei allen ferneren Aktionen der Partei zu erneuern."

Unter dem Titel „Märkische Rundschau" geben Redaktion und Verlag der „Brandenburger Zeitung" ein Blatt heraus, das nach Art der „Wahlzeitung", die während der Reichstagswahl für den Regierungsbezirk Potsdam erschien, redigirt sein wird und vorläufig monatlich einmal erscheinen soll. Die Probenummer der „Märkischen Rundschau" ist bereits erschienen. Wie die Redaktion mittheilt, hat die „Wahlzeitung" seinerzeit so viel Anklang gefunden, daß die Einstellung ihres Erscheinens in vielen Familien als ein Mangel empfunden wurde.

Der Sozialdemokratische Wahlverein in Hannover beschäftigte sich mit der Frage der Betheiligung an den Gemeindewahlen. Obgleich die noch aus dem Jahre 1858 stammende, auf alt-hannöversche Zustände berechnete Städte-Ordnung der erfolgreichen Betheiligung der Arbeiter an der Wahl die allergrößten Schwierigkeiten bereitet — beispielsweise sei erwähnt, daß zur Erlangung des Wahlrechts ein Opfer von 30 M. nöthig ist — beschloß der Verein doch, daß der Versuch gemacht werden soll, Vertreter der Arbeiter in das Bürgervorsteher-Kollegium zu bekommen. Eine Kommission wurde gewählt, die einer späteren Versammlung bestimmte Vorschläge zu machen hat. Beschlossen wurde weiter, daß mit aller Energie auf die Beseitigung der jetzigen Städte-Ordnung hingewirkt werden soll.

Selbständige Betheiligung an der Stadtverordnetenwahl beschlossen auch die Parteigenossen von Lemgo in Lippe-Detmold. Sie haben für die dritte Klasse 5 Kandidaten aufgestellt.

Bei der Gemeinderathswahl in Apolda wurde unser Parteigenosse August Baudert mit 1471 Stimmen gewählt. Die übrigen sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 161—564 Stimmen, die Kandidaten der Gegner 999—1774.

Gegen den früheren Kassirer des deutschen Bergarbeiter-Verbandes, den im Essener Meineidsprozeß mit verurtheilten Bergmann Johannes Meyer, war ein Verfahren wegen angeblicher Unterschlagung von 1200 M. anhängig. Wie bürgerliche Blätter melden, ist nach eingehender Untersuchung das Verfahren jetzt endgiltig eingestellt worden, da sich die völlige Unschuld Meyer's herausgestellt hat. Das „Volksblatt für den Wahlkreis Bochum" bemerkt zu dieser erfreulichen Nachricht: „Es war für uns von vornherein klar, daß das Verfahren gegen Meyer einen solchen Ausgang nehmen mußte. Genosse Meyer ist wohl der Schwergeprüfteste von all' den Opfern des Meineidsprozesses, Weib und Kind sind ihm während seiner Strafzeit gestorben. Die Kunde von der Einstellung des Verfahrens wird ihn, der seelisch ganz gebrochen ist, hoffentlich wieder aufrichten. Seine Strafzeit läuft im Monat April nächsten Jahres ab."

In München feierte am 15. November der alte Parteigenosse Alois Kiefer das Jubiläum seiner 50jährigen Thätigkeit im Buchdruckergewerbe. Die „Münchner Post" widmete dem Jubilar einen überaus herzlich gehaltenen, längeren Artikel, aus welchem mitgetheilt sei, daß Kiefer u. a. Redakteur und Herausgeber des ersten selbständigen Organs der Münchner Arbeiterschaft, des im Jahre 1873 von den Gewerkschaften unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gegründeten „Zeitgeists" gewesen ist. Wegen seiner Thätigkeit für die Arbeiterinteressen hat auch Kiefer manches Ungemach — so eine 4½monatige Gefängnißstrafe — erdulden müssen. Möge ihm, der seine Kraft allzeit den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter gewidmet hat, ein langer freundlicher Lebensabend beschieden sein!

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der Parteigenosse Vogtherr in Berlin hat die Aufforderung erhalten, bis nächsten Sonnabend im Gefängniß zu Plötzensee die sechsmonatige Freiheitsstrafe anzutreten, die ihm vom Magdeburger Landgericht zuerkannt worden ist, weil er nach dessen Ansicht in einer Rede in Magdeburg eine Majestäts- und Minister-Beleidigung begangen hat. Möge Genosse Vogtherr die lange Freiheits-Entziehung gut überstehen!

— Der verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volksstimme", Genosse Pistorius, wurde vom Schöffengericht daselbst wegen „groben Unfugs" zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte folgende Notiz veröffentlicht:

„Eine Greisin erschossen.

Daß die verbrecherische Wahnsinnsthat in Genf die Entrüstung und den Schmerz eines jeden fühlenden Menschen erregen muß, ist selbstverständlich. Es passirt aber auch sonst noch genug, das ebenso sehr geeignet ist, die allgemeine Entrüstung zu erregen. Man lese:

Ein österreichischer Grenzaufseher erschoß an der sächsisch-böhmischen Grenze eine sechzigjährige Frau aus Schönau in Böhmen, die Kaffee und Petroleum durchzuschmuggeln versuchte.

Eine arme alte Greisin, die, um einige Pfennige zu sparen, ein Pfündchen Kaffee über die Grenze schmuggeln will, wird erschossen. Natürlich hat der Beamte nach seiner Instruktion gehandelt, aber ob „gesetzlich" oder nicht, es handelt sich auch hier um eine alte Frau, die ohne Grund getödtet worden ist. Und dafür hat die bürgerliche Presse, die sich in jenem Fall vor Entrüstung nicht genug thun konnte, vier Zeilen, die kurz die Thatsache registrirten. Merke: Das unglückliche Opfer in Genf ist eine Kaiserin; das unglückliche Opfer an der sächsisch-böhmischen Grenze ist eine arme Frau aus dem Volke. Dort ist der Mörder ein Wahnsinniger, ein von einer fixen Idee Beherrschter; hier hat ein Beamter kalt und ruhig nach seiner Instruktion gehandelt. Ist diese That nicht mindestens ebenso hart zu verurtheilen wie jene? Aber wie gesagt: vier Zeilen hat die großkapitalistische bürgerliche Presse dafür, denn — diese That läßt sich nicht zur Unterdrückung, Knebelung und Ausbeutung des Volkes fruktifiziren. Das ist der Unterschied!" —

In dieser Notiz erblickte die Anklagebehörde einen groben Unfug der schlimmsten Art, weil verschwiegen sei, daß die Instruktion der Grenzbeamten dahin laute, erst zu schießen, wenn der Verdächtige sich zur Flucht wendet, und daß die Frau dies gethan habe.

Die Notiz sei offenbar auf eine Verhetzung der unteren Volksklassen abgesehen gewesen. Der Amtsanwalt beantragte das höchste Strafmaß, 6 Wochen Haft; das Schöffengericht hielt aber den „groben Unfug" mit 50 M. für genügend gesühnt.

Wir haben versucht, zu erforschen, wo in der Notiz der „Volksstimme" eine Belästigung des Publikums stecken könnte, ohne welche der § 360 selbst nach seiner neuzeitlichen Auslegung unserer Auffassung nach schlechterdings nicht angewandt werden darf. Aber unsere Mühe war vergebens. Gekränkt konnte sich durch die Notiz die großkapitalistische Presse fühlen, gegen die sich die Notiz ja richtet, aber die großkapitalistische Presse ist kein Publikum. Ferner konnten an der Notiz die österreichischen Grenzbeamten Aergerniß nehmen, aber diese sind ebenfalls kein Publikum. Kurz, wie wir die Sache auch betrachten mögen, es scheint uns, als wenn das Urtheil des Magdeburger Schöffengerichts alle Urtheile, die bisher auf grund des § 360 von deutschen Gerichten gefällt worden sind, noch weit hinter sich ließe.

— „Groben Unfug" soll auch die Erfurter „Tribüne" begangen haben. Sie hatte in mehreren Nummern die Notiz veröffentlicht: „Die Büchner'sche Brauerei steht mit der klassenbewußten Arbeiterschaft Erfurts auf dem Kriegsfuß." Der verantwortliche Redakteur Rudolph wurde vom Schöffengericht zu einer Woche Haft verurtheilt und das Landgericht bestätigte dieses Erkenntniß. Beide Gerichte betrachteten die inkriminirte Notiz als eine Boykott-Erklärung.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 17. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Stadtv. Vogtherr zeigt Urlaub auf sechs Monate an.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Entwurfs eines Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken.

Zu demselben hat die Minderheit, vertreten durch die antragstellenden Stadtvv. Deter, Dinse, Rosenow, Singer, Ullstein und Vogtherr die in der zweiten Lesung abgelehnten Anträge fast sämmtlich wieder eingebracht, außerdem liegt ein neuer Antrag derselben Stadtverordneten vor, den Vertrag nur bis 1910 (statt bis 1915) zu erstrecken.

In der mit der Debatte über § 1 verbundenen Generaldiskussion erklärt

Stadtv. Kyllmann namens seiner Freunde, auch in dritter Lesung für diesen heilsamen und segensreichen Vertrag votiren zu wollen. Es werde ja damit kein Monopol geschaffen, vielmehr bleibe jedem Interessenten überlassen, sich selbst sein Elektrizitätswerk anzulegen. Ferner könne bei Zustandekommen des Vertrages die Ausdehnung des Kabelnetzes sofort erfolgen und in allen Straßen des Weichbildes erzwungen werden. Die Elektrizitätsmesser-Miethe falle fort; eine Verbilligung des Tarifs müsse bei mehr als 12½ pCt. Dividende eintreten. Die Berliner Elektrizitätswerke hätten sich ferner verpflichten müssen, das Werk an der Oberspree zu erwerben. Auch erlange die Stadt durch den Vertrag eine wesentlich billigere Beleuchtung ihrer Straßen und Gebäude. Ein Risiko irgendwelcher Art dagegen entstehe aus dem Vertrage für die Stadt nicht. Daß die Werke die Verwaltung besser führen würden, als die Stadt, sei zweifellos; die Gesellschaft erstrecke ihren Wirkungskreis über die ganze Welt und bringe der Berliner Industrie ungemeinen Verdienst. Mit der Annahme des Vertrages werde dieser zum Vortheil der Deutschen, zum unbestreitbaren großen Vortheil der Berliner Industrie gereichende Zustand für eine lange Zeitdauer erhalten und gewährleistet werden.

Stadtv. Singer: Fast hätte es den Anschein, als ob die Ausführungen des Vorredners in ein Hoch auf die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ausklingen würden (Heiterkeit). Nach den thatsächlichen Verhältnissen liegt kein Grund vor, diese Gesellschaft als den sozialen Wohlthäter Berlins hinzustellen. Die ihr nachgerühmten Vorzüge beweisen alles, nur nicht die Unmöglichkeit, daß die Stadt ebenso handeln kann. Die entgegengesetzte Meinung wird nur von Leuten aufgestellt, die nicht wollen, daß die Stadt die Werke in eigene Regie nehme. Gegenüber den erwähnten Vortheilen muß doch auf die Thatsache verwiesen werden, daß dieselben fast durchweg durch die Gegner des Vertrages und gegen den Willen der Gesellschaft in den Vertrag hineingebracht sind. (Widerspruch.) In einer Stunde, wo ein Monopol für alle Zeit an eine private Aktiengesellschaft weggegeben werden soll, muß noch einmal scharf hervorgehoben werden, was gegen das Monopol spricht. Ich bin nicht ruhmsüchtig, aber ich gestehe offen, ich möchte, auch wenn ich nicht mehr in der Versammlung bin, daß mein und meiner Freunde Namen unter denen zu finden sind, die den Vorzug verdienen, daß sie nicht kurzsichtig einen Vortheil für die Stadt und für die Gesammtheit der Bürger aus der Hand gegeben haben. Wir halten es für unangemessen für die Stadt, die Straßen und Plätze für eine Abgabe dem Privatkapital auszuliefern. Indem wir den Berliner Elektrizitätswerken die Einführung ihrer Kabel bis 1915 gestatten, geben wir ihnen ein Monopol zur Krafterzeugung für Beleuchtung und Verkehr. Wenn Herr Kyllmann bestreitet, daß ein Monopol gegeben wird, weil andere Leute sich Blockstationen einrichten können, so wird die Entwickelung dahin führen, daß die Gesellschaft auch diese letzten Konkurrenten mattsetzt, daß sie durch billige Lieferung das Mittel finden wird, das Eindringen in ihr Monopol wirksam zu verhindern, zumal wenn die Majoritätsverhältnisse in dieser Versammlung dieselben bleiben wie jetzt. Ferner müssen wir zu verhüten suchen, daß mit diesem Vertrage unseren eigenen Gasanstalten eine unerträgliche Konkurrenz gemacht wird. Gerade vom kaufmännischen Standpunkt sollte doch dieses Argument bei den Freunden des Vertrages Eindruck machen; der einfache Verstand des Kaufmanns kann es nicht begreifen, wie man sich selbst einen schwer oder garnicht zu besiegenden Konkurrenten schaffen kann. Wenn wir ferner nicht jetzt diese Werke übernehmen, sondern sie bis 1915 weggeben, werden wir nie zur Uebernahme kommen. Die Vergrößerung des Unternehmens kann durch die Stadt im Laufe der Entwickelung der Verhältnisse auch wohl geleistet werden; aber wenn die Stadt das Unternehmen schon jetzt bei 12 Millionen Kapital nicht soll leiten können, wird man sich 1915, wenn es mit 25 oder 30 Millionen arbeitet, um so schwerer zur Uebernahme entschließen. Ein klassischer Zeuge dafür ist unser Kollege Jacobi, jetzt einer der eifrigsten Förderer des Vertrages; der hat 1895, als es sich um die Einsetzung der gemischten Deputation handelte, ganz ähnlich deduzirt. (Stadtv. Jacobi: Sehr richtig!) Dann kann ich nur bedauern, daß seine Ueberzeugung heute der damaligen so diametral entgegengesetzt ist. Unsere Stadt steht vor der Nothwendigkeit, entweder mehr Steuern zu fordern oder ihre Einnahmen sonst zu erhöhen. Es ist offenes Geheimniß, daß unsere Kollegen in der Armendirektion darüber einig sind, daß die Armengeldsätze von heute unzulänglich sind und dringend einer Erhöhung bedürfen. Geschieht sie, dann schwillt der Armenetat bedeutend an, und wir haben hiervon allein 1—2 Millionen Mehrausgaben. Weiter herrscht in der Chariteeverwaltung die Auffassung, daß die Vergütung für die städtischen Kranken zu niedrig ist und auf Erhöhung gedrungen werden wird. Also auch hier wird der Ausgabeetat wachsen. Desgleichen aber wird für die Schule und für soziale Zwecke mehr aufgewendet werden müssen, denn die heutige Sterilität gegenüber sozialen Aufgaben der Stadt wird doch hoffentlich nicht für alle Zeit andauern. Wie kommen wir ohne Erhöhung der Steuern zu den nothwendigen Einnahmen? Da bieten sich doch die Einnahmequellen aus dem Eigenthum der Stadt an den Straßen und Plätzen als die natürlichsten dar. Warum sollen wir diese Einnahmen mit Aktiengesellschaften theilen, damit die Aktionäre statt 3½ 12 oder 13 pCt. herauswirthschaften? Wo liegt denn das moralische Anrecht dieser Aktionäre auf die Ausbeutung der städtischen Straßen und Plätze gerade durch sie? Aber außerdem darf nicht vergessen werden, daß man mit diesem Vertrage wieder ein Stück der Selbstverwaltung der Stadt aus der Hand giebt. Verstopfen Sie diese Einnahmequellen, so müssen wir demnächst über 100 pCt. Einkommensteuer nehmen und Sie müssen dann an den Minister gehen, um den Etat genehmigen zu lassen. Das sollten Sie doch zehnmal bedenken, ehe Sie zu gunsten einer Aktiengesellschaft diesen Schritt thun. (Sehr richtig! und Heiterkeit). Lachen ist kein Argument; dadurch beweist man nichts. Diese Gründe veranlassen mich, die Ablehnung des § 1 zu beantragen. Wir haben nun unsererseits geltend gemacht, daß auch die Bürgerschaft in dieser Sache ein Wort mitzureden habe, und sie hat gesprochen. In den häuslichen Streit der liberalen Herren hier im Saale mit ihren Gesinnungsgenossen in den Bezirksvereinen will ich mich nicht mischen, aber interessant ist es doch, daß man sich hier plötzlich auf den Standpunkt der eigenen Ueberzeugung stellt und sich von der Bürgerschaft nicht beeinflussen lassen will; charakteristisch ist es, festzustellen, daß überall da, wo die öffentliche Meinung sich mit der Sache beschäftigt hat, in Versammlungen, in Vereinen, in der Presse, die Entscheidung der Bürgerschaft gegen den Vertrag ausgefallen ist. Warum sind Sie von der Mehrheit denn nicht in Ihre Vereine gegangen, wenn Sie von der Nützlichkeit des Vertrages so durchaus überzeugt sind? Können Sie mir eine Stelle aus der öffentlichen Meinung sagen, wo man den Vertrag empfohlen hätte? Keine! Und die Presse mit einer einzigen unrühmlichen Ausnahme, der „Freisinnigen Zeitung", ist derselben Meinung. (Stadtv. Spinola: Gott bewahre!) Herr Kollege, Ihr Leiborgan, die „Post", ist auch für die Uebernahme! (Große Heiterkeit.) Der Nachweis etwa, daß die Leitung der Wasserwerke unzulänglich ist und die Stadt Berlin davon zurücktreten müsse, ist von keiner Seite erbracht. Wohl aber ist die Presse einig in dem Verlangen, daß die Stadt es ihrer Würde und dem Interesse der Gesammtheit schuldig ist, die Werke zu übernehmen. Da steht voran die „Soziale Praxis", die jetzt unter der Aegide des früheren Ministers v. Berlepsch erscheint, desgleichen die Wochenschrift „Die Nation", und sogar das Lieblingsorgan unserer sogenannten guten Bürgerschaft, dem doch keine Interessengemeinschaft mit der Sozialdemokratie zugeschrieben werden wird, die „Vossische Zeitung", bringt noch gestern einen sehr gediegenen Artikel für die Uebernahme. (Zwischenrufe.) Ja, auf den Standpunkt, daß jedesmal das Gegentheil von dem gethan werden muß, was die öffentliche Meinung will, werden Sie sich doch nicht stellen wollen. Und schließlich wird durch den Vertrag die Stadt einem Kapitalistentring ausgeliefert. Wenn auch die Fusion Löwe-Schuckert gescheitert ist, so ist sie blos für den Augenblick gescheitert, weil man sich über die Vertheilung des Gewinnes nicht verständigen konnte! Ist der Vertrag abgeschlossen, so werden die Fusionirungsbestrebungen nach wie vor auftreten, man wird sich verständigen, und wir stehen vor der Gefahr, daß wir im Anfang des nächsten Jahrhunderts vollständig durch diese vereinigten Kapitalmächte lahmgelegt werden in der Verfügung über unsere Straßen und Plätze. Das wollen wir verhüten, und darum sind wir gegen die Annahme des Vertrages. Wie die Sache ausfallen mag, ich bin überzeugt, daß wir mit unserer Auffassung besser die Verantwortung tragen werden, als diejenigen, welche, sei es aus Bequemlichkeits- oder Zaghaftigkeitsrücksichten oder aus anderen Gründen heute einen Vertrag schließen, welcher die Selbständigkeit der Stadt Berlin auf diesem hochwichtigen wirthschaftlichen Gebiet ein für allemal vernichtet! (Beifall und Widerspruch.)

Stadtv. Cassel: Auch ich bin nicht in der Lage, Ihnen heute wesentlich Neues zu bieten. Namens der überwiegenden Mehrheit meiner Freunde (der großen Fraktion der Linken) erkläre ich nochmals, daß wir keineswegs prinzipielle Gegner der Uebernahme sind; die vorliegende Frage ist daher für uns nur eine Zweckmäßigkeitsfrage. Würden wir der Meinung sein, durch Ablehnung des Vertrages den Interessen der Stadt zu dienen, so würden wir ihn ablehnen. Aber bei dem gegenwärtigen Stande der Elektrotechnik und das elektrotechnischen Betriebes würden wir mit der Ablehnung den Interessen der Stadt entgegenhandeln. Wir pflichten in diesem Punkte dem Kollegen Kyllmann bei. Infolge neuerer Erfindungen bezüglich des Stromsystems haben die Kabel der Gesellschaft heute einen viel geringeren Werth als noch vor einem halben Jahre. Dieser Umstand verändert das Bild der Uebernahme der Werke durch die Stadt durchaus. Von einer Bankrotterklärung der Selbstverwaltung kann nicht die Rede sein. Diejenigen Stadtverordneten, die auf dem Standpunkt des Vertrages stehen, können sich an der Versicherung gewisser Leute, daß sie fähiger seien als sie, doch nicht genügen lassen. Nicht an diesen Personen und deren kleinlicher Auffassung, sondern an den der städtischen Bethätigung gezogenen Grenzen liegt es, wenn man sich nicht zur Uebernahme entschließen kann. Dem Standpunkt des Herrn Singer muß ich entgegenhalten, daß Herr Bebel auf dem vorjährigen Parteitage der Sozialdemokraten erklärt hat, die Uebernahme von Partei-Zeitungen sei ein mißliches Unternehmen, und ohne Profit rauche kein Schornstein. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe.) Ja, ich weiß ja, daß das alles gesagt ist mit Beziehung auf den heutigen Staat und die heutige Gesellschaftsordnung, aber diese besteht doch nun einmal, und es ist immer das tertium comparationis, daß die Uebernahme durch offizielle Korporationen weniger einen Gewinn gewährleistet als die Ausführung durch Private. Aus den Worten des Herrn Singer in zweiter Lesung geht außerdem aufs bestimmteste hervor, daß Herr Singer der erste sein würde, der Anträge auf Verbilligung stellen würde. (Sehr richtig! und demonstrativer Beifall der Mehrheit.) Wo würden denn da die großen Einnahmen und die Aufbesserung des Einnahme-Etats bleiben? Hauptsächlich aber bestimmt uns, die Uebernahme abzulehnen, der Zuschlag von 53⅓ pCt., den wir jetzt über den Werth der Werke geben müssen. Diese fünfzehn Millionen zu amortisiren, würde jährlich eine Million vorweg ausmachen, und schon das stellt sehr in Frage, ob wir überhaupt einen Reingewinn machen würden. (Sehr richtig!) Eine so große Summe aus dem städtischen Vermögen zu opfern, halten wir uns nicht für berechtigt. Daß hier ein Monopol verliehen wird, ist thatsächlich unrichtig, weil kein Interessent gehindert ist, sich seine eigene elektrische Kraftquelle einzurichten, wenn er das Straßennetz nicht in Anspruch nimmt. Liefert die Gesellschaft auch diesen Interessenten ihren Bedarf so zweckmäßig und billig, daß sie auf eigene Anlagen verzichten, so kann man doch erst recht nicht von einem Monopol sprechen; auch nicht aus dem Grunde, daß die Straßenbahn ihren Bedarf von den Berliner Elektrizitätswerken beziehen soll. Der „Zwist" in der liberalen Partei, das entgegenstehende Urtheil unserer Presse, welche Herr Singer gegen uns anführt, können hier nicht in betracht kommen. Der Streit besteht, sollte aber nicht nach der Seite persönlicher Angriffe vertieft werden, wie denn auch die „Vossische Zeitung" heute Abend sich ausdrücklich zum Anwalt für die Ueberzeugungstreue und die Ehrlichkeit der Gesinnung der Vertragsfreunde macht. Wir legen auch den höchsten Werth auf die Aeußerungen der Bürgerschaft, mag sie uns zustimmen oder nicht; handeln können wir aber nur nach unserer Ueberzeugung; nach dem Eindruck in der Mehrheit der Bürgerschaft können wir nicht abstimmen. Plebiszite haben wir ja doch nicht, und der Eindruck hängt doch auch sehr von dem Eifer ab, den Einzelne in der Bürgerschaft für ihre Anschauungen entwickeln. Die Bürgerschaft wird uns hoffentlich nicht nach dieser Abstimmung für abgethane Leute halten und uns zum

alten Eisen werfen; wer sich hier irrt, kann sich nicht damit abfinden, daß auch die Bürgerschaft sich geirrt hat; die Bürgerschaft wird ihn gerade an seine Verantwortlichkeit erinnern. Wir haben ein Leben hindurch für die Grundsätze des Freisinns gearbeitet, und mit uns stimmen Männer wie Virchow und Langerhans! (Großer Beifall und Zischen.)

Stadtv. Deter ist durch die heutigen Gegenreden in seiner Auffassung nur bestärkt worden. Eine Verstadtlichung liege ja prinzipiell schon in der Betheiligung der Stadt mit der Hälfte des Reingewinns. Wie man den Monopolcharakter immer noch in Abrede stellen könne, sei ihm unerfindlich. Ein großes Geschäft lasse sich viel leichter leiten, wenn man in dasselbe hineinwachse, als wenn man es erst übernehme, wenn es schon gewaltige Dimensionen erlangt habe. Daß der Aufschlag zu zahlen sei, habe man doch beim Abschluß des Vertrages gewußt; wie sollte man sich vor dieser Summe von 15 Millionen fürchten? Die Bemängelung, die seine zahlenmäßige Darstellung in der zweiten Lesung durch den Stadtv. Jacobi erfahren, sucht Redner dann in eingehender Weise zu entkräften. „Noch in letzter Stunde" beschwört er die Versammlung, den Vertrag zu verwerfen.

Stadtv. Rosenow tritt den Schlußausführungen des Stadtv. Cassel entgegen. Er habe die Erregung nicht in die Bürgerschaft hineingetragen. Jetzt sei der günstige Zeitpunkt zur Uebernahme; später habe die Stadt bei der Uebernahme auch das Oberspree-Werk zu übernehmen, und Berlin habe doch als Kommune gar kein Interesse, für Potsdam oder Spandau Elektrizität zu liefern. Der Schreckschuß, den Kollege Cassel abgefeuert mit der Kabelentwerthung, sei nicht tragisch zu nehmen; trotz der Entwickelung der Starkstromsysteme reichten die vorhandenen Kabel aus. Der städtische Betrieb der Gaswerke werfe der Stadt jetzt 4½ Millionen ab; die Wasserwerke habe man aus dem Privat- in den städtischen Betrieb übergeführt. Uebernehme die Stadt die Werke, so habe sie nur eine Stromerzeugungsstelle und das sei eine ungeheuer einfache Sache; im übrigen habe die Privatindustrie mit den Motoren, Birnen, Dynamos u. s. w. (Widerspruch) nach wie vor freie Bahn. Mit dem Verzicht über die freie Verfügung über die Straßen werde natürlich auch ein Stück Selbstverwaltung geopfert. Der Vertrag werde zum Unheil für die Stadt ausschlagen.

Stadtv. Gerstenberg erinnert daran, daß die Mehrheit s. Z. den Anstoß gab, daß der Stein ins Rollen kam. Für den Umschwung der Auffassung müßte sie also doch überzeugende Gründe haben, und diese lägen für sie in der Unfähigkeit der Stadt zur Führung des Unternehmens und in der Anschauung, daß es keineswegs unmöglich sein werde, 1915 die Werke, und dann ohne Aufschlag, zu übernehmen. Man könne doch nicht gleichzeitig auf den großen Gewinn verweisen und für große Verbilligungen des Tarifs eintreten. Die Steigerung des Ausgabe-Etats spreche geradezu gegen die Uebernahme. Thatsächlich sei die städtische Verwaltung nicht im stande, das Unternehmen zu leiten; man dürfe doch nicht jemand, der nicht schwimmen könne, ins Wasser werfen.

Stadtv. Friedemann motivirt kurz seine ablehnende Stellung gegen den Vertrag.

Darauf geht ein Schlußantrag ein. Gemeldet ist noch Stadtv. Singer. Derselbe beantragt über den Schlußantrag namentliche Abstimmung. Dieser Antrag Singer wird genügend unterstützt. Der Antragsteller Meyer zieht darauf seinen Schlußantrag zurück.

Stadtv. Singer: Nicht weil ich noch eine Rede halten wollte, bin ich gegen den Schluß der Debatte aufgetreten, sondern um Herrn Cassel, der meine Partei ganz unmotivirt in die Sache hineingezogen hat, die gebührende Antwort zu geben. Dem Kollegen Gerstenberg antworte ich nur: Wenn damit, daß jemand erklärt, er könne zur Zeit noch nicht schwimmen, ein für allemal ausgesprochen sein soll, daß er nicht schwimmen lernen darf (Stürmische Heiterkeit), dann soll er recht haben. Man kann eben ein sehr guter Schulmann, aber ein recht mäßiger Kaufmann sein. (Zustimmung und Widerspruch.) Früher hat Herr Jacobi — und das habe ich festlegen wollen — in Uebereinstimmung mit uns ausgeführt, daß die Gründe gegen die Uebernahme im Jahre 1915 in noch viel höherem Maße vorhanden sein würden. Herr Cassel hält uns das Streben nach Verbilligung der Tarife entgegen; er vergißt, daß die Verbilligung einen sehr erhöhten Konsum und damit mehr als die Ausgleichung des Verlustes herbeiführt. Ich nehme gerade an, daß Sie nach der Uebernahme der Werke die Anträge auf Verbilligung stellen werden (Unruhe und Schlußrufe.); denn die Arbeiter haben keinen Bedarf an elektrischen Anlagen, die Interessenten dafür sind die Wähler erster und zweiter Abtheilung, welche Sie in diesen Saal geschickt haben. (Wiederholte Schlußrufe). Wäre es denn ein Verbrechen, wenn auch selbst wir die Verbilligung beantragten? Käme die Verbilligung nicht den Bürgern zu gute und sind das nicht auch Steuerzahler? Diese Furcht vor der Verbilligung trifft also nicht zu. Wenn Herr Cassel meine Auffassung durch die Zitirung einer Aeußerung meines Freundes Bebel widerlegen will, so bin ich von der Loyalität des Kollegen Cassel so durchdrungen, daß ich annehme, ihm ist der Zusammenhang, in dem die Worte von Bebel gesprochen sind, weder jetzt noch früher bekannt gewesen. Denn warum sind wir in der Partei zunächst für die Deckung der Bedürfnisse auf dem Gebiete der Literatur ꝛc. noch für Privatunternehmungen? Nicht weil wir uns fürchten vor eigenen Unternehmungen, sondern weil wir nicht wünschen, daß unsere Mittel in Häusern ꝛc. angelegt werden, weil wir wünschen müssen, daß unsere Mittel liquide bleiben, damit wir bleiben, was wir sind, eine Aktions-, eine Kampfpartei, weil wir kein Vertrauen haben können, daß wir mit denselben Maße wie andere Parteien auch ferner gemessen werden! Das Wort vom rauchenden Schornstein ist im Zusammenhang damit gebraucht worden, daß ein Privatunternehmer etwas verdienen muß, weil er sonst die Zeitung nicht drucken würde. (Aha!) Ja, spricht denn das irgendwie gegen unsere prinzipielle Stellung? Herr Cassel kennt auch das öffentliche Leben viel zu gut, um nicht zu wissen, daß eine solche scheinbare Nachweisung eines Widerspruchs von seinen Freunden draußen mit Jubel begrüßt wird, während Sie dieselbe Ausführlichkeit der Entgegnung zu verhindern suchen. (Lärm.) Habe ich mir das Wort nicht erst erzwingen müssen? Herr Cassel hat lediglich in Ermangelung sachlicher Gründe diesen Scheingrund vorgebracht! (Unruhe.)

Damit schließt die Debatte. Nach persönlichen Bemerkungen der Stadtv. Cassel und Gerstenberg wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 50 Stimmen angenommen.

Zu § 2 hat Stadtv. Singer beantragt, den Vertrag blos bis 1910 abzuschließen.

Zur Begründung bemerkt

Stadt. Singer: Infolge Ihres Beschlusses werden morgen an der Börse die Aktien der Berliner Elektrizitätswerke erheblich steigen. Um in diesen Börsenwein etwas Wasser zu gießen, ist unser Antrag zu § 2 geeignet. Ist die Stadt nur „zur Zeit" nicht aber für immer unfähig, die Werke zu leiten, dann ist eine Karenzzeit bis 1910 zur Ueberlegung für den Magistrat, wie man solche Werke zu führen hat, doch lang genug. Verringern Sie also die Ausbeutung der Stadt durch die Berliner Elektrizitätswerke um 5 Jahre. Sie brauchen ja auch 1910 noch nicht zu übernehmen, aber Sie hätten dann doch wenigstens das Recht dazu, wenn der Magistrat erkannt hat, daß er die Fähigkeit der Stadt zu gering eingeschätzt hat.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 13 begründet Stadtv. Ullstein einen Antrag, wonach auch für den Gebührentarif außerhalb Berlins (Oberspreewerk) die Genehmigung des Magistrats erforderlich sein soll.

Stadtv. Jacobi und Bürgermeister Kirschner bekämpfen den Antrag; es sei gut, daß der Magistrat in Tarifsachen nicht mitzureden habe, und daß die Gesellschaft auf eine vertragsmäßige Bindung ihrer Tarife eingehen würde, sei nicht anzunehmen.

Der Antrag wird mit 68 gegen 48 Stimmen verworfen.

Zu § 25 haben die Stadtvv. Deter-Singer und Genossen den Antrag wiederholt, auch von den Außenwerken die Brutto-Abgabe von 10 pCt. zu erheben, eventuell dieselbe auf 16⅔ pCt. zu erhöhen.

Stadtv. Rosenow befürwortet den Antrag. Ohne weitere Diskussion wird derselbe abgelehnt.

Zu § 26 (Betheiligung der Stadt am Reingewinn) giebt Stadtv. Cassel namens seiner Freunde die Erklärung ab, daß für sie die Normirung der 50 pCt. eine definitive ist, und daß keine Aussicht sei, daß der Vertrag zu stande kommt, wenn die Gesellschaft auf die 50 pCt. nicht eingeht (Heiterkeit).

Stadtv. Singer beantragt einen neuen § 29a, wonach die Berliner Elektrizitätswerke zur Erhöhung ihres Aktienkapitals über 20 Millionen der Genehmigung des Magistrats bedürfen sollen. Die Genehmigung darf nicht versagt werden, wenn die Nothwendigkeit der Kapitalserhöhung nur zu Betriebszwecken nachgewiesen wird. Der Antragsteller führt aus, daß die Befürchtung, die Berliner Elektrizitäts-Werke würden neue Aktien zu höherem Kurse als pari ausgeben, um die Herabdrückung ihres Reingewinns auszugleichen, nicht abgewiesen werden könne. Die Stadt müsse gegen diesen kapitalistischen Zusammenschluß der Banken und Aktiengesellschaften geschützt werden. Die Erhöhung bis 20 Millionen sei freigegeben; der Zusatz werde jede Gefahr einer Beeinträchtigung im Betriebe beseitigen. Aber der Agiotage müsse vorgebeugt werden, wenn die Stadt nicht selbst sich der Begünstigung des Börsenspiels mitschuldig machen wolle.

Der Antrag wird abgelehnt, desgl. ein Antrag zu § 30, wonach die Stadt die Grundstücke eventuell zum Buchwerth übernehmen kann, wenn sie sich im übrigen für den Taxwerth entscheidet.

Der Rest des Vertragsentwurfs wird genehmigt, desgleichen der Vertrag zwischen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und den Berliner Elektrizitäts-Werken.

Zu den „Lieferungsbedingungen" liegt schließlich ein Antrag Singer vor, die Rabatte und Extrarabatte für Stromverbrauch zu verallgemeinern. Es soll der Rabatt bei mehr als 800 (statt 800) Stunden 5 pCt. und für jährlichen Verbrauch von über 1000 (statt 10 000) M. 5 pCt. betragen.

Stadtv. Singer hofft, daß bei diesem Antrag die Versammlung nicht die bisherige Praxis befolgen wird, ihn einfach im Orkus verschwinden zu lassen. Es handle sich hier um eine Anregung zu gunsten des Kleingewerbes und des Mittelstandes, die nicht wirkungslos verhallen sollte. Die Rabatte sollten nicht blos den Großkonsumenten bewilligt werden, wie es hier geschehe. Der Mittelstand habe ohnehin schwer genug unter der Konkurrenz des Großbetriebes zu leiden. Von 4000 Abnehmern hätten nur 43 für je über 20 000 M. gebraucht. Auch mittlere, schon ziemlich große Firmen kämen bei einem Jahreskonsum von 8000—9000 M. nicht zu dem Genusse des Extrarabatts. Habe man den Einheitspreis um 5 Pf. herabgesetzt, so werde hier mit der andern Hand durch die ungünstigere Fassung der Rabattbedingungen dieser Vortheil theilweise wieder beseitigt. Ebenso liege es mit dem Rabatt für die Kilowattstunde.

Bürgermeister Kirschner: Die Tarife sind schon jetzt die niedrigsten in ganz Deutschland, und im Ausschusse sind noch weitere Herabsetzungen beschlossen. Der Antrag würde einen Ausfall von 700 000 M. bedeuten. (Bewegung.) Die Ausführungen des Stadtv. Singer ständen in gewissem Gegensatz zu der früheren Bemerkung, daß die Elektrizität nicht das Licht der armen Leute sei. Die Konsumenten von Elektrizität hätten durchschnittlich jährlich 1250 M. zu zahlen, da könne man von Kleingewerbe und Mittelstand kaum noch sprechen.

Stadtv. Singer: Ich habe davon, daß das elektrische Licht nicht das Licht der armen Leute sei, in diesem Zusammenhange garnicht gesprochen, vielmehr schon vorher darauf hingewiesen, daß die Anträge auf Verbilligung gerade von der Mehrheit als den Vertretern des Mittelstandes gestellt werden, während die Arbeiter die elektrische Beleuchtung noch nicht haben. Ich will den Mittelstand mit meinem Antrag schützen (Lärm und Gelächter) — es ist doch merkwürdig, daß ich den Mittelstand schützen will durch einen Antrag, der ihm 700 000 M. bringt, und Sie wollen ihn schützen durch Lachen. (Heiterkeit.) Da kann der Mittelstand sehen, wo für ihn der bessere Schutz sitzt. Die Leute mit 1200 M. Elektrizitätskonsum jährlich sind die mittleren Gewerbetreibenden unserer Stadt, die im schweren Konkurrenzkampf gegen das Großkapital diese Unkosten vielleicht auf Kosten der Ernährung ihrer Familie (Unruhe) tragen, weil sie sie tragen müssen, um einigermaßen bestehen zu können. Hier steckt einer der wundesten Punkte des Vertrages; es ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen, unter 10 000 M. garnicht, bei 10 000 M. aber sofort 500 M. Rabatt zu gewähren.

Die Anträge werden abgelehnt. In namentlicher Abstimmung gelangt der Vertrag definitiv mit 66 gegen 51 Stimmen zur Annahme.

Nach Erledigung zweier weiterer Vorlagen, die aber von untergeordneter Bedeutung sind, schließt die Sitzung gegen ¾10 Uhr.

Lokales.

Zur Lokalliste. Das Lokal von G. Hübner, Chausseestr. 113, steht der Arbeiterschaft zu allen Versammlungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Einem Opfer des Sozialistengesetzes, dem am 16. November 1887 verstorbenen Genossen Winters widmeten die Parteigenossen von Berlin am Mittwoch ein Zeichen der Erinnerung. Wir wollen bei dieser Gelegenheit den Vorgang, dem Winters' Leben zum Opfer fiel, ins Gedächtniß der Parteigenossen zurückrufen.

Es war unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, am 15. Juli 1887, als diensteifrige Spitzel ausgekundschaftet hatten, daß am Abend des genannten Tages mehrere Sozialdemokraten in dem Geschäftslokal der Genossenschaft Berliner Schneider in der Lothringerstraße zu einer Besprechung zusammenkommen würden. In der Meinung, es handle sich um eine Sitzung des sozialdemokratischen Zentralkomitees von Berlin, ließ die Polizei das Lokal durch verkleidete Beamte beobachten. Als in der Nacht neun Parteigenossen, Vertreter aller Berliner Wahlkreise, das Haus verließen, wurden sie verhaftet und, nachdem sie vier Monate in Untersuchungshaft gesessen, am 12. November vor Gericht gestellt unter der Anklage, an einer geheimen Verbindung theilgenommen und verbotene Schriften verbreitet zu haben. Die Verhandlung wurde damals vertagt (in einem späteren Termin sind die Angeklagten verurtheilt worden) und es gelang der Vertheidigung unter dem Widerspruch des Staatsanwalts die Haftentlassung der angeklagten Parteigenossen gegen Stellung einer Kaution durchzusetzen. Nachdem zwei Tage später die Kaution von 9000 M. hinterlegt worden war, öffneten sich den braven Genossen die Thore des Untersuchungsgefängnisses. Aber einer der Inhaftirten, der Schneider Winters, verließ das Gefängniß als ein todtkranker Mann. Die Leiden der Untersuchungshaft und die Aufregungen des Verfahrens hatten ihn derart mitgenommen, daß er, der als gesunder Mann und muthiger Kämpfer für unsere Sache das Gefängniß betreten hatte, nunmehr als ein dem Tode Geweihter seinen Freunden übergeben wurde. Ein Schlaganfall hatte ihn auf der rechten Seite vollständig gelähmt und seine geistige Klarheit zerstört. Winters wurde in der Charitee untergebracht, eine Gehirnblutung machte am 16. November seinem Leben ein Ende.

Die Beerdigung, welche am darauffolgenden Sonntag vor sich ging, zog viele tausende von Proletariern heran, die ihrem im Kampfe gefallenen Genossen das letzte Geleit geben wollten. Aber die Polizei, die in sehr großer Zahl vertreten war, verhinderte diesen Akt der Pietät. Sie ließ nur die nächsten Angehörigen zu und verhinderte die unzählige Schaar der Leidtragenden, dem Sarge zu folgen. Viele der Parteigenossen hatten trotzdem auf Umwegen den Charitee-Kirchhof in der Müllerstraße erreicht und waren wenigstens von fern Zeugen, wie sich die Gruft über dem Opfer des Schandgesetzes schloß.

Ein einfacher Denkstein schmückt die Stätte, wo Genosse Winters begraben liegt. In diesem Sommer ließen die Berliner Parteigenossen den Hügel renoviren und erkauften das Recht, die Grabstätte noch auf weitere 20 Jahre zu erhalten. Als am Mittwoch der Jahrestag von Winters' Tode wiederkehrte, pilgerte eine Deputation, bestehend aus Parteigenossen aller Berliner Wahlkreise, nach dem Charitee-Kirchhof und legte am Grabe Winters' einen prächtigen Kranz nieder, der auf rother Schleife die Inschrift enthielt: „Gewidmet von den Parteigenossen Berlins zum Andenken an den im Kampfe gefallenen Genossen". Die kleine Schaar erprobter Parteigenossen, welche an dem trüben Spätherbstmorgen die Grabstätte des dahingerafften Kämpfers umstand, in der feierlichen Stille des Friedhofes jener Zeit gedenkend, wo die maßlose Verfolgungswuth unserer Gegner unsagbares Elend über so viele Familien treuer Kampfgenossen gebracht hat, gelobte sich im stillen: Was auch die Zukunft unserer Partei an Verfolgung und Bedrückung bringen möge — treu zu unserer Fahne zu stehen, bis die Sonne der Freiheit und Gerechtigkeit die grauen Nebel der Reaktion siegreich zerrissen hat.

Nachdem diese stille Gedenkfeier beendet war, statteten die Theilnehmer dem in der Seestraße liegenden Friedhof einen Besuch ab, wo unter einem gemeinsamen Hügel die wackeren drei Genossen Lachmann, Nauen und Hensel schlummern, welche am 23. Januar 1887, als sie in Erfüllung einer Parteipflicht ihren Weg über das Eis des Spandauer Schifffahrtskanals nehmen wollten, einbrachen und in der kalten Fluth ihr Leben enden mußten.

So ehrt das Proletariat seine Todten. Nicht nur die, welche an hervorragender Stelle kämpften und deren Namen für alle Zeiten im Buch der Geschichte eingetragen sind, bleiben den Proletarierherzen unvergeßlich; mit gleicher Liebe und Pietät gedenkt die Arbeiterschaft auch derer, die, unbemerkt von der großen Oeffentlichkeit, im kleinen Kreise für die Idee des Sozialismus wirkend, als Opfer treuer Pflichterfüllung gefallen sind.

Schon kürzlich haben wir berichtet, wie das ordnungsstützende Unternehmerthum sehr geärgert darüber ist, daß bei den letzten Gewerbegerichts-Wahlen wiederum eine Anzahl Sozialdemokraten zu Arbeitgeber-Beisitzern gewählt worden sind. Es wurde von den Ordnungsmännern ins Blaue hinein behauptet, daß die Unternehmer, welche ihre Interessen am besten durch die Wahl von sozialdemokratisch gesinnten Beisitzern gewahrt glaubten, und ebenso die Männer ihres Vertrauens, eigentlich gar keine Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes wären, so daß die Sozialdemokraten ganz zu unrecht zu dem Ehrenamt eines Gewerbegerichts-Beisitzers gekommen seien. Diese vagen Behauptungen müssen von einer Anzahl staatsstützender Unternehmer für baare Münze genommen worden sein, denn es ist wirklich im 41. Wahlbezirk gegen die erfolgte Wahl unserer beiden Parteigenossen Protest eingelegt worden. Dieser Tage wurden die beiden in betracht kommenden Arbeitgeber vom Vorsteher des städtischen Wahlbureaus vernommen. Nun scheint es, daß in dem Protest die merkwürdigsten Behauptungen aufgestellt worden sind, denn der Wahlvorsteher zeigte sich nicht wenig erstaunt, als die beiden Sünder in der ruhigen Darlegung ihrer Verhältnisse bekundeten, daß sie seit Jahren nicht nur Gewerbesteuern bezahlt, sondern auf eigene Rechnung auch ständig mehrere Gesellen beschäftigt haben. Wie ungenügend die Protestler informirt waren, geht aus dem Umstande hervor, daß sie von einem Bautischlermeister, der also seine Arbeiten nothwendig außerhalb des Hauses verrichten muß, behauptet hatten, er habe entgegen den sicherheitspolizeilichen Vorschriften seine Werkstatt in der Küche seiner Frau aufgeschlagen! Bei künftigen Protesterhebungen sollten unsere Gegner doch vorsichtiger sein.

Dem freiwilligen Erziehungsbeirathe für schulentlassene Waisen sind die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

Die Delegirtenwahlen zur Orts-Krankenkasse der bei Anwälten, Gerichtsvollziehern ꝛc. beschäftigten Personen haben am 13. d. M. in den „Arminhallen" stattgefunden. Uns wird über den Ausfall der Wahlen geschrieben: In der Abtheilung der Anwalts-Arbeitnehmer, deren Delegirte in der Generalversammlung den Ausschlag geben, siegte die Liste des „Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands" mit 93 Stimmen gegen 74, welche die gegnerischen Kandidaten auf sich vereinigten. Bei den Angestellten der Gerichtsvollzieher unterlag der Zentralverein infolge der geringen Wahlbetheiligung mit 2 gegen 3 Stimmen, während die von den Krankenkassen-Beamten aufgestellten Delegirten, von denen ein größerer Theil der Organisation angehört, erfreulicherweise glänzend durchdrangen. Der Ausfall der Wahlen bedeutet eine eklatante Niederlage des jetzigen Kassenvorstandes, dessen Verhalten namentlich kranken Mitgliedern gegenüber den berechtigten Unwillen der Kollegenschaft hervorgerufen hat.

Verlegung des Weihnachtsmarktes. Infolge Ausführung von Schmuckanlagen auf dem Promenadenwege der Großen Frankfurterstraße („Frankfurter Linden") kann der Weihnachtsmarkt dort nicht abgehalten werden. Auf eine Petition des „Berliner Marktvereins für Gewerbe und Industrie", ist von den zuständigen Behörden genehmigt worden, daß der diesjährige Weihnachtsmarkt in der Gneisenaustraße im Südwesten der Stadt, vor dem Halle'schen Thore, abgehalten wird.

Der erste Motorwagen der deutschen Reichspost ist jetzt in Dienst gestellt worden, nachdem seine Einführung schon zum 1. September d. J. festgesetzt gewesen war. Der Bruch eines Maschinentheils am Motor vereitelte damals die Einstellung. Der Schaden ist jetzt behoben und der Wagen verkehrt täglich von morgens 8 Uhr bis mittags gegen 1 Uhr vom Lehrter Bahnhof nach Moabit (Postamt in der Beusselstraße).

Der Schriftsteller Gustav Meyer, der seit einem Menschenalter als Gerichtsberichterstatter am Kammergericht thätig war, ist am Mittwoch Nachmittag infolge Herzschlages plötzlich verstorben. Der Verstorbene hatte schon vor einigen Jahren einen Schlaganfall überwunden und seitdem seine frühere Rüstigkeit nicht ganz wiedererlangt.

Der Raubmörder Wegener scheint endlich doch ergriffen zu sein. Amtlich wird gemeldet: Nach einem bei dem hiesigen Polizeipräsidium eingegangenen Telegramm ist der wegen Raubmordes steckbrieflich verfolgte Steindrucker Albert Wegener im städtischen Krankenhause zu Zeitz, wohin er von der Zuckerfabrik in Stößen eingeliefert worden war, ermittelt worden. Wegner hatte sich in der Zentralherberge in Lützen Papiere auf den Namen Hermann Seiffert verschafft und ist unter diesem Namen auch in das Krankenhaus eingeliefert. Bei einer genauen ärztlichen Untersuchung sind alle in der Beschreibung des Wegener angegebenen Merkmale vorgefunden, auch ist er nach der Photographie rekognoszirt worden.

Bestätigt wird diese Mittheilung durch den folgenden Bericht einer Lokalkorrespondenz: Der Raubmörder Wegener ist endlich gefaßt, wenn auch als Schwerkranker. Wie vor einigen Tagen berichtet wurde, war in das Krankenhaus zu Zeitz ein Mann eingeliefert worden, auf den die im Steckbrief des Wegner angegebenen Merkmale zu passen schienen. Nachdem die hiesige Polizei die an dem Wegner bei seiner Entlassung aus dem Hamburger Zuchthause festgestellten Messungszahlen nebst Photographie nach Zeitz gesandt hatte, haben drei dortige Aerzte gelegentlich der ärztlichen Konsultationen unauffällig festgestellt, daß sämmtliche Merkmale auf den Kranken zutreffen. Er hatte vor seiner Einlieferung ins Krankenhaus auf der Zuckerfabrik Stößen bei Zeitz einige Zeit gearbeitet ,und zwar unter dem Namen Seiffert. Die Papiere hatte er sich von einem Handwerksburschen namens Seiffert in der Zentralherberge zu Lützen gekauft. Vor acht Tagen mußte er in Zeitz operirt werden wegen einer Brustfellentzündung, die er sich dadurch zugezogen hatte, daß er viel im Freien nächtigte. Er befindet sich seit mehreren Tagen in fortwährender Aufregung, hat aber bis jetzt keine Ahnung, daß er erkannt wurde.

Die Nachricht über einen Mord, der sich nach Zeitungsmeldungen am Mittwoch früh in der Schleiermacherstr. 10 zugetragen haben sollte, bestätigt sich nicht. Es handelt sich um einen Unfall, der von der Kriminalpolizei sofort als solcher festgestellt wurde. In der Nacht zum Mittwoch kam der Arbeiter Hermann Berkholz, der in der Schleiermacherstr. 10 im ersten Stock des Seitenflügels eine Wohnung hat und drei Mädchen, darunter die 22jährige, unter der Sittenpolizei stehende Emma Siegmund beherbergt, zu dem Arzt Dr. Max

Thalheim mit der Bitte, die Siegmund untersuchen zu wollen, die sehr schwer krank sei. Der Arzt konnte nur den Tod des Mädchens feststellen und benachrichtigte die Polizei. Berkholz, der weder verhaftet noch verdächtigt worden war, gab an, daß er die Siegmund auf der Kellertreppe um 5 Uhr liegend aufgefunden und in seine Wohnung getragen habe. Diese Aussagen wurden durch Zeugen bestätigt. Die Polizei stellte fest, daß die Siegmund schon von anderen Mädchen beobachtet worden war, wie sie nachts krank auf der Straße auf der Bordschwelle gesessen und dann taumelnd sich nach Hause geschleppt habe. Auch die ärztliche Aussage läßt auf einen Unfall und nicht auf einen Mord schließen. Von einer Wunde ist nichts zu entdecken. Die Siegmund hat nur über dem linken Auge, an der Nase und der linken Wange braune Flecken gehabt, die ohne Zweifel von dem Fall auf der Kellertreppe herrührten. Die Leiche der Siegmund ist nach dem Schauhause gebracht und dort heute geöffnet worden. Der Befund bestätigte, daß die Siegmund an einer inneren Krankheit gestorben ist.

Die Massenerkrankung beim 3. Garde-Regiment zu Fuß geht ihrem Erlöschen entgegen. Von den 56 Mann, die sich im Garnisonlazareth II zu Tempelhof befanden, sind 25 bereits wieder entlassen und in den Dienst zurückgekehrt; auch die anderen 31 sind fast ganz wieder genesen und sämmtlich seit einigen Tagen fieberfrei. In Revierbehandlung befindet sich kein Mann mehr.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Als vermuthlich gestohlen wurden mehrere Bettstücke sowie ein leinenes Bettlaken, gezeichnet R. S. in Monogrammform, beschlagnahmt. Der Eigenthümer wird ersucht, sich möglichst umgehend bei der Kriminal-Abtheilung, Zimmer 335, in den Geschäftsstunden zu melden.

In der Mittheilung über die wüsten Szenen, die sich vor kurzem auf der Bäckerherberge Andreasstr. 64 abgespielt haben, theilt uns die Besitzerin des Variétés „Zum Künstlerheim", Langestr. 14, folgendes mit: Die Nachricht, daß die Exzedenten sich aus meinem Lokale Zuhälter zur Verstärkung geholt haben, entspricht nicht den Thatsachen, da bei mir ausschließlich ein anständiges Bürgerpublikum verkehrt. Zuhälter dulde ich nicht in meinen Räumen. Den Personen, die sich in der fraglichen Nacht vor dem Skandal in mein Lokal flüchten wollten, habe ich den Aufenthalt untersagt; als sie dieser Aufforderung unter der Angabe, daß sie Schutz suchten, keine Folge gaben, ließ ich sie durch herbeigerufene Schutzleute zur Wache sistiren.

Straßensperrung. Die Kaiser Wilhelm-Brücke wird behufs Neupflasterung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Verhaftet wurde am Dienstag der Herausgeber der „Wissenschaftlichen Korrespondenz, Schriftsteller Arthur Kirchhoff in seinem Bureau Wilhelmstr. 2. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts zuverlässiges bekannt.

Verunglückt ist am Donnerstag Abend 6 Uhr in der Fabrik für elektrische Anlagen von Bosse in der Oranienstr. 185 ein an der Blechscheere beschäftigt gewesener Lehrling. Dem jungen Mann wurden vier Finger der rechten Hand bis auf den Stumpf abgeschnitten. Man brachte den Verunglückten auf die Sanitätswache.

Vor den Mitgliedern der Freien Volksbühne, die sich überaus zahlreich in Keller's großem Festsaal versammelt hatten, hielt Herr Dr. Meyer am Mittwoch Abend einen interessanten wissenschaftlichen Vortrag. Der frühere Direktor der Urania hatte seine neueste Arbeit „Von Pol zu Pol" benannt und durch diesen Titel angedeutet, daß er, mit Hilfe des Lichtbilder-Apparats natürlich, seine Zuhörer zu einer Weltreise einladen wolle. Dafür, daß diese Reise nicht nach alter Form von Osten nach Westen ging, hatte der Vortragende seine bestimmten, für den Vortrag durchaus angebrachten Gründe. Indem der Projektionsapparat zunächst die trostlos öden Schneefelder zeigte, die Nansen auf seiner wichtigen Entdeckungsfahrt durchquerte und dann über die ersten unwirthlichen Stätten primitiver Kultur hinweg den Zuschauer allmälig in das Getriebe der europäischen Großstädte hineinführte, ward in verständiger Aneinanderreihung zugleich ein gewichtiges Stück Menschheitsgeschichte demonstrirt. Herr Dr. Meyer zeigte im weiteren Vorschreiten seiner Ausführungen, daß die heiße Zone kaum weniger als die kalte der Kultur Schranken setzt und daß für die Menschheit erst wieder in dem gemäßigten Klima Nordamerika's die Bedingungen höherer Entfaltung vorhanden sind. Der Vortragende versteht die seltene Kunst, die Wissenschaft zu popularisiren und wiederum auch im leichten Plauderton, in dem er die landschaftlichen Reize unserer Erde schildert, auf vornehmer Höhe zu bleiben. Der Lichtbilder-Apparat funktionirte gleichfalls tadellos, sodaß Herr Dr. Meyer in jeder Beziehung seiner Aufgabe gerecht werden konnte. Wie wir hören, hat der große Saal, in dem der Vortrag stattfand, auch nicht entfernt alle Einlaßbegehrenden fassen können. Es ist daher für nächsten Mittwoch eine Wiederholung des Vortrages angesetzt worden. Vielleicht gelingt es dem Lokalinhaber, an diesem Abend die Zustände in der engen Garderobe, die vorgestern geradezu unleidlich waren, etwas erträglicher zu gestalten.

Die Direktion der Urania theilt uns mit: Dem Grundsatze größtmöglichster Anschaulichkeit Rechnung tragend, veranstaltet die Gesellschaft „Urania" im Anschluß an Vorträge aus dem Gebiete der Technologie regelmäßige Exkursionen in die betreffenden Fabriken; so wird Herr Dr. Raß in Rücksicht auf einen am Freitag, den 18. (heute) stattfindenden Vortrag über „Porzellanfabrikation" seine Zuhörer am folgenden Tage in die königliche Porzellan-Manufaktur führen.

Theater. Im Luisen-Theater fand gestern ein lustiges Stück eine temperamentvolle Darstellung. Der Schwank von Benno Jacobson „Berliner Raketen" verleugnet seine französische Herkunft nicht ganz. Die Fährlichkeiten, die einigen braven Provinzleuten passiren, sind allerdings schon in den hauptstädtischen Theatern der ganzen Welt dargestellt worden; einige Situationen von pikantem Anstrich jedoch bekunden gerade durch die etwas gewaltsame Art, mit der sie in ein gut bürgerliches Sujet hineingepreßt sind, daß sie aus Seine-Babel stammen. Aber trotz der Halbweltdamen, die das Stück ausfüllen helfen, ist sein Charakter durchaus ehrbar, und ein nach altem Brauch hergerichteter Verlobungsschluß giebt den laut prasselnden Raketen vollends den Stempel gemüthlicher Harmlosigkeit. Der lustige Schank wurde flott gespielt und gefiel allgemein. Von den Mitwirkenden verdienen Fräulein Wegner und Frau Hüftel, sowie die Herren Reiff, Achterberg, Brodeck, Winkler und Landeck lobend genannt zu werden.

Feuerbericht. Während des Bußtages waren mehrere kleinere Brände abzulöschen. Dreysestr. 13 war Gas ausgeströmt, doch konnte größere Gefahr schnell beseitigt werden. Reichenbergerstraße 150 waren in einer Waschanstalt Putzlappen in Brand gerathen. Nach Beusselstr. 43 erfolgte eine Alarmirung, weil hier Lappkartons in Brand gerathen waren. Adalbertstr. 54 war eine Petroleumlampe explodirt, ohne aber größeren Schaden anzurichten. Schaldecken- und Ballenbrände waren Bachstr. 14 und Reinckendorferstr. 5 abzulöschen. Donnerstag früh 2 Uhr wurde Markgrafenstr. 46 Unfug am öffentlichen Melder verübt.

Aus den Nachbarorten.

Weißensee. Am letzten Sonnabend fand die Grundsteinlegung für das hier zu erbauende Krankenhaus statt. Der Grund und Boden für dasselbe ist von der Gemeinde Neu-Weißensee dem Vaterländischen Frauenverein für den Preis von 160 000 M. überlassen worden mit der Maßgabe, daß dies Kaufgeld hypothekarisch an dritter Stelle unverzinslich — eingetragen wird. Genannter Verein hat jedoch der Gemeinde Neu-Weißensee 40 Betten, den umliegenden Ortschaften 14 Betten zu reserviren. Mit der Errichtung dieses Krankenhauses beabsichtigt der Vaterländische Frauenverein nicht nur die Pflege der Kranken, sondern auch die Kriegs-Krankenpflege sich angelegen sein zu lassen. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde über den Anschluß der jüdischen Beerdigungsanstalt an die hiesige Wasserleitung Beschluß gefaßt. Durch die Debatte stellte sich die Nothwendigkeit einer Ermäßigung des Wassertarifs heraus.

Ein vor dreizehn Jahren verübter Kindesmord beschäftigt zur Zeit die Untersuchungsbehörde am hiesigen Landgericht II. Vor kurzem erstattete die Schwester eines in Groß-Schönebeck wohnhaften Hofbesitzers bei der zuständigen Behörde die Anzeige, daß dessen 30jährige schwachsinnige Tochter vor dreizehn Jahren ihr außereheliches Kind sofort nach der Geburt erdrosselt habe. Beim Verhör gestand das Mädchen die That unumwunden ein und erweiterte ihre Aussage noch dahin, daß ihre (inzwischen verstorbene) Mutter gemeinsam mit der Großmutter die Leiche des Kindes nach dem Keller geschafft und dort verscharrt hätte. Von Gewissensbissen gepeinigt, habe sie selbst ihre Tante veranlaßt, jetzt, nach 13 Jahren, die That anzuzeigen. Die Großmutter bestätigte in vollem Umfange die Angaben ihrer Enkelin; die 85jährige, fast erblindete Frau nahm sich jedoch aus Furcht vor Strafe in der darauf folgenden Nacht das Leben. Die Gerichtskommission entdeckte nach längerem Suchen unter einem etwa 30 Zentimeter hohen Sandhaufen in einer Ecke des Kellers die Leiche des vor 13 Jahren ermordeten Kindes. Von einer Verhaftung der Kindesmörderin wurde wegen hinfälligen Körperzustandes vorläufig Abstand genommen.

Versammlungen.

Ueber unsere Taktik machte Genosse Liebknecht in einer von etwa 1500 Personen besuchten Volksversammlung des sechsten Wahlkreises, die am Dienstag in Weimann's Volksgarten tagte, zum Theil ungefähr folgende Ausführungen: Meinungsverschiedenheiten über die Taktik sind in unserer Partei durchaus nichts Neues. Sie bestanden schon und hatten eine große Bedeutung, als der Streit zwischen den Lassalleanern und Eisenachern herrschte. Damals handelte es sich um die Frage, ob man sich an das Bismarck'sche Werk anlehnen oder es negiren solle. Außerdem wollten die einen mehr das Nationale, die anderen mehr das Internationale betonen. Darüber haben wir uns lange gestritten, schließlich aber geeinigt und heut wissen wir, daß National und International keine sich ausschließenden Gegensätze sind. — Als Gegner Schweitzer's habe ich seinerzeit die Politik Bismarck's bekämpft. — Ich habe im Jahre 1869 eine Rede gehalten, in der ich unser Verhältniß zum Norddeutschen Bund darlegte. Damals ging meine Ansicht dahin, daß unsere Politik eine negirende und protestirende sein müsse. Ich wollte nicht, daß wir uns in die Gefolgschaft Bismarck's begeben, der das allgemeine Wahlrecht uns bewilligt hat, weil einerseits die preußisch-dynastische Reichseinheit ohne dasselbe nicht zu erreichen war, und weil er andererseits glaubte, er könne das allgemeine Wahlrecht — ähnlich wie Napoleon III. in Frankreich — zu seinen Zwecken benutzen und mit Hilfe desselben das preußische Junkerregiment zur ausschlaggebenden Macht in Deutschland machen. Damals war mein Standpunkt berechtigt, heute bin ich anderer Meinung. Genosse Fischer machte mir gestern in einer Versammlung den Vorwurf, ich hätte meine Taktik geändert. Ich habe schon hundertmal dargelegt, daß die Taktik sich nach den Verhältnissen richten müsse. Die Verhältnisse haben sich geändert, folglich hat sich meine Taktik geändert. Also das ist kein Vorwurf. Bismarck sah sich in seinen Hoffnungen auf das allgemeine Wahlrecht getäuscht. Das Volk benutzte es gegen die Regierung und wir haben gesehen, daß das allgemeine Wahlrecht eine Waffe ist, mittelst deren das Volk im stande ist, seine Forderungen durchzusetzen. Es war nach Gründung des Deutschen Reiches von vornherein klar, daß wir uns auf grund des allgemeinen Wahlrechts an den Wahlen betheiligen mußten. Nur fragte es sich, welche Taktik wir bei den Wahlen und im Reichstage zu befolgen hätten. Daß wir als eine Partei des Proletariats losgelöst von allen bürgerlichen Parteien vorgehen mußten, das war zweifellos. Aber wie sollten wir uns der Regierung, wie den bürgerlichen Parteien gegenüber verhalten? Mit der bloßen Negation ging es nicht. Wie unpraktisch eine negirende Politik ist, das wurde klar, als Johann Jacoby ein eben übertragenes Reichstags-Mandat niederlegte, um dadurch gegen die herrschende Gewalt zu protestiren; die Folge war, daß dieser Wahlkreis (Leipzig-Land) lange Zeit von uns nicht wiedererobert werden konnte. — Nachdem wir den Standpunkt der Negation verlassen hatten, wurde die Ansicht vorherrschend, wir sollten unsere Reichstags-Mandate nur im Sinne der Agitation ausnutzen. Das ging, so lange unsere Zahl klein war. Als aber unsere Wähler und unsere Mandate sich mehrten, und Gesetzentwürfe vorgelegt wurden, welche die Interessen der Arbeiter aufs tiefste berührten, da konnten wir uns von den gesetzgeberischen Arbeiten nicht ausschließen. Wir betheiligten uns an denselben, ohne von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben. Unsere Betheiligung an den parlamentarischen Arbeiten brachte neue Fragen der Taktik auf die Tagesordnung. Und manchmal kam es zu Differenzen. Bei der Dampfersubvention z. B. glaubten die einen, daß wir bewilligen, die anderen, daß wir prinzipiell ablehnen müßten. Wegen dieser Angelegenheit hat es heftige Kämpfe in unseren Reihen gegeben und mancher befürchtete schon, es werde nicht ohne Spaltung abgehen. Die Partei kam aber Sturm aushalten. Die Gemüther haben sich wieder beruhigt, denn man sah ein, daß es sich hier nicht um ein Prinzip, sondern um eine Frage der Taktik handelte, die sich eben nicht, wie das Prinzip, festlegen läßt. Man sieht also, der Streit um die Taktik ist in unserer Partei nicht so neu, wie diejenigen meinen, welche sich jetzt wegen taktischer Fragen so sehr erhitzen.

In Stuttgart ist viel gesprochen worden über den von Bernstein gebrauchten Ausdruck: „Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles." Bei Licht besehen, ist dieser Satz ein Unsinn, denn es giebt keine Bewegung, wenigstens keine vernünftige, ohne Endziel. Da man aber nicht annehmen kann, Bernstein habe einen solchen Unsinn schreiben wollen, so bleibt nur die Erklärung, daß er sich mit einer Materie befaßt hat, der er nicht völlig gewachsen war, und daß er sich dann in der Hitze des Gefechts zu einem unbedachten Ausdruck hinreißen ließ, wie er hier und da wohl jedem einmal unterläuft. Die von Bernstein vertretene Ansicht ist zwar eine irrige, aber sie allein ist nicht geeignet, ihm die Zugehörigkeit zur Partei abzusprechen. Die Kritik ist absolut frei. Wir haben keinen Papst, auch keinen papiernen, wie auf dem Gothaer Einigungskongreß gesagt. Die Wissenschaft ist durch Marx und Engels, so viel sie auch geleistet haben, nicht erschöpft, und sie wird weiter ausgebaut werden. Auch die Wissenschaft wächst. Andererseits haben wir aber bestimmte feste Grundsätze, und wenn diese ins Wanken kommen, dann verliert die ganze Partei den sicheren Boden. — Der Fall Bernstein ist stark aufgebauscht worden. Er hätte nicht so weitgehende Erörterungen zur Folge haben können, wenn man sogleich den Stier bei den Hörnern gefaßt und Stellung zu den Anschauungen Bernstein's genommen hätte. Weil das aber nicht geschah, so bildete sich die Meinung, die Bernstein'schen Anschauungen würden in der Partei von vielen getheilt und begünstigt. Der Redner bespricht eingehend die Unterschiede zwischen den deutschen und englischen Verhältnissen und meint dann, wer nicht den Scharfblick eines Marx besitzt, dem imponirt das englische Bürgerthum und er kommt leicht zu irrigen Anschauungen. So ist es auch Bernstein ergangen. Er hat sich verhauen, das beste wäre, die ganze Diskussion würde abgebrochen und Bernstein ersparte sich und uns die Abfassung der in Aussicht gestellten Broschüre. —

Nachdem Redner dann die Verschiedenheit der Taktik des Proletariats in England, Frankreich und Deutschland aus den Verhältnissen historisch erklärt und festgestellt hat, daß die deutsche Taktik im wesentlichen Gemeingut der internationalen Sozialdemokratie geworden ist, streift Redner die in unserer Parteipresse neuerdings zum Ausdruck gekommenen taktischen Meinungsverschiedenheiten und sagt dann: Es hat sich gezeigt, daß zwei Strömungen in unserer Partei bestehen. Die eine sieht die Verhältnisse etwas rosig an und neigt zu Kompromissen, die andere will den Charakter der proletarischen Klassenkampf-Partei und der Kampfpartei gewahrt wissen. Das Ziel beider Richtungen — so nehme ich an — ist dasselbe.

Plechanow hat gesagt, eine Annäherung an bürgerliche Anschauungen ist gefährlich. Ich meine, eine taktische und praktische Annäherung an bürgerliche Parteien ist noch viel gefährlicher. Als Partei des Klassenkampfes müssen wir streng geschieden sein von allen bürgerlichen Parteien. — Die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen habe ich so lange als eine Frage der Taktik aufgefaßt, als man an die Möglichkeit glauben konnte, daß wir im stande sein würden, aus eigener Kraft Mandate zu erobern. Jetzt hat uns der Ausfall der Wahlen gezeigt, daß das nicht möglich ist. Die Berliner sind wegen ihrer Nichtbetheiligung heftig angegriffen worden. Es wurde gesagt, es sei herzzerreißend, daß vor den Thoren Berlins zwei Konservative gewählt worden sind, was wir hätten verhindern können, wenn wir für die Freisinnigen eingetreten wären. Ja, wenn wir das gethan hätten, so hätten wir unsere Wähler verwirrt und dadurch unsern Erfolg bei den Reichstagswahlen in Frage gestellt. Es würde mir zwar nicht das Herz zerreißen — das ist bei mir ziemlich dauerhaft, aber tiefen Ingrimm würde ich empfinden, wenn uns infolge unseres Eintretens für die Freisinnigen bei den Landtagswahlen der Wahlkreis Teltow-Beeskow bei den Reichstagswahlen verloren ginge. Wenn wir unseren Parteigenossen sagen, daß wir uns an die Rockschöße der Freisinnigen hängen müssen, so wird nicht nur der Glaube an die Stärke unserer Partei erschüttert, sondern es leidet darunter auch die prinzipielle Klarheit. Thorheit wäre es, wenn wir den Freisinnigen wieder zu der Bedeutung verhelfen wollten, die sie, wesentlich durch uns, nach langen Kämpfen verloren haben. Man sagt, bei allgemeiner Betheiligung hätten wir in 60—100 Wahlkreisen den Ausschlag geben können. Das ist arge Selbsttäuschung. Man denke doch, daß gerade die aussichtsvollsten Wahlkreise sich betheiligt haben. In 4—6 Kreisen haben wir den Freisinnigen nennenswerth geholfen, wenn uns das bei allgemeiner Betheiligung noch in einigen Kreisen gelungen wäre, was hätte das den Junkern geschadet? Der Kampf gegen das Junkerthum kann nicht im Landtage, sondern nur im Reichstage, wo der politische Schwerpunkt ist, geführt werden. — Man sagt, wir wollen einen Druck ausüben auf die Freisinnigen, damit sie uns Mandate überlassen. Ja, welches Interesse hat denn der Freisinn, uns Mandate zu geben, wenn wir sagen, es ist unser Lebensinteresse, gegen die Konservativen zu stimmen? Sollen denn die Berliner dieselben Erfahrungen machen, wie die Breslauer? — Jetzt, nachdem die Partei sich überzeugt hat, daß wir aus eigener Kraft kein Mandat erlangen können, und daß wir, um Mandate zu erhalten, zu einer meines Erachtens prinzipwidrigen und parteischädlichen Annäherung an bürgerliche Parteien genöthigt sind, ist die Frage der Wahlbetheiligung für mich zu einer Prinzipienfrage geworden. — Ich danke den Berliner Genossen, daß sie den Feenpalast-Beschluß gefaßt und daß sie ihn hochgehalten haben. Sie haben sich dadurch um die Partei verdient gemacht. Ich hoffe, daß die Berliner auch in Zukunft an diesem Beschluß festhalten werden. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Zur Diskussion meldete sich niemand. Genosse Liebknecht nahm noch einmal das Wort. Er sagte, die Frage der Wahlbetheiligung hier zu erörtern, sei ursprünglich nicht seine Absicht gewesen, er habe nur über Taktik im allgemeinen sprechen wollen. Auf die Wahlbetheiligung sei er nur deshalb gekommen, weil ihn Genosse Fischer tags zuvor in einer Rede, die er (Liebknecht) augenblicklich erst zum kleinen Theil kenne, angegriffen habe. Es sei getadelt worden, weil er seine Erklärung im „Vorwärts" erlassen habe. Dies sei aber nur geschehen, weil die bürgerliche Presse und auch ein Theil der Parteipresse anknüpfend an eine Versammlung Fischer's gesagt habe, die Berliner bereuen den Feenpalast-Beschluß. Diesem Schwindel entgegenzutreten, habe er für seine Pflicht gehalten. Er wundere sich sehr, daß die Wahlbetheiligungsfrage jetzt, nachdem die Landtagswahlen vorüber sind, und vor fünf Jahren nicht wieder aktuell werden, künstlich heraufbeschworen werde. Das liege nicht im Interesse der Partei und es könne den Verdacht erregen, daß es auf eine prinzipielle Schwenkung der Partei abgesehen sei. Der Vorsitzende Brinkmann forderte in eindringlichen Worten zum Anschluß an die Organisation und zur Verbreitung der Parteipresse auf und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie. Die Versammelten brachten lebhafte Hochrufe auf Liebknecht aus.

* * *

Der Bericht über die Fischer'sche Rede war mir nur zum kleinsten Theile bekannt, als ich in die vorgestrige Volksversammlung ging. Es schadet auch nichts. Was Fischer zur Sache sagte, war weder neu noch gut. Die alten Gründe, und weder in verbesserter noch in vervollständigter Ausgabe. Im Gegentheil, vieles ist nicht gesagt, und was gesagt ist, haben wir schon hundertmal gehört, und besser. Wo es an sachlichen Gründen fehlt, müssen persönliche Gründe herhalten. Die wenigen Zeilen meines Protestes gegen die Schwindel-Reklame-Notiz, unter den Berliner Genossen sei infolge der vorletzten Fischer'schen Versammlung ein Umschwung in der Landtagswahl-Betheiligungsfrage eingetreten, veranlassen den Genossen Fischer, mir die sonderbarsten Vorwürfe zu machen. Ich soll „mit hübschen Redewendungen, brillanten und brillirenden Worten" versucht haben, die Frage „bei Seite zu schieben". Ich betrachte meine kurze und fast zu einfache Erklärung, die auf Fischer eine so aufregende Wirkung gehabt hat, und — ich verstehe nicht. Nicht einmal mit einer Retourkutsche kann ich ihm antworten.

Ich bin ferner bei Fischer in den Verdacht eines „aufdringlichen demagogischen Taschenspielerkunststücks" gerathen. Warum? Weil ich in der Betheiligungs-Frage anderer Meinung bin als Fischer. Nun, an den Vorwurf der Demagogie bin ich gewöhnt; er thut nicht weh und hat in Fischer's Mund sogar etwas angenehm Erheiterndes.

Ich soll die Sache nicht ernst genug genommen haben. Fischer täuscht sich. Die Sache ist mir sehr ernst. Vielleicht ernster als ihm.

Ich soll in Taktikfragen nicht immer der gleichen Meinung gewesen sein. Da plädire ich allerdings schuldig. Habe ich doch einmal öffentlich ausgesprochen: wenn die Verhältnisse sich an einem Tage 24 Mal ändern, ändere ich 24 Mal den Tag meine Taktik. Und wenn ich es nicht thäte, wäre ich ein Esel. In diesem Punkt plädire ich: schuldig.

Endlich soll ich die Mehrheit nicht immer auf meiner Seite gehabt haben. Ich schlage mir zerknirscht an die Brust. Auch in bezug auf diesen Punkt plädire ich schuldig. Ja, ich habe oft gegen den Strom geschwommen, und bin so thöricht, es für mannhafter zu halten, gegen als mit dem Strom zu schwimmen. Ob ich mich noch bessern kann, weiß ich nicht. Ich werde die Last meiner Schuld aber hoffentlich ertragen können, zumal ich mich in guter Gesellschaft befinde, z. B. von Dante, Robert Owen, Karl Marx, die vor dem Kultus der Mehrheit und vor der Popularität Grauen empfanden.

Die sonstigen Liebenswürdigkeiten des Genossen Fischer übergehe ich. Niemand kann aus seiner Haut heraus; und der Stil ist der Mann.

Berlin, 17. November 1898. W. Liebknecht.

Witterungsübersicht vom 17. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	772	SSO	2	Nebel	4	Haparanda	752	SW	6	wolkig	3
Hamburg	773	SO	1	bedeckt	6	Petersburg	771	S	1	bedeckt	2
Berlin	772	Still	—	Nebel	7	Cork	769	SSW	3	bedeckt	12
Wiesbaden	770	NO	1	bedeckt	8	Aberdeen	766	SW	1	Regn. bed.	8
München	769	NO	5	Nebel	4	Paris	769	N	2	bedeckt	10
Wien	771	Still	—	Nebel	6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. November 1898.
Mild und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–21:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Nächste Woche finden **3 Vortragsabende** statt. Hierzu sind die Kollegen, sowie deren Frauen freundlichst eingeladen.

Für den Norden:

Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, in den „Borussia-Sälen", Ackerstraße Nr. 6–7.

Vortrag über: „Kulturbilder aus der Urgeschichte der Menschheit" (mit 75 Lichtbildern).

Für den Osten:

Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr, in Louis Keller's Festsälen, Koppenstraße Nr. 29.

Vortrag über: „China, Land und Leute" (mit 80 Lichtbildern).

Für Südosten, Süden und Westen:

Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bickel, Hasenheide 52–53.

Vortrag über: „Tiefseeforschung". Das Leben im Meere (mit 70 Lichtbildern). 109/10

Die Vorträge werden von Herrn **R. Laube** vom Institut „Kosmos" in Leipzig gehalten. — Entree 10 Pf.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Maurer!

Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr, bei Zubeil, Lindenstraße 106:

Oeffentliche Baudeputirten-Versammlung.

Kollegen! Wir machen es Euch zur Pflicht, daß jeder Bau durch einen Deputirten vertreten sein muß.

Die Lohnkommission (Zentralverband deutscher Maurer).

264/6 J. A.: W. Schulz.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstraße 27c:

Ordentliche Mitgliederversammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das sittliche Recht und die öffentliche Meinung". Referent Genosse **Paul Jahn.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

130/1 **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung der Holz- u. Bretterträger

Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 20. Novbr., vorm. 10½ Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder u. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt nothwendig.

84/13 **Der Vorstand. P. Karnal.**

Achtung, Stockarbeiter!

Heute, Freitag, den 18. November, abends 8½ Uhr, im Lokal von Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Große öffentliche Versammlung der Stockarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Firma **Alphonse Ludwig,** Alexandrinenstraße 108. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht.

175/17 **Die Agitationskommission der Stockarbeiter.**

Verein der Zimmerer

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 20. November cr., vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20:

Große außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Herrn Schriftsteller Wilhelm Knaack über: „Die Arbeit ein Opfer des Mammons." 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Zu dieser durchaus wichtigen Versammlung ist es erforderlich, daß jedes Mitglied in der Versammlung auch erscheint. Ferner wird hierdurch bekannt gegeben, daß die ausstehenden Bücher der Bibliothek bis zum 15. Dezember eingezogen werden zwecks Reorganisation.

258/4 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Tapezirer.

Sonnabend, den 19. November, abends 9 Uhr:

Kombin. Mitgliederversammlung sämmtl. Filialen Berlins

im „Englischen Garten", Alexanderstraße Nr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften. Ref.: Genosse **E. Tübbecke.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erforderlich.

157/7 **Der Vorstand.**

Achtung, Textilarbeiter!

(Filiale I. Berlin.)

Am Sonntag, den 20. November (Todten-Sonntag), abends 6 Uhr, bei Feind, Weinstrasse 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Paul Litfin** über: „Florian Geyer und seine Zeit". 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. 275/4

Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein.**

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Musik. Achtung!

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend empfiehlt Musik zu allen Privat- und Vereinsfestlichkeiten vom **Klavier** bis zum größten **Orchester.** — Prompte Ausführung. — Bestellungen werden täglich, mündlich von 10½–1 Uhr, sowie schriftlich und per Telephon (Amt 3 Nr. 1296) Rosenthalerstr. 57 im Restaurant **Schiller** entgegengenommen.

50/17 **Der Vorstand.**

Beuthstraße 19. **Cohn's Festsäle.** **Beuthstraße 19.**

Sonntag, den 20. November (Todten-Sonntag):

Lieder-Abend,

arrangirt vom **„Buchbinder-Männerchor"** (M. d. A.-S.-B.) unter Leitung seines Dirigenten Herrn **Bombelka.**

Programme à 25 Pfg. sind bei den Mitgliedern zu entnehmen.

Anfang punkt 5 Uhr. 21996

Es ladet hierzu ergebenst ein **Der Vorstand.**

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.

Inhaber: **Hermann Scholze** 63229*

empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 20. November cr., abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag des Herrn Dr. Oppenheimer über: „Die soziale Bedeutung der Genossenschaften."

Diskussion über den genannten Vortrag.

Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.

Der Vortrag beginnt pünktlich. — Zu recht zahlreichem Besuch der Mitglieder und Gäste ladet höflichst ein 5/12

Der Vorstand.

„Jägerhaus", Schönhauser Allee 103.

Empfehle den Genossen meinen neurenovirten Saal für Vereine sowie für Privatfestlichkeiten. Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben.

63359* **Karl Köhn.**

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, (neben Central-Theater).

Empfehle meine Säle, 100–800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, **öffentlichen** wie Vereinsversammlungen, Kommersen ꝛc. zu den kulantesten Bedingungen. [279*] **Franz Müller.**

Uhren! Goldwaaren!

Elegante Neuheiten in jeder Preislage.

Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.

Eink. für 2 eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause.

Uhrmacher. **Konrad Friese.** Juwelier.

1. Geschäft: **Müllerstr. 4,** direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: **Feunstr. 61.** Mein Lager in **Musikwerken** befindet sich **Müllerstr. 4. Symphonion-Spieldosen** von 7 M. an. **Herophons** werden billig verliehen.

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.

Chapeaux claques,

weiche und steife Filzhüte zu billigsten Preisen bei

Max Radtke, Blumenstr. 39,

449* **Ecke Andreasstraße (kein Laden).**

Kein Trinkgeld! **Charlottenburg.** Kein Trinkgeld!

Bade-Anstalt Spandauerstr. 31 empfiehlt speziell **Dampfkastenbäder** mit Packung und Massage, **Lohe-Tannin-, Kohlensäure-, Sol-, Schwefel-, Wannenbäder,** I. Kl. à 0,60, Wannenbad II. Kl. 0,35, 3 St. 1 M. Für Damen: Dienstags und Freitags von mittags 12 bis 10 Uhr abends. — **Annahme sämmtlicher Krankenkassen.** Geöffnet v. 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends Sonntags bis 1 Uhr. [92L] **A. Posner.**

Kugel-Gelenk-Puppenfabrik

P. R. Zierow,

Berlin, Schönhauser Allee 179.

1172*

Reparaturen u. alle Ersatztheile von **Köpfen, Bälgen, gekleideten Puppen.**

Eigene Fabrikation.

Schonung der Pferde

Sicheres Fahren u. Reiten

auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der

Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)

Stets scharf! Kronentritt unmöglich!

Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelne unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten wolle.

Schutz-Marke. L C°

Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.

Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:

Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Karol Weil's Seifenextrakt

erspart Euch Zeit, Geld und Arbeit.

Billard-Bälle sämmtliche Gastwirths-Artikel **Ferd. Diedrich,** Dresdenerstr. 109. (Amt IV, 3628.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9–6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Ein hübsches Weihnachts-Geschenk

Preis: Nur Mk. 4,50.

ist eine

Dampfmaschine „Vulkan"

mit Spiritus-Heizung,

zur lehrreichen Unterhaltung und Erläuterung der Dampfkraft.

Deutsch. Reichspatent: 67253.

Vulkan, liegende Maschine mit Messingkessel, blau gebeizt, mit Messing-Dampf-Pfeife, Wasserschraube mit Sicherheits-Ventil, Lager und Rad ganz aus Eisen, hoher Schornstein, feststehender Cylinder mit Flachschiebersteuerung, sämmtliche Theile lackirt u. vernickelt, das Ganze auf hübschem Holzfundament montirt. Für tadellose Funktion übernehme volle

Garantie.

Gebrauchsanweisung jeder Maschine beiliegend.

Wird die Maschine hiernach behandelt, ist eine Gefahr vollkommen ausgeschlossen.

Da das vorhandene Lager in diesen Maschinen in kurzer Zeit geräumt sein dürfte, so erbitte Aufträge möglichst sofort, da nur bei frühzeitiger Bestellung für Erledigung der Aufträge garantiren kann.

Umsonst versende meinen **Pracht-Katalog,** 200 Seiten stark, mit 500 Abbildungen über alle Arten **Dampfmaschinen, Laterna magica, Nebelbilder-Apparate, Musikwerke, Feldstecher, Fernrohre, Microscope** etc., sowie über sämmtliche **Solinger Messerwaaren, Revolver, Flobertbüchsen** etc. etc.

Walter Kirberg

Foche bei Solingen.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Dienstag, den 22. Novbr., abends 8 Uhr, in den **Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.**

General-Versammlung

der Delegirten.

T.-O.: Neuwahl der Vorstandsmitglieder (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer), Verschiedenes.

2202b] **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandter Gewerbe.

Montag, den 28. November, abends 8 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

in **Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.**

Tages-Ordnung:

1. Verlesung der Protokolle. 2. Wahl des Rendanten. 3. Wahl des Krankenkontrolleurs. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer. 5. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1898. 6. Statutenänderung (§ 55), laut Bestimmung der Aufsichtsbehörde. 7. Vorlegung eines Kontraktentwurfs für die Angestellten der Kasse zur Genehmigung. 8. Verschiedenes. 26/1

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Karl Tust. Schriftführer. **Bernh. Jost.** Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Drechsler

und verwandter Gewerbe.

Die Vertreter der Arbeitgeber resp. Mitglieder werden zur

Ordentlichen

General-Versammlung

am **Sonntag,** den 27. November, Vormittags 9½ Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20, ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

Neuwahl von 3 Vorstandsmitgliedern, 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer. (Die Wahl muß nach § 38 des Statuts für Arbeitgeber und Mitglieder getrennt geführt werden.)

Hierauf um 10 Uhr:

General-Versammlung

sämmtlicher Vertreter.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht pro 1898.
2. Genehmigung des Aerztevertrages pro 1899.
3. Gehaltserhöhung der Beamten.
4. Wahl des Rechnungsausschusses pro 1898.
5. Verschiedenes. 2214b

Der Vorstand.

J. A.: Paul Rückert, Vorsitzender.

Vereinszimmer für Donnerstag zu verg. **R. Scheere,** Blumenstr. 38.*

Vereinszimmer mit Dreh- und Handpiano, Harmonika u. Schießstand. 2208b] **Otto, Dunckerstr. 83.**

Oranien-Hallen,

Oranienstr. 51. [1612*

Saal bis 200 Personen noch einige Sonnabende zu vergeben.

Achtung! [552*

Vereine.

Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. **Fritz Nagel.**

„Feldschlößchen", Müllerstr. 142.

Luisenhof, 1472*

Bukowerstrasse 9.

Verkehrslokal der Arbeiter-Bildungsschule und des Rudervereins Vorwärts. 2 Säle 120–150 Personen fassend, noch einige Sonnabende und Sonntage frei. Vereinszimmer noch einige Tage frei. Kl. Saal 80 Personen fassend, die Weihnachtsfeiertage frei.

Speisehaus

Rungestraße 19, parterre.

Kräftiger Mittagstisch m. Bier 0,50. Reichh. Abendkarte zu kleinen Preisen.

Hirschfleisch 25, 30, 40; Blatt 50, Keule u. Rückl. 70 u. 80.

Täglich ausgeschl. **Oderbrucher Gänse 50 u. 55.**

Hasen, große blutfrische **3.—**; gespickt **3,50. Kaninchen 70 Pf.**

A. Ritschl, Dresdenerstraße 61. **Wild- u. Geflügelhdl.**

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

Angeschmutzte Damenhemden m. hübsch. Handstickerei, Reste, sonst tadellos, von 1,10 M. an, so lange Vorrath. Handstickerei-Wäschefabrik **Donig, Alexanderstr. 30,** Vorderh. 1 Tr.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen Freunden u. Kollegen zur Nachricht, daß unser alter langjähriger Kollege, der Tischler

Lauritz Kielsmark

im Alter von 65 Jahren plötzlich am Schlaganfall gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend d. 19. d. M., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Simon- u. St. Lukas-Kirchhofs (Mariendorf) aus statt. 2215b

Die Kollegen d. Pianofabr. v. L. Schmidt, Königsbergerstr. 33.

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichen Dank für die Theilnahme bei dem Begräbniß meines treuen Mannes, unseres guten Bruders und Schwagers

Hermann Kamp.

Wir danken besonders den Kollegen des Verstorbenen, Herrn Joh. Rein für die trostreichen Worte, ebenso dem Gesangverein Olympia. Auch sei an dieser Stelle allen gedankt für die reichen Kranzspenden, auch dem Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter, sowie deren Vertrauensmann für Deutschland, Herrn Carl Wold, dem Vorstand sowie den Beamten der Ortskrankenkasse der Kaufleute, ferner dem dritten Berliner Wahlverein sowie dem Gesangverein Südwest. 2210b

In treuem Angedenken!

Wittwe Bertha Kamp.
Therese Kamp.
Ferdinand Voß.

Danksagung.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten für die rege Theilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, **Auguste Siebke** geb. **Reinke,** sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank. [2203b

Berlin, den 16. November 1898.

Adolf Siebke nebst Familie.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Restaurateurs

Goswin Jmmendorf

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern tiefgefühltesten Dank. Insbesondere danken wir dem Gesangverein „Bleibtreu" für die schönen Gesänge, dem Fachverein der Monteure, dem Arbeiter-Schwimmerbund, den Genossen des V. Wahlkreises sowie allen Stammgästen für die reichen Kranzspenden. 22175

Berlin, den 17. November 1898.

Auguste Jmmendorf nebst Kindern.

Danksagung.

Für die Theilnahme u. Kranzspend. bei der Beerdigung uns. lieben Tochter **Martha** sagen hiermit allerseits uns. besten Dank. 2216b

Max Blinke nebst Frau.

Warnung.

Warne, meiner Frau und Tochter nichts zu borgen, ich bezahle nichts. 2201b] **Hermann Petke.**

Hiermit erkläre ich Oskar Eger für einen Ehrenmann. **Th. Schumacher.**

Goldwaaren, Uhren, Silber, Alfenide,

Neuarbeiten u. Reparaturen in eigener Werkstatt. **R. Hauck,**

Gollnowstr. 32a, parterre (kein Laden).

Photographie

12 Visit 3,80 M. 1532*

2 Kabinet gratis.

Kinder und Gruppen gleiche Preise. 12 Kabinet 6,80 M.

E. Hering, Schönhauser-Allee 116.

Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Halbrenner m. Garantieschein bill. z. verk. Rüdersdorferstr. 2, b. C. Kriewitz.

Gut möbl. Zimm., sep., an 2 Hrn. à 12 M. m. Kaffee, Dresdenerst. 1, H. III. l.

Frdl. Schlafstelle für 1 Herrn bei Heinrich, Gr. Frankfurterstr. 14, H. I.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Bei der Firma

Fork, Kretzschmar & Co.

Barnimstr. 13,

(Magazin Jannowitzbrücke), sowie bei

Heydeck, Fruchtstr. 35,

haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten!

108 **Die Ortsverwaltung.**

Tüchtige Vergolderin bei hohem Lohn verl. Skalitzerstr. 28, Joers.

Junger, gründlich vorgebild. Parteigenosse sucht Anfangsstellung als Hilfs-

Redakteur

bei bescheid. Gehalt; ließe sich auch in einer Expedition verwenden. Antritt vom 1. Dez. cr. ab. Gefl. Offerten sub **Q 7** an die Exped. d. „Vorw.".

Kaufmann sucht tüchtigen Fachmann, Branche gleich, zur Assoziirung. Offerten: **A. B. 7 Postamt 18.**

Tücht. Farbigmacher bei hohem Lohn verl. Joers, Skalitzerstr. 28. 2212b

---

Tischlermeister

für eine der **größten Nähmaschinen-Fabriken Deutschlands** gesucht. Nur solche Bewerber wollen sich melden, welche nachweislich lange Jahre in der Branche thätig gewesen sind, die Fabrikation von Nähmaschinen-Möbeln durch und durch kennen und im Lohn- und Akkordwesen reiche Erfahrungen besitzen. 38,5*

Bevorzugt werden solche, welche ähnliche Stellen bereits bekleidet haben.

Offerten mit Angabe des Alters, der bisherigen Thätigkeit und der Gehaltsansprüche unter **J. A. 5907** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Gerichts-Zeitung.

Einen werthvollen Beitrag zu dem Kapitel des ostelbischen Landarbeiterloses lieferte eine Verhandlung, die vorgestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Denso stattfand, und in welcher die Lage der polnischen Arbeiter auf Gütern des Herrn von Willamowitz-Moellendorf, des Oberpräsidenten der Provinz Posen, in eingehender Weise erörtert wurde. In der hier in polnischer Sprache erscheinenden „Gazeta Robotnitza" wurde am 24. Juli d. J. ein Artikel veröffentlicht, der mit „Einer von diesen" unterzeichnet war. In der Form eines Briefes schilderte einer der polnischen Arbeiter, wie sie auf den Gütern des Herrn Oberpräsidenten behandelt würden, wenn sie dort während des Sommers aushilfsweise Beschäftigung fänden. Obgleich sie im Akkord arbeiteten, erhielten sie am Schluß der Woche nur etwa 1,25 bis 1,50 M. baar, der übrige Verdienst werde für Verpflegung abgezogen. Allerdings bekämen sie wöchentlich pro Kopf 25 Pfund Kartoffeln, doch häufig sei die Hälfte davon faul und daran könne man sich dann erquicken, daß das Fell an den Rippen festschwitze. Eine Wohnung hätten sie nicht, sondern schliefen wie die Schafe: Männer, Frauen und Mädchen zusammen. Das Lager bestände aus einer Schicht Stroh, die über eine Holzpritsche gebreitet war. Die Arbeiter hätten viel vom Ungeziefer zu leiden, und es sei erklärlich, daß bei den geschilderten Zuständen manches Aergerniß vorkomme. Die Behandlung sei eine schlechte, Schimpfworte und Chikanirungen seien an der Tagesordnung. — Diese Schilderung soll durchweg unwahr sein, weshalb Oberpräsident v. Willamowitz-Möllendorf, sowie sein Güter-Generaldirektor Ranft, Strafantrag wegen Beleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Robotnitza, Ignaz Kaczmarek, stellten. Es waren zum gestrigen Termin der Güterdirektor Ranft und der Oberinspektor Lange geladen. Der erstere bekundete, daß der Oberpräsident für die Wohlfahrt der auf seinen Gütern beschäftigten Arbeiter sehr besorgt sei und auf jeden Vorschlag betreffend eine Verbesserung in erweitertem Maße eingehe. Der Zeuge sei erstaunt über den Inhalt des Artikels. Der Oberpräsident besitze in der Gegend von Strelno sieben Güter, auf denen allein 2050 Morgen mit Rüben bebaut würden. Hierzu seien fremde Arbeiter nöthig, die theils aus der Umgegend, theils aus Rußland kämen. Ein Mann verdiene täglich 1,50 M., eine Frau 1 M., bei freier Wohnung und Feuerung und wöchentlich pro Kopf 25 Pfund Kartoffeln. In der Erntezeit werde in Akkord gearbeitet und könne ein Ehepaar dann täglich vier bis fünf Mark verdienen. Vor einigen Jahren habe der Zeuge auf dem Hauptgute Markowitz ein großes massives Gebäude aufführen lassen, welches als Schlafraum diene. Die Räume würden häufig desinfizirt und das Stroh werde erneuert, so bald es für nothwendig erachtet werde. Die Leute würden zwar zur Reinlichkeit angehalten, aber dies durchzusetzen sei nicht leicht. Von einer schlechten Behandlung der Arbeiter sei ihm sicher nichts bekannt, aber dagegegen sei es Thatsache, daß viele Leute sich in jedem Frühjahre wieder einstellten, was sie doch nicht thun würden, wenn sie unzufrieden seien. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Zeuge Lange. Es wurden sodann eine Anzahl kommissarischer Zeugenaussagen verlesen. Der Zeuge Vorschnitter Powatowski hatte eidlich zu Protokoll geben lassen, daß er im Juli zur Getreideernte ca. 60 Leute im Schnitterhause hatte, darunter 3 oder 4 unverheirathete Mädchen, deren Eltern ebenfalls dort waren. Diese Mädchen schliefen bei ihren Eltern in dem Raum für Verheirathete. Er habe streng auf Sauberkeit geachtet und alles gethan, um dem Ungeziefer vorzubeugen. Ebenso lautete die Aussage des Vorarbeiters Figmaka dahin, daß 3 oder 4 unverheirathete Mädchen im Sommer im Schnitterraume für Verheirathete schliefen. Nachtlager und Anlage des Schnitterraumes seien bei weitem besser als anderswo; auf anderen Gütern liegen die Schnitter, verheirathete und unverheirathete Männer und Frauen, zusammen in einem Raume ohne Pritsche nur auf Stroh. Der unverheirathete Zeuge Chosa erklärte unter seinem Eide, er schlafe im Zimmer des Vorarbeiters zusammen in einem Bett mit dessen Sohn, während die erwachsene Tochter des Vorarbeiters auf der anderen Seite des Zimmers im besonderen Bett schlafe. In demselben Zimmer schlafe auch der Vorarbeiter und dessen Frau. — Schnitterfrau Kubiak, 27 Jahre alt, gab zu Protokoll, daß sie mit ihrem Ehemann zusammen in einem Raume wohne, wo alle verheiratheten Schnitter mit ihren Frauen, aber auch unverheirathete Männer schlafen. Auch ein unverheirathetes Mädchen schlafe in demselben Raum. Unsittlichkeiten seien ihr nicht aufgefallen — Der 17jährigen Schnitterin Bzykowska wurde, obwohl sie gefragt sei, ob sie verheirathet wäre, und diese Frage verneint habe, doch der von den Verheiratheten bewohnte Raum angewiesen. In demselben Raume schlafe aber noch ein unverheiratheter Bruder und ein 16jähriger Junge. — Zeuge Wewlowski hat infolge des vielen Ungeziefers kaum schlafen können und deshalb manche Nacht mit 5 oder 6 anderen Arbeitern in einem Schober zugebracht. Zeuge Adamski erklärte zu Protokoll, ihm sei, als er die Baracke betreten habe, in der Leute untergebracht waren, ein solcher Gestank entgegengekommen, daß er fast umgefallen wäre; das Stroh sei so schlecht gewesen, daß man es kaum dem Vieh hinstreuen konnte. In dem Raum waren Männer, Frauen und Mädchen durcheinander. Die Leute klagten über das Essen und darüber, daß sie von den Aufsehern gestoßen und geschlagen wurden. — Die 16 Jahre alte Magdalena Matuszewska hat niemals in Markowitz gearbeitet, wohl aber in Kobelwitz, das zu M. gehört, und ist von einem Eleven ohne Grund mit einem Stock viermal über den Rücken geschlagen worden. Ebenso erklärte die 18jährige Katharina Puzniack, daß sie von demselben Eleven ein paar heftige Schläge auf den Kopf erhalten habe. Zeuge Bukowski hat sich davon überzeugt, daß in dem Schlafraum Frauen, Männer und Mädchen zusammen wohnten. Ein Vorarbeiter Zmanda hat gesehen, daß der Eleve die Matuszewska mit dem Spazierstock mehrere Male auf das Hintertheil geschlagen habe. — Aus der Aussage des Zeugen Stefanski ist zu erwähnen, daß den Arbeitern von ihrem Lohn 5 M. als Garantiefonds einbehalten wurden, damit sie die Arbeit nicht vor der Zeit verließen, und daß die Arbeiter die Lebensmittel auf dem Gute theurer bezahlten, als in der Stadt, aber bestraft wurden, wenn sie dieselben in der Stadt kauften. Die Einkäufe wurden von dem Aufseher gegen den Lohn verrechnet. In dem Schlafraum, der zugleich als Eßraum und Wohnraum diente, habe sich viel Ungeziefer befunden. Arbeiter, welche Sonnabends Nachmittag nicht zur Arbeit gingen, um sich zu baden, ihre Wäsche zu waschen und die zerrissenen Kleidungsstücke auszubessern, wurden von dem Aufseher geschlagen. Die Arbeiter erhielten 25 Pfund Kartoffeln, doch kam es vor, daß die Hälfte davon verfault war. Czrodowski erklärte, daß Burschen, Mädchen und verheirathete Männer zusammen auf schmutzigem Stroh voller Ungeziefer geschlafen haben. Er bestätigte auch, daß die Leute, welche Sonnabends Nachmittag nicht zur Arbeit kamen, um sich zu reinigen, geschlagen wurden. Den Arbeitern, die ihre Lebensmittel in der Stadt kauften, wurde etwas vom Lohn als Strafe abgezogen. Der Eleve habe oft mit den Arbeitern Streit gesucht und sie geschlagen. Die letzte Zeugenaussage, die des Arbeiters Szymanski, lautete ähnlich; der Zeuge fügte noch hinzu, daß das Zusammenschlafen eine „Sittenverderbniß der Weiber" zur Folge gehabt habe.

Der Staatsanwalt hielt eine schwere Beleidigung für erwiesen und beantragte eine Gefängnißstrafe von fünf Monaten. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, beantragte die Freisprechung, da einestheils der Beweis der Wahrheit erbracht sei und anderntheils dem Angeklagten der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zu gute komme. Den letzten Einwand erkannte der Gerichtshof als zutreffend an und ebenso, daß in einzelnen Punkten, besonders in betreff der Reinlichkeit, die Behandlung der Arbeiter habe zu wünschen übrig gelassen. Dies habe aber in dem Mangel an Reinlichkeitssinn der Arbeiter selbst gelegen und könne nicht den Strafantragstellern in die Schuhe geschoben werden. Alle übrigen Behauptungen seien unwahr und so schwer beleidigend, daß dafür auf eine **Gefängnißstrafe von 4 Monaten** erkannt worden sei.

Ein Fall von abscheulicher Beamtenkorruption, der zugleich gewisse preußische Verwaltungszustände in eigenthümliche Beleuchtung rückt, beschäftigte am 14. November das Landgericht zu Gleiwitz. Der frühere Amtsvorsteher Schneider und sein Amtsassistent Minarek hatten in schamloser Weise mit Schankkonzessionen Handel getrieben; für Geld und sonstige Geschenke hatten sie eine ganze Menge Gastwirthe in ihrem Bezirke (Paulsdorf, Kunzendorf, Dorotheendorf im Kreise Zabrze) geschaffen. Ein gewisser Wilh. Wolff hatte den Versuch gemacht, den beiden Polizeigewaltigen das Handwerk zu legen, indem er die Amtsführung dieser Beamten der Oppelner Regierung angezeigt. Es war von ihm aber nicht bedacht worden, daß heute jeder, der an den polizeilichen Institutionen des preußischen Staates nörgelt — mag er auch noch so recht haben — selber zur Verantwortung gezogen wird. Wolff wurde wegen Beleidigung u. s. w. angeklagt und zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Da starb Schneider zum Glücke Wolff's. Jetzt fand er Zeugen für seine Behauptungen, vorher hatten die Leute sich gefürchtet, gegen den Amtsvorsteher aufzutreten. Wolff setzte die Wiederaufnahme des Verfahrens durch und wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt freilich hatte drei Monate Zusatzstrafe für Wolff beantragt, weil dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis „nicht völlig geglückt" sei.

Versammlungen.

Die Zimmerer zentraler Richtung hielten am Sonntag in den Arminhallen eine gut besuchte Versammlung ab, in der Robert Schmidt über: Das neue Handwerkergesetz referirte. Redner empfahl in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag die Betheiligung zu den Wahlen für den Gesellenausschuß. An der darauf folgenden Diskussion betheiligten sich Stehr, Reuter und Leonhardt. Erstere führten die Lokalorganisation ins Feld, letzterer kam auf einen vorjährigen Vorfall vom Gesellen-Innungsausschuß zu sprechen. Kube stellte unter Verschiedenem die Frage: Ob im Laufe des Winters die Versammlungen nicht auf Wochenabende verlegt werden sollten. Dem traten Petereit und Stehr entgegen. Knüpfer theilt mit, daß wieder Wanderversammlungen stattfinden werden. Die erste findet am Sonntag, den 27. November bei Wilke in der Andreasstraße statt und hat Frau Ihrer das Referat zugesagt.

Die Sattler, Täschner, Kofferarbeiter, Treibriemenarbeiter und Wagensattler hielten am Dienstag eine gut besuchte öffentliche Versammlung bei Brochnow, Sebastianstraße, ab, in der Th. Metzner über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation im Emanzipationskampfe referirte. Der Redner, der den Versammelten in sehr treffender Weise die Macht der Organisation und die Nothwendigkeit derselben zur Erringung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen vor Augen führte, verwies im weiteren auf die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts und forderte die Versammelten auf, dadurch gegen die beabsichtigte Entrechtung der Arbeiterklasse Protest zu erheben, daß sie für den festen Zusammenschluß aller Berufskollegen nicht nur in der Gewerkschafts-Organisation, sondern auch für den Anschluß an die politische Organisation Sorge tragen. Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion im Sinne des Referats. Hierauf gab der Kassirer der Agitationskommission die Abrechnung von den Streiks bei den Firmen A. C. Schmidt und Fischer u. Richter. Bei dem Streik bei der Firma Schmidt, der für die 8 betheiligten Arbeiter günstig verlief und nur einige Tage dauerte, betrugen die Einnahmen 158,35 M., die Ausgaben 93,06 M., so daß ein Ueberschuß von 65,29 M. verblieb. An dem Streik bei der Firma Fischer u. Richter waren 18 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen betheiligt. Die Gesammteinnahmen betrugen 777,10 M., die Ausgaben 760,21 M. Einige Sammellisten stehen noch aus und wurden die Inhaber derselben ersucht, die Listen möglichst bald abzuführen. Der Streik bei Fischer u. Richter, der über 3 Wochen dauerte, hatte, obgleich die Forderungen nicht sofort bewilligt wurden, doch den Erfolg, daß den Arbeitern die Einführung der geforderten Arbeitsbedingungen zum 1. Dezember zugesichert worden ist. Wie noch angeführt wurde, haben diese Streiks auch den Erfolg gehabt, daß in mehreren Werkstätten, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung kam, die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Bekanntlich hat auch die Vereinigung der Unternehmer versprochen, den Neunstundentag am 1. Dezember d. J. in allen Werkstätten einzuführen. Die Thätigkeit der Agitationskommission wurde gutgeheißen. Hierauf berichtete der Delegirte Riedel über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission und über die in Aussicht genommene Erweiterung des Gewerkschaftsbureaus. Dem Bericht schloß sich eine längere Diskussion an, in der sich alle Redner für die Anstellung eines zweiten Beamten für das Bureau und auch für die eventuelle Umwandlung in ein Arbeitersekretariat nach dem Muster anderer Städte aussprachen. Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wurde von der Versammlung angenommen. In der weiteren Debatte wurde kritisirt, daß bei den letzten Gewerbegerichtswahlen nicht der von der Gewerkschaft aufgestellte Kandidat, sondern der Ersatzkandidat als Gewerbegerichts-Beisitzer zur Wahl gestellt wurde. Als Delegirter zur Gewerkschaftskommission wurde sodann Hey und als Ersatzmann Riedel gewählt.

Die Droschkenkutscher hielten am Dienstag Abend im Vereinshaus Südost, Waldemarstr. 75, eine gut besuchte Versammlung für den Bezirk Osten und Südosten ab, um Stellung zur Durchführung des Lohntarifs vom Jahre 1896 zu nehmen. Dieser Tarif bestimmt einen Lohn von 1,50 M. und 25 pCt. der Einnahme. Der Referent Schultz führte in längerer Rede den Anwesenden ihre traurige Lage vor Augen. Wenn unter den Droschkenkutschern der Wille zum Ausdruck kommt, ihre Lage zu verbessern, so kann dies nur als ganz berechtigt bezeichnet werden. Bei den nothleidenden Fuhrherren scheint die Armuth nicht so groß zu sein, wenn man berücksichtigt, daß dieselben fast täglich neue Wagen in Dienst stellen. Eine Polizeiverordnung war erst nothwendig, um der Ueberproduktion auf diesem Gebiet Einhalt zu thun. Recht charakteristisch ist es, daß die kleinen Fuhrherren, welche 2, 3 und 5 Wagen besitzen, den richtigen Lohn zahlen, während die größeren Fuhrherren behaupten, sie könnten nicht mehr wie 1 M. Lohn zahlen. Der Referent schloß mit der Mahnung, daß, wenn auf den einzelnen Höfen in den Streik getreten werden sollte, man fest zusammenstehen müsse, bis die Forderung voll bewilligt ist. Die Hartnäckigkeit der Fuhrherren muß an der Solidarität der Kutscher zerschellen. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Droschkenkutscher des Ostens und Südostens Berlins beschließen: Den Lohntarif vom Jahre 1896: 1,50 M. Lohn und 25 pCt. der Gesammteinnahme und von 10 M. Einnahme 30 pCt., überall zur Durchführung zu bringen. Auf jedem Fuhrhof, wo mindestens 3 und mehr Kutscher beschäftigt sind, ist ein Vertrauensmann zu ernennen, die übrigen Höfe, wo weniger als 3 Kutscher beschäftigt sind, haben sich den größeren Höfen anzuschließen. Der Vertrauensmann hat die Pflicht, von vorstehendem Beschluß und Tarif seinen Fuhrherrn, welcher ihn nicht bezahlt, in Kenntniß zu setzen. Sollte der Tarif in Güte nicht gezahlt werden, dann ist überall da, wo sich die Kollegen auf den einzelnen Höfen einig sind und nachdem sie sich mit dem Haupt-Vertrauensmann in Verbindung gesetzt haben, die Forderung zur Durchführung zu bringen. Außerdem hat der Hof-Vertrauensmann dafür zu sorgen, daß sich jeder Kollege organisirt und seinen Pflichten dem Streikfonds gegenüber nachkommt. — Nachdem noch verschiedene Redner im Sinne des Referats und der Resolution gesprochen hatten, erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß bei dem Fuhrherrn Curth, Cuvrystraße, die Lohnforderung zuerst geltend gemacht wird, im ablehnenden Falle die dort beschäftigten Kutscher in den Streik treten. (Das ist bereits geschehen.)

Stockarbeiter. Durch ein Versehen des Schriftführers sind die Namen des neugewählten Vorstandes nicht richtig angegeben. Es muß heißen: 1. Vorsitzender Ebeling; 2. Vorsitzender Brüssow; Kassirer Liebe; Schriftführer Steinicke; Beisitzer Schallenberger, Rau und Dietze; und die Namen der Revisoren sind: Grunow, Zorn und Bernburg. Außerdem ist in der letzten Vorstandssitzung bestimmt worden, daß jeden Sonnabend Abend von 8—10 Uhr der Kassirer Liebe bei Mörschel, Jüdenstr. 35, Beitragszahlungen entgegennimmt.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt am 13. November ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Vereinslokal Andreasstr. 26 ab. Der Referent Metzke sprach über den neugegründeten Arbeitgeberbund in Deutschland. Die Diskussion, an der sich Fritz Krüger und Wernau betheiligten, bewegte sich im Sinne des Referats. Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Antrag Krüger, der Gewerkschaftskommission 10 M. zu bewilligen, angenommen. Ein Antrag, das Organ „Die Einigkeit" obligatorisch einzuführen, wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 11. Dezember nachmittags 4 Uhr statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Nationalökonomie (Grundzüge der Wirthschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen); Vortragender: Schriftsteller Max Schippel. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. „Dietzgen", Schröder, Wiesenstraße 39. — „Karl Marx", Naumann, Blücherstr. 42. — „Stralau", Girbig, Stralau Nr. 17. — „Reimer", Seidel, Gerichtstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Mantenffelstr. 50, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiser'scher Männerchor", Wernau, Schwedterstr. 23/24. — „Nord", Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I", Lübbke, Melchiorstr. 15. — „Buchbinder Männerchor", Schäning, Köpnickerstr. 68. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Pfarr, Puttlitzstr. 10. — „Maiglöckchen", Sachs, Lindowerstr. 26. — „Gemüthlichkeit" (Putzer), Krüger, Seydelstr. 30. — „Morgenroth II", Charlottenburg, Krause, Bismarckstr. 74. — „Typographia", Cohn, Beuthstraße 20. — „Germania", Schwalbe, Lausitzer Platz 8. — „Vorwärts III", Friedrichsfelde, Bube, Friedrichsfelder Prinzen-Allee 30. — „Rheingold", Feind, Weinstr. 11. — „Rosenthaler Vorstadt", Swinemünderstr. 26. — „Iris", Streit, Naunynstr. 80. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Liberté", Vogel, Brangelstr. 78. — „Freie Liedertafel", Mann, Strausbergerstr. 3. — „Nordwacht", Milbrodt, Müllerstr. 7. — „Sängerkreis", Weißensee, Schulz, Elisabethstr. 61. — „Eintracht III", Eberswalde, Hagewald, Eisenbahnstr. 66. — „Völkerfrühling" (Stuckateure), Gretzer, Oranienstr. 109. — „Neue Zeit", Lorenz, Watt- u. Voltastr.-Ecke. — „Liederkranz", Brandenburg a. H., Bergstr. 6. — „Freiheitsglocken", Kurze, Dunckerstr. 2. — „Klingmüller'scher Männerchor", Weißensee, König-Chaussee 38. — „Treber'scher Gesangv.", Schulz, Zorndorferstr. 8. — „Karthaus-Kummer'scher Männerchor", Gäbel, Landsberger Allee 156. — „Freie Sänger II", Spandauer Brücke 13. — „Einheit", Rixdorf, Badenschneider, Hermannstr. 197. — „Treptow" in Treptow, Schrer, Baumschulenweg. — „Metallarbeiter-Osten", Tapert, Markusstr. 14. — „Treue", Louisenstädtische Vereinshallen, Waldemarstraße 13. — „Arion III", Rixdorf, Ritsche, Hermann- und Herrfurthstraßen-Ecke. — „Sangesblüthen", Zimmermann, Marsiliusstr. 8. — Gesangverein „Maurer-Rixdorf-Britz", Rixdorf, Münzer, Bergstr. 162. — „Frisch auf III", Bornim und Bornstädt bei Potsdam, Fahrnich, Mittelstr. 12. — „Treu und Einigkeit", Rixdorf, Mutzler, Bergstr. 14. — „Zündholz", Anders, Buttmannstraße 17. — „Freie Sänger", Heergermühle bei Eberswalde, Baugatz, Jagdschlößchen.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Freitag:** „Germania", Lubatzki, Arndtstr. 25.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Athletenv. „Felsenfest", Böttcher, Kraustr. 6. — Tanzlehrerv. „Solidarität", Stabernack, Inselstr. 10. — Musikv. „Arion", Gabriel u. Jäger, Zeppelinerstraße. — Rauchkl. „Ohne Zwang", Spät, Weinstr. 28. — Turnv. „Gesundbrunnen", abends v. 8½ bis 10½ Uhr: 1. Männerabth., Pantstr. 9—10. — Turnv. „Osten", Blumenstraße 63a, 8½—10 Uhr (Lehrlingsabth.); Kraustr. 49, von 8—9½ Uhr (Damenabth.). — Zitherkl. „Frohsinn", Zimmermann, Grüner Weg 29. — Musikv. „Allegretto", Blücherstr. 38. — Skatklub „Gemüthlichkeit", Restaurant Patzenhofer, Lausitzer Platz 10. — Skatklub „Geschlossener Grand", Gädicke, Kraustr. 6. — „Arbeiter-Turnv. Weißensee", Turnstunden abends 8—10 Uhr Albrechtshof, Parkstraße. — Vergnügungsv. der „Inkasso-Agenten", Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag. Turnv. „Fichte", Berlin. Abds. von 8—10 Uhr: 2. Männerabth. Stalitzerstr. 55—56. 4. Männerabth.: Stephanstr. 3. 5. Männerabth. Ackerstr. 67. 6. Männerabth. Stallschreiberstraße 54. 1. Lehrlingsabth. Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsabth. Boeckhstr. 21. 1. Damenabth. Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerschaft", Rixdorf-Britz. 3. Schülerabth. von 6½—8½ Uhr. 3. Männer- und Lehrlingsabth. von 8½—10½ Uhr abds., Hoffmann, Bergstr. 151/152. — Turnerschaft d. B. „Nereus", Männerabth. von 8—10 Uhr abds., Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden Freitag im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29.) Filiale Rummelsburg. Sonnabend, den 19. November, abends 8½ Uhr: Oeffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Piatkowski, Hauptstraße 83. Kassenbericht und Vortrag des Herrn Dr. Zadek über: „Gewerbekrankheiten und Werkstatthygiene".

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend. Mitgliederversammlung am Freitag, den 18. November, bei Jauer, Fruchtstr. 52.

Brix. Heute, abends 8½ Uhr, Rosenseeterrasse, Chausseestr. 69: Projektions-Lichtbilder-Vortrag über Augenkrankheiten. Vortragender: Herr E. Lindenau. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementsquittung beizulegen, Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort nicht ertheilt

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Hirtenstr. 8. Wie das 1. Jahrhundert nicht am 1. Januar des Jahres 0, sondern am 1. Januar des Jahres 1 begonnen haben kann, so nimmt auch das 20. Jahrhundert erst am 1. Januar 1901 seinen Anfang.

M. O. Erkrankung der Lunge, beziehungsweise Zerstörung von Theilen des Lungengewebes.

R. R. 2. 1. Ist darüber im schriftlichen Miethsvertrag etwas gesagt und was? 2. Die nothwendigen. — **W. 50.** Genau so viel wie jeder Sohn. — **Fr. Sp. 44.** Der Vormund muß klagen. — **Chr. W. 13.** Zu 1: Ja. Zu 2: Ja. — **R. T.** Nein. — **Osterfeld.** Lassen Sie den Schlüssel auf Kosten des Wirthes anfertigen und klagen Sie den Betrag ein. — **D. C. 1001.** Hier unbekannt. — **R. Eb. 21.** Müssen in Zahlung genommen werden. Zu 2: Ja. Zu 3: Ist Oesterreicher. — **Delegirter.** Sehr einfach, weil er nicht gewählt worden ist. — **E. B. 18.** Der betreffende soll in die Sprechstunde kommen. — **R. T.** Notarielle Beglaubigung unnöthig. Zu 2: Läßt sich nicht sichern. — **R. M. 24.** Die Frage ist nicht verständlich. — **J. G. 100.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. **C. G. M. D.** Zu 1 ist die Frage nicht verständlich. Zu 2: Gegen. Zu 3: 56.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 18. November.

Opernhaus. Don Quixote. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Großstadtluft. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das Lumpengesindel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Der Hypotheken-Schuster. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Berliner Raketen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fregoli-Gastspiel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Grünenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Sonnabend 8 Uhr:
Hasemann's Töchter.
Sonntag 8 Uhr:
Romeo und Julia.

Central-Theater

Direktion: José Feroncy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: **Die Geisha.**
Sonntag (Todten-Sonntag) ½8 Uhr:
Die Glocken von Corneville.
Romantische Oper in 3 Akten von R. Planquette.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekenschuster
Posse mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
Musik von Cornelius Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 20. Novbr.: Einmaliges Gastspiel des **Deutschen Theaters** unter Leitung des Herrn Direktor **Dr. Brahm. Nora.** Schauspiel in drei Akten von H. Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Berliner Raketen.
Schwank in 3 Akten von B. Jacobson.
Sonnabend, 19. November, nachmittags 3 Uhr:
7. Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Berliner Raketen.
Schwank in 3 Akten v. B. Jacobson.
Sonntag Abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Novität. Zum 2. Male: Novität.
„Die Blumen-Mary."
Operette in 3 Akten von Landesberg u. Stein. Musik v. Carl Weinberger.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Dirigent: Julius Einödshofer.
Hierauf:
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Divertissement, arrangirt vom Balletmeister Gundlach.
Musik von Bertrand Sänger.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 18. November:
Wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.
Morgen, Sonnabend:
Extra-Vorstellung:
Einen Jux will er sich machen.
Posse m. Gesang in 4 Akten v. Nestroy.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
i. d. **Urania,** Invalidenstr. 57.
Im Wunderlande der
Pyramiden.
Ermässigte Preise: Park. 50 Pf.

Passage-Panoptikum.

Geöffnet von
9 Uhr früh
bis
10 Uhr abends
500
Sehenswürdigkeiten.

Castan's
Panoptikum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Freitag: Zum 6. Male:
Onkel Jonas.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Oskar Klein. Musik von Wiecher.
Anfang 8 Uhr:
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Freitag: **Onkel Jonas.** Sonnabend: **Gewonnene Herzen.** Sonntag: **Lorbeerbaum u. Bettelstab.**

Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karlstrasse.
Morgen und folgende Tage:
Berliner Ausstattungsstück
mit
Couplets,
MENE TEKEL
Aufzügen
und
Kolossal-Ballets
in 3 Akten (10 Bildern).
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 1 Kind frei.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Otto Görner** und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen **Gustav Kluck.**
Das neue grossartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Neu! **Circus Püschel** Neu!
sensationell dress. Ziegenböcke.
Neu! **Professor Trispé.** Neu!
Paty Frank-Truppe.
Toska's lebend. Bilder-Gallerie.
Marguerita, dressirte Tauben.
Carl Jörgensen, Mimiker.
Gebr. Franconi, Ernst Sprecher.
Die allbeliebte Soubrette
Helene Voss.
Um 8½ Uhr: **Richard Winkler** in d. erfolgreichen Gesangsposse
Rosen vom Norden.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen
Zum Schluß
Jacques Offenbachs Operette
Insel Tulipatau.

Apollo-Theater.

Freitag, den 18. November:
Armand'Ary.
Dagmar Hansen.
Mr. Judge's dress. Seelöwen.
Robert Steidl.
Familie Agoust.
Kasseneröffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orchester-Loge 1.50 M. Fremden-Loge 2 M.
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Die Billets zu den num. Sitzen sind stets 8 Tage vorher zu haben.
Neues Programm.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! **Novität!**
Sensationeller Erfolg!
Die Cirrusfee.
Operette von Felsch. Musik von Baselt.
In Szene gesetzt von August Runge.
Neu! **Charles Wolff,** der beliebte Tanzhumorist. | Neu! **Eugen Rosée,** der beste aller Mimiker.

Mähr's Theater

Oranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hulda Lucas. Grete Gastani rc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Gültigkeit.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich:
Bummelfritze.
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen von Jacobsohn und Willen.
Musik von Michaelis.
In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu das ausgewählte
Spezialitäten-Programm.
Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp,
Music-Excentric-Comedians.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

CIRCUS BUSCH
Freitag, den 18. November, abends 7½ Uhr:
PERSIEN.
Gr. Manege-Schaustück in 5 Akten, inscenirt vom Dir. **Paul Busch.**
Tänze arrangirt vom kgl. italienischen Hof-Balletmeister **Ottavi.**
Musik vom Kapellmeister **Taubert.**
Dargestellt von 500 Personen.
Sämmtl. Einrichtungen gesetzl. geschützt.
Ausstattung, Kostüme, Requisiten in nie gesehener Pracht aus den Ateliers von **Hugo Baruch u. Co.**
Besonders hervorzuheben: Sklavenmarkt in Schiras — Der Raub der schönen Circassierin — **Der Sprung des Prinzen Mirza Schaffy aus der Höhe der Circuskuppel ins Wasser** — Großer Karawanenzug durch die Wüste mit Kameelen, Maulthieren, Elefanten, Eseln, Pferden rc. — **Im Harem des Schah — Der Ritt über die Burgmauer — Der Sturz des persischen Prinzen mit dem Pferde von hoher Felsenklippe ins Wasser.** — Außerdem: Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,** Ritter rc., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hof-Reitschule in Wien. Die neuen Freiheitsdressuren des Direktors **Busch.** In der Tanzstunde, große Quadrille, ger. v. 8 Damen u. 8 Herren.
Morgen, Sonnabend: **Parade-Gala-Vorstellung.**

Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik

G. m. b. H.

eröffnet am
Sonnabend
Müllerstr. 3
vis-à-vis Gasanstalt
eine direkte Verkaufsstelle ihrer in Qualität und Preis unübertrefflichen
Schuhwaaren.
Kolossale Auswahl.
Jeder komme und überzeuge sich
Müllerstrasse 3, vis-à-vis Gasanstalt.

Ausschneiden, erst bei Abholung vorzeigen.

Giltig für 3 M. bei einer Bestellung über 12 M., 1.50 M. unter 12 M.
Guckel's
Zahnateliers
Lausitzer Platz 2, Stegitzerstrasse 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)

Nähmaschinen
Afrana-, Adler-, Ringschiff-, Greifer-System,
für Haushalt und gewerbliche Zwecke,
liefert billigst zu coulanten Zahlungsbedingungen
E. Krieg,
SO., Skalitzerstraße 136. [63479*
SO., Wrangelstraße 118.
W., Leipzigerstraße 112.

Pelzwaaren aller Art sehr billig.

Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116.
am Oranienplatz (kein Laden)
Einzelverkauf reeller Waaren zu
folgenden Preisen (Parthiewaaren führe nicht).
Herrenhüte, weich à 1,25 1,50 2,— 2,50 3,— 3,50 u. 4,—
do. steif . . . . . à 2,— 2,50 3,— u. 3,50
do. **Z. Haarfilz** . . . à 4,50 5,— 6,— u. 7,—
Cylinderhüte . . . . . à 4,— 6,— 7,50 9,— u. 11,—
Herren-Mützen . . à 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder-Mützen . . . . . à 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder u. Confirmandenh. à 0,75 1,— 1,25 1,50 2,— u. 2,50
Weiche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte, — Chapeaux claques, Turnerhüte, Jagdhüte, etc. —
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt—Ilversgehofen

Renommirtes **Fabrikat.**

Beste **Zuthaten.**

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität, . . . **7** M.
„ „ ohne Naht, Spiegel **8,50** M.
„ „ **Besatz u. Knopfverzierung 3.90, 4.50, 5.50, 6.50, 7,50** bis **15** M.
„ **Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
„ **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
„ **Schnürschuhe** . . . . . von **3,50** M. an.
„ **Hausschuhe** . . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [98562*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.
„ W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
„ Margarethenstr. 5
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 20.
„ Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
„ Humboldtstr. 22.
„ Amalienstr. 28.

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Wohl fühlt sich

bei jetziger Witterung, wer **Brunnenstrasse 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt gut. **Rum,** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, vorzügl. **Glühwein-Extr.** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. Fl. v. **1.10** Mk. an, **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (3/4 Ltr.) **80** Pf., **Halb und Halb,** feinste Liqueurmischung, per 1/1 Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **süßer Ungarwein,** Orig.-Fl. (1/2 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac u. Liqueure** i. Einzelverkauf, auch eingemessen, nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle.
Bitte genau auf **Nr. 110, Brunnenstr. Nr. 110** zu achten. *

Großer Möbelverkauf Neue Königstr. 59.

In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den coulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Haben Sie

schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Uebersponnenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franko Zusendung zu sichern.
Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,—** bei franko Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Packet Lametaschaum u. 12 Lichterhalter bei.
Lauscha in Thg. 81/5*
Karl Köhler, Schw. M.

Ausschneiden! ? 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Zahnklinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Ausschneiden! ! 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant neue Bettfedern d. Pfd. 85 Pf., chinesische Halbdaunen d. Pfd. M. 1.25, bessere Halbdaunen d. Pfd. M. 1,75, vorzügliche Daunen d. Pfd. M. 2,85.
Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [61039*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.